



Auf dem Weg zum XVII. KONGRESS

Liebes Mitglied und Delegierte, mit der Ausarbeitung der Kongressdokumente und dem Kongressreglement beginnen die Vorbereitungen für den XVII Kongress der CGIL, der seinen Abschluss am 6., 7. und 8. Mai 2014 in Rimini haben wird.

Es ist dies ein wichtiger Moment im Leben der Gewerkschaft und wir möchten, dass dies ein Anlass zum Nachdenken und zum Dialog zwischen den Anhängern des AGB/CGIL wird.

Der Kongresskalender sieht die ersten Termine bereits ab Beginn des neuen Jahres vor. Es handelt sich dabei um Versammlungen auf allen Ebenen, die zum Landeskongress einer jeden Fachgewerkschaft führen werden und anschließend zum

Landeskongress des AGB/CGIL

am **DONNERSTAG, 20. UND FREITAG, 21. MÄRZ 2014** in Bozen.

Am Landeskongress werden 190 Delegierte teilnehmen, die von den Kongressen der Fachgewerkschaften gewählt werden.

Zur Diskussion stehen zwei Kongressdokumente: „*Die Arbeit entscheidet über die Zukunft*“ die aus Prämissen und 11 „*Aktionen*“ besteht und deren Erstunterzeichnerin Susanna Camusso ist sowie „*Die Gewerkschaft ist etwas Anderes*“, deren Erstunterzeichner Giorgio Cremaschi ist.

Die CGIL wird ihren Einsatz für soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und für die Rechte der Beschäftigten und Rentner unermüdlich fortsetzen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Euch und Euren Familien ein glückliches neues Jahr wünschen, in der Hoffnung, dass es zum lang ersehnten Umschwung kommen wird.

Doriana Pavanello
Generalsekretärin des AGB/CGIL

Bimestrale della CGIL/AGB - ANNO XXVI - N. 1 - Gennaio/Jänner 2014 - 2,50 Euro

LAVOICE
DEI LAVORATORI

SAZ
Südtiroler ArbeiterInnenzeitung

DIE ARBEIT IST FÜR DIE ZUKUNFT ENTSCHEIDEND

XVII Kongress der CGIL

Vorwort

Der XVII Kongress der CGIL fällt mit der schwersten und tiefsten Krise zusammen, die das Land seit dem letzten Weltkrieg erlebt hat. Das Krisengeschehen weist strukturelle und globale Aspekte auf, die gleichzeitig in der Krise der Finanzmärkte, der wirtschaftlichen Produktion, der Politik und Gesellschaft und auch als Umweltkrise zum Vorschein kommen.

Beim Entstehen dieser Krise spielen die Finanzmärkte und das Währungssystem neben den politischen Entscheidungen, die es ermöglicht haben, Geld und Kapital ungehindert und unkontrolliert in Umlauf zu setzen, die wichtigste Rolle. Die Finanzmärkte werden folglich weder Regeln noch Grenzen unterworfen und sie lassen den Wert der Arbeit schrumpfen und zerstören Arbeitsplätze.

Dies alles hat zu einer bisher noch nie da gewesenen Konzentration des Reichtums in den Händen weniger geführt. Das ist auch geschehen, weil die Politik ihre Souveränität verloren hat, wie beispielsweise in Europa, wo die für die Wirtschaft zuständigen EU Behörden den einzelnen Staaten ihre Finanzgebarung vorschreiben und so die Autonomie der einzelnen Regierungen und Staaten einschränken. Die Folge davon ist eine Aushöhlung der demokratischen Mitsprache, womit man den sozialen Zusammenhalt und damit auch die Demokratie in eine tiefe Krise stürzen lässt.

Weil die Politik der Logik dieser Entwicklung untergeordnet ist, wurde die falsche Ansicht verbreitet, dass die Ursache der Krise bei den sozialen Ausgaben zu suchen sei und ein ständiger Notstand herrsche. Auf die eigentlichen Ursachen der Krise will man hingegen nicht eingehen, dafür aber die Finanzmärkte im Mittelpunkt stehen lassen, was der Arbeit, der sozialen Gerechtigkeit und den Prinzipien unserer Verfassung schadet. Im Übrigen sind die Folgen dieser Haltung offensichtlich. Die Arbeitslosigkeit nimmt dramatisch zu, ganz besonders unter der Jugend. Die Armut erfasst immer breitere Schichten der Bevölkerung. Das geht so weit, dass man zwar eine Arbeit haben kann, aber trotzdem der Armut ausgesetzt ist. Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und Lebensbedingungen nimmt weiterhin zu, während die Produktion abnimmt und ganze Industriezweige verschwinden.

In der tiefen ethischen und moralischen Krise, die Italien erfasst hat, muss man wieder einen Halt finden, und zwar im Festhalten an der Legalität, in der Transparenz der Entscheidungen und im demokratischen Verhältnis der Bürger zu den Institutionen. Dies alles verpflichtet uns zu einer echten moralischen Aufrüstung des Landes, um die Privilegien und Sonderstellungen der „Kasten“ zu beseitigen und die Ungleichheiten und sozialen Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Die neoliberale Politik, die sich im Fahrwasser der EU der Sparpolitik verschrieben hat, und die von den Regierungen der letzten Jahre betrieben wurde, hat zu einer anscheinend nie enden wollenden Rezession und zu einer Verschärfung der Ungleichheiten bei der Verteilung des Reichtums geführt. Solche Ungleichheiten stehen an der Wiege der Krise und steigern sie. Die jungen Menschen sind diesen Ungleichheiten und der Chancenlosigkeit mehr ausgesetzt als alle anderen. Die Perspektive eines Generationenkonflikts dieser Art muss man entschieden zurückweisen.

In Italien haben sich mehr als anderswo Klüfte im sozialen Gefüge aufgetan und das Gefälle zwischen Generationen, einzelnen sozialen Schichten und Regionen hat sich verschärft. Die Politik hat ein alternatives soziales und wirtschaftliches, solidarisches und inklusives Entwicklungsmodell verhindert.

Das soziale Gesicht Europas, das sich im Wesentlichen auf den Sozialstaat stützt, hat sich verdüstert. Es wurde geschwächt und seine historische Funktion wurde untergraben. In Italien sind die allgemeinen sozialstaatlichen Einrichtungen noch zerbrechlicher und unzureichender als anderswo. Die wechselnden Regierungen haben sich nicht dazu aufgerafft, die Krise mit einer Wachstums- und Beschäftigungspolitik zu bekämpfen. Sie beschränkten sich darauf, die Rechte der arbeitenden Menschen abzubauen und sozialen Einrichtungen, die soziale Abfederung, die Renten und die Ausgaben für das Gesundheitswesen zurückzufahren. Die Krise der realen Wirtschaft, die ausufernden Finanzmärkte und die ausbleibenden Investitionen im öffentlichen und privaten Bereich haben den Rest erledigt. Durch die Krise wurden die strukturellen Schwächen des italienischen Produktionssystems sicherlich noch zusätzlich vergrößert. Dazu gehören die geringen Investitionen, der Druck auf die Arbeitskosten und der Abbau von Arbeitsplätzen, die geringen Produktinnovationen, mangelnde Erneuerungen im Herstellungsverfahren, ein Hang zur Form des Kleinbetriebes und eine zu geringe Präsenz von italienischen Großbetrieben. Durch die Krise wurden auch die Schwarzarbeit und das weit verbreitete organisierte Verbrechen begünstigt, das mit enormen finanziellen Mitteln aufwarten konnte, die aus illegalen Geschäften stammten und gleichzeitig infolge der Kreditverknappungen lukrativ eingesetzt werden konnten und so zu einer Verzerrung des Kreditmarktes beitrugen. Oft wurden solche Geschäfte auch durch schwächere Kontrollen und verwaltungstechnische Vereinfachungen begünstigt, hinter denen sich regelrechte Eingriffe zur Schaffung gesetzloser Bereiche verbergen. Heute gibt es im Norden wie im Süden ganze Landstriche, wo die Industriebetriebe verlassen dastehen, was sich auf die Einkommenslage der Bevölkerung verheerend auswirkt. Betriebe die in strategischen Bereichen tätig waren und wichtige Dienstleistungsunternehmen haben ihre Tore geschlossen oder ihre Produktion drastisch gedrosselt und Arbeitsplätze abgebaut. Andere Betriebe haben arge finanzielle Engpässe zu überstehen und sind in ihrer Existenz bedroht. Die multinationalen Konzerne arbeiten an der Auslagerung ihrer Tätigkeit und bevorzugen Länder mit niedrigen Lohnkosten. Die wirtschaftliche Präsenz Italiens und seine Produkte werden immer mehr an den Rand gedrückt. Die Dynamik der kleinen und mittleren Betriebe wird durch die bereits chronische und unakzeptable Kreditverknappung stark eingebremst. Wir befinden uns im Übrigen auch ganz allgemein seit vielen Jahren in einer Lage, wo die Förderung von Innovation und Forschung ausbleibt.

Das alles hat zu einer weiteren Verringerung unseres produktiven Vermögens, des Wissens, der Arbeitskultur und der beruflichen Fähigkeiten geführt. Damit riskiert Italien einen Rückschlag, der es an den Rand der internationalen Wettbewerbsfähigkeit drängt.

Abgesehen vom Verantwortungsbereich der Privatwirtschaft und von der Notwendigkeit wieder neue Investitionen zu wagen, muss gleichzeitig die zentrale Rolle der Öffentlichen Hand zur Kenntnis genommen werden, wenn es um eine neue Entwicklungspolitik geht, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, um die Qualität des Produktionsapparates und seiner Infrastrukturen und um ein neues Entwicklungsmodell, das auf Innovation und Umweltschutz gegründet ist. In diesem Zusammenhang müssen die jüngst erfolgten Privatisierungen in Italien kritisch hinterfragt werden, um eine Neuauflage bereits begangener Fehler zu vermeiden. In Süditalien hat das bisher beschriebene Geschehen zu einer noch schlimmeren wirtschaftlichen und sozialen Lage geführt. Der Absturz der Einkommensverhältnisse, die enorme Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit und die neuerdings ansteigende Auswanderungswelle, die in den Norden des Landes und ins europäische Ausland führt, zeigen, dass es einen für die Demokratie gefährlichen sozialen Notstand gibt. Ganz Italien wird aus der Krise nicht herauskommen, wenn sich dieser Niedergang in Süditalien nicht ins Gegenteil verkehrt. Die Grundzüge dieser Entwicklung müssen gekippt werden. Es muss in den wichtigsten Faktor investiert werden, den es gibt, nämlich in die Arbeit. Die Zeiten für marginale und zweitrangige Eingriffe sind vorbei. Süditalien muss ein Vorposten werden, wenn es um Innovationen geht. Das gilt für alle Bereiche, auch

in der Wirtschaft und im Sozialwesen. Unter diesen Rahmenbedingungen, die von Ungleichheiten und einer wirtschaftlichen und sozialen Verarmung gekennzeichnet sind, muss gehandelt werden, damit die Bürger wieder zueinander finden und die arbeitenden Menschen und die Rentnerinnen und Rentner Gehör finden und vor allen Dingen einen kollektiven Druck ausüben können, um die eigenen Rechte zu verteidigen und zu behaupten.

Die CGIL hat in den Jahren der Krise und seit ihrem letzten Kongress Aktionen unterstützt und selbst organisiert, auf lokaler und nationaler Ebene gekämpft und Bewegungen ins Leben gerufen, um eine anders gestaltete Wirtschafts- und Sozialpolitik zu fordern und die negativsten Tendenzen, die das Land heimgesucht haben abzuwehren. Hindernisse und Widerstände und auch unsere eigenen Unzulänglichkeiten haben eine tatsächliche Veränderung verhindert. Auch aus diesem Grunde wird im Laufe der Kongressdebatte das Thema der Vereinigung von Recht und Arbeit in den Mittelpunkt der gewerkschaftspolitischen Agenda gesetzt. Es geht um die Herausbildung einer neuen Entwicklungskultur, wo damit begonnen wird, dass die strategischen Funktionen der Industriepolitik erkannt werden und dass man sich die Umweltverträglichkeit der Produkte und der Produktionsprozesse zum Ziel setzt.

In diesen Kontext gehört auch das Verhältnis zu den anderen Gewerkschaften bis hin zum Abschluss von Separatverträgen, die keinerlei demokratische Zustimmung und Gültigkeit aufweisen, wie bei den Metallarbeitern, im Handel und im privaten und öffentlichen Gesundheitswesen. Man hat auch versucht, die Verhandlungsautonomie bei Vertragsabschlüssen mit dem Art. 8 (Abänderungsmöglichkeiten) zu unterminieren. Man denke auch an das Rentengesetz, die Suspendierung der Rentangleichung, die Verhandlungsblockade bei den Kollektivverträgen für den Öffentlichen Dienst und die Schule, oder an die Verringerung sozialstaatlicher Leistungen und der entsprechenden Finanzierungen. Das alles hat zu einer Abschwächung der gewerkschaftlichen Aktion geführt und zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen für jede einzelne Person. Besonders schwerwiegend ist der Fall FIAT. Dort geht es um die gewerkschaftliche Freiheit und den Pluralismus der Gewerkschaften an den Arbeitsplätzen, so wie es im Urteil des Verfassungsgerichtshofes festgehalten ist. Dieses Urteil hat darüber hinaus auch allgemeine Bedeutung. Es bezeichnet die Separatverträge als verfassungswidrig und damit auch das Verhalten des Betriebes und der Gewerkschaften, die das Separatabkommen unterzeichnet haben. Entscheidend war in dieser Angelegenheit die Standfestigkeit der Delegierten und Beschäftigten, die Diskriminierungen und Entlassungen bekämpft und so die Würde und das Recht, an den Werten und Prinzipien der CGIL festhalten zu dürfen, verteidigt haben.

Das Abkommen vom 28. Juni 2011 ist – jenseits aller unterschiedlichen Einschätzungen – für die gesamte Organisation verbindlich und untrennbar mit dem Abkommen vom 31. Mai 2013 verbunden. Es ist ein positives Abkommen und ein Erfolg der gesamten CGIL. Es bringt eine bedeutende Veränderung der Regeln und Vertretungsmandate bei den Kollektivvertragsverhandlungen mit sich, und die gesamte Organisation setzt sich dafür ein, dass deren Beachtung und Einhaltung garantiert werden. Die Anwendung dieser Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden und ihre Ausdehnung auf alle Verhandlungspartner können eine Tendenzwende einleiten und eine neue Ära in den Beziehungen zu CISL und UIL eröffnen, die auf der Teilnahme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufbaut und die inkludierenden Inhalte einer neuen Reihe von Kollektivvertragsverhandlungen hervorhebt. Dazu gehört auch ein angemessener gesetzgeberischer Eingriff, der im Sinne der Verfassung das demokratische Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer enthält, über Verhandlungsplattformen und Vertragsentwürfe abstimmen zu dürfen. Auf diese Weise werden die Bedingungen für eine Einheit geschaffen, auf deren Boden die gewerkschaftliche Aktion objektiv stärker wird. Bis zur vollen gewerkschaftlichen Freiheit und Demokratie und bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen auf allen Ebenen, am Arbeitsplatz und in den Bezirken, wo es Verhandlungsgespräche über soziale Fragen geht, ist allerdings noch ein weiter Weg zurückzulegen. Es muss uns bewusst sein, dass sich die gewerkschaftliche Aktion in einem neuen Szenario abspielt, wo die Aktion zum Schutz der individuellen Rechte eng mit der Durchsetzung neuer Rechte verbunden sein, sich gegenseitig auftrieb geben und mit einer neuen und umfassenderen Form der gewerkschaftlichen Vertretung einhergehen soll.

Die jungen Menschen und ihre Zukunft müssen die Richtschnur sein, an der wir unsere Initiativen messen, und wonach wir unsere Entscheidungen kohärent ausrichten müssen, angefangen bei einem entschlossenen Kampf rund um die Einforderung eines außerordentlichen Planes zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Reform der Berufsausbildung. Das sind nämlich die Zugänge zu einer positiven Bewältigung der gegenwärtigen Notlage.

Die Prioritäten unserer Aktion liegen heute bei der Arbeit, bei den universellen Rechten und dem Rechtsschutz, bei der Eindämmung des Prekariats, bei der Verringerung der Anzahl der vielen unterschiedlichen Formen von Arbeitsverträgen und bei der Aktion gegen die ausufernde Schwarzarbeit. Trotz großer Auseinandersetzungen und zahlreicher Abkommen über Umstrukturierungen und Neuorganisationen, hat das Ausbleiben eines verträglichen Wachstums die letzten Jahre geprägt, was schließlich zu einer dramatischen Arbeitslosigkeit geführt hat. Aber nicht nur die Jugendarbeitslosigkeit stellt einen Notstand dar, auch alle anderen Jahrgänge – und vor allen Dingen die Frauen – haben die Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit am Arbeitsplatz kennen gelernt. Darin liegt auch der Hauptgrund, warum die CGIL einen Plan zur Arbeit entworfen hat, wonach in der Politik die Arbeitsplatzfrage das entscheidende Element für ein neues wirtschaftliches und soziales Entwicklungsmodell ist. Dieser Plan enthält einige grundsätzliche Entscheidungsvorschläge: Eine europaweite Kredit- und Darlehenspolitik, Nachverhandlungen beim Stabilitätspakt, staatliche Eingriffe zur grundsätzlichen Orientierung der Entwicklung, sozialstaatliche wirtschaftliche und soziale Maßnahmen, die nicht nur als Unterstützung für die Schwachen gedacht sind, sondern zu den Grundpfeilern eines Landes gehören, wo wirtschaftliches und soziales Wachstum angestrebt wird. Es geht also um einen Sozialstaat, der gleichzeitig Triebfeder des wirtschaftlichen Aufschwungs und eine Hilfe für die Schwächeren ist. Es geht auch um die Verwirklichung einer Reform der öffentlichen Verwaltung, des Bildungs- und Ausbildungswesens und um einen außerordentlichen Plan zur Arbeitsplatzbeschaffung für die Jugend. Die Krise der italienischen Politik ist vor allem auch eine Krise der politischen Vertretung, des Mutes zu wichtigen Entscheidungen, aber auch der Form, wie Politik betrieben wird. Im Entstehen von Personenparteien kommt dies ebenfalls zum Ausdruck. Gleichzeitig zersplittern sich selbst die Zwischenglieder der gesellschaftlichen Vertretung immer mehr, womit die Demokratie an sich nur noch zerbrechlicher wird. Obwohl die Meinungen und Einschätzungen zu den gewerkschaftspolitischen Entscheidungen, welche die CGIL in den letzten Jahren getroffen hat, unterschiedlich sind, ist man sich darin einig, dass die Organisation neue Initiativen braucht und einen gemeinsamen Aufbruch benötigt. AKTIONEN bei denen man Prioritäten und Ziele setzt, die abgeändert werden können, sind Zeugen einer freien und pluralistischen Diskussion mit den Mitgliedern. Die AKTIONEN sind auch auf die Rolle Europas und seine Politik zur Bewältigung der Rezession ausgerichtet – ebenso auf die Frage, wie man mit einer umfassenden Reform die Schwächen der Politik und der Institutionen überwinden kann, angefangen bei der Verteidigung und vollen Verwirklichung der Verfassung. Es werden Vorschläge zu einer neuen Regelung des Steuerwesens unterbreitet, um die wirtschaftliche Entwicklung und die Politik zur Beseitigung von Ungleichheiten zu ermöglichen. Es geht um die Reform des Sozialstaates und um echte staatsbürgerliche Eingliederung der jungen Menschen, der Frauen und Migranten. Es geht um das Rentensystem und um eine Umverteilung des Einkommens zur Stärkung der Position junger und alter Menschen. Es geht ferner um eine Verbesserung des öffentlichen Schulwesens und um die Förderung von Forschung und Innovation. Es werden Strategien vorgeschlagen, um die Arbeitsplätze zu verteidigen, die Werte der Demokratie und der Gleichheit hochzuhalten und jede Form von Diskriminierung und Gewalt zurückzuweisen. Es werden auch Ideen und Vorgangsweisen für neue Kollektivvertragsverhandlungen auf gesamtstaatlicher Ebene aufgezeigt, und wie man Verhandlungen auf lokaler Ebene und am Arbeitsplatz wieder aufnehmen

kann. Das sind wesentliche Voraussetzungen, damit die Inhalte und Ziele gewerkschaftlicher Aktionen voll zur Entfaltung kommen und die Schwächen überwunden werden, die in letzter Zeit sichtbar und durch den rezessiven Charakter der Krise noch größer geworden sind. Es reicht nicht auf die Probleme hinzuweisen, die es zu lösen gilt, ohne eingehend die Grenzen und Schwierigkeiten auszuleuchten, auf die unserer Aktionen gestoßen sind. Die gesamte Organisation muss sich fragen, wo die Ursachen dieser Schwierigkeiten zu suchen sind, wie diese kritische Lage bewältigt werden kann, und wie vor allen Dingen die Werte des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in der CGIL neuen Schwung erhalten, sei es im Rückblick auf unsere Geschichte als auch bei der Entwicklung von Zukunftsperspektiven. Die Zersplitterung der Produktionsprozesse und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse sind die Strukturelemente, mit denen das soziale Bündnis der unselbständig Beschäftigten gebrochen wurde, was sich auch auf das gewerkschaftliche Vertretungsmandat in Italien und Europa auswirkt. Es ist daher ein vordringliches Ziel, die Einheit der gewerkschaftlichen Vertretung in der Welt der Arbeit wieder herzustellen, indem auf eine einheitliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen hingearbeitet wird und Formen gefunden werden, die gleiche Rechte trotz unterschiedlicher Positionen ermöglichen.

Sich gewerkschaftlich zusammenschließen heißt heute auch, auf der Grundlage der gesamtstaatlich geltenden Kollektivverträge und der Zusatzverträge auf allen Ebenen all jene wieder mit einzuschließen, die sich heute bei ihren Leistungen auf keine festen Regeln stützen können. Das heißt auch, dass die sozialstaatlichen Einrichtungen und Leistungen zu erneuern sind, indem steuerrechtliche Vorkehrungen getroffen werden, uns zwar nicht nur zum Zweck einer Umverteilung des Einkommens, sondern auch, um die Qualität des sozialen Status – als Chance und universelles Recht – zu erhalten.

Die gesamte CGIL, angefangen bei den Delegierten am Arbeitsplatz und bei den Orts- und Bezirksgruppenvertretern der Rentnergewerkschaft müssen beitragen, um diese Prioritäten in der gewerkschaftlichen Tätigkeit wahrzunehmen, weil uns durch die Krise unumkehrbare Veränderungen bei der vollen Ausübung des gewerkschaftlichen Vertretungsauftrages aufgezwungen werden. Dieses Bewusstsein muss die gesamte Organisation dazu anspornen, im Rahmen der Vertragsverhandlungen an einer neuen und weit verbreiteten gewerkschaftlichen Vertretung der unselbständig Beschäftigten weiterzubauen. Mit Hilfe der Vertragsverhandlungen muss die Zweiteilung des Arbeitsmarktes in vertraglich abgesicherte Bereiche und prekäre Verhältnisse überwunden werden. Der Anwendungsbereich muss sich ausdehnen lassen und Themen wie die Arbeitsorganisation, die Qualität und Sicherheit der Arbeit, die Arbeitszeiten, Investitionen und Innovationen umfassen, weil das die wesentlichen Grundlagen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind. Über das System der sozialstaatlichen Leistungen und dessen Verbesserung verhandeln ist schließlich die Voraussetzung für die Eindämmung der wachsenden Ungleichheiten zwischen Regionen, Geschlechtern, ethnischen Gruppen und Generationen. Besondere Aufmerksamkeit muss den Verhandlungen über die Behandlung der Migranten gewidmet werden, angefangen bei der Staatsbürgerschaft und der Abschaffung des Bossi-Fini-Gesetzes.

Das sind die AKTIONEN der CGIL, die sie in den nächsten 4 Jahren, also bis zum nächsten Kongress ergreifen will. Diese Aktionen sollen Orientierungspunkte sein und zu einer tief greifenden Erneuerung führen, was die Verhandlungsplattformen, die Zielvorstellungen und Forderungen und die Verhandlungstätigkeit betrifft. Mit diesen Zielvorstellungen wollen wir uns dem XVII Kongress stellen. Er soll der CGIL vor allen Dingen eine große Chance bieten, die eigenen Mitglieder anzuhören und mit einzubeziehen. Es soll ein Kongress sein, der in seinen Vorschlägen offen ist und auch neuen Vorschlägen offen gegenübersteht. Die Wiedervereinigung der Welt der Arbeit, die Bewältigung der Krise und die Erwartungen der arbeitenden Menschen, der Jugend und der Senioren hängen auch mit der Festigung unserer Gewerkschaft zusammen. Eine CGIL, die stärker wird, sich einig ist, die pluralistisch und selbständig ist, auf Demokratie und Beteiligung setzt, ist genau das, was man in der Welt der Arbeit und im Lande braucht. Vor uns stehen neue Herausforderungen und neue Ziele, die es zu erreichen gilt. Wir werden auf der Höhe unserer Aufgaben sein, wenn wir mit der Kohärenz und Entschlossenheit zu Werke gehen, wie es zu unserer Geschichte gehört.

Aktion 1 – EUROPA

Der europäische Integrationsprozess steckt in der größten Krise seiner Geschichte. Das Versagen der Spar- und strengen Haushaltspolitik, die von der EU in den letzten Jahren betrieben wurde, ist klar und deutlich erkennbar. Diese Politik hat eine wirtschaftliche Rezession hervorgerufen, die materiellen Verhältnisse für viele Menschen verschlechtert, die Arbeitslosigkeit in die Höhe getrieben, Ungleichheiten und Armut gesteigert und ein Ungleichgewicht zwischen den Ländern des gesamten EU Raumes verursacht, das sich in gefährlicher Weise zuspitzt. Mit dieser verfehlten Politik wurde das Gefälle zwischen Nord und Süd vergrößert. In Italien wurden damit die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Süden des Landes weiter verschlechtert.

Die europäischen Werte, die Solidarität, die Subsidiarität, der soziale Zusammenhalt und der gesellschaftliche Wohlstand, kurz das europäische soziale Modell scheint sich heute in leere Phrasen zu verlieren, weil Europa diese Werte nicht mehr im Interesse seiner Bürger zu realisieren imstande ist. Daher muss sich die Marschrichtung ändern und es soll beim Aufbau der Union selbst begonnen werden mit dem Ziel die Vereinigten Staaten von Europa zu gründen. Gleichzeitig ist eine wesentliche Machtverschiebung zu Gunsten des Europa-Parlaments erforderlich. Wenn die Staaten Bereiche ihrer Souveränität an Europa abtreten, dann muss dies im Sinne dieser Zielsetzungen geschehen.

Während sich der Termin für die Europa-Wahlen nähert, muss man sich stärker dafür einsetzen, dass die Europäischen Institutionen immer mehr zu einem Ort werden, wo demokratische Entscheidungen gefällt werden und demokratische Vorgangsweisen, Transparenz, für alle Menschen gleiche Bürgerrechte und die volle Einbeziehung aller sozialen Akteure gewährleistet sind. Aus der Europäischen Währungsunion muss so schnell wie möglich ein Europäisches Bündnis werden, das eine gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik verfolgt. Deshalb müssen die Europa-Verträge (Europlus und Sixpack) eingehend revidiert werden, während das BZE Statut zu reformieren ist, wobei die bestehenden Veto-Rechte überwunden und die Funktionen – auch zur Stützung der Beschäftigungslage – ausgebaut werden sollen – ähnlich wie beim amerikanischen Federal Reserve Modell, so dass auch letztinstanzliche Garantien übernommen werden können. Es braucht auch einen steuerlichen Harmonisierungsprozess, wobei mit der Besteuerung der Renditen von Kapitalien begonnen werden soll, die nicht direkt produktiven Investitionen zugeführt werden. Aus der Krise, die durch eine Verwilderung der Finanzmärkte entstanden ist, kommt man mit mehr europäischer Solidarität, mit einer „Abflachung der Spielräume“ im wirtschaftlichen Wettbewerb, mit der Vervollständigung der grundsätzlichen internen Freizügigkeit, die mit der Harmonisierung der Löhne und Gehälter, der steuer- und arbeitsrechtlichen Bedingungen, der Arbeit und der Arbeitsmärkte, und ebenso mit Umwandlung eines Teiles der Kredite in Darlehen, der Realisierung der Bankenunion und der Politik zur Reduzierung der Besteuerung von Löhnen und Gehältern zu koppeln ist, um eine bessere Umverteilung des erwirtschafteten materiellen Reichtums zu ermöglichen. Es braucht auch antizyklische Maßnahmen, die infolge der heutigen Sparpolitik blockiert sein.

Die gegenwärtige Rezession ist ein Reflex des Versagens der neoliberalen Theorie, die sich auf den angeblich positiven Effekt des Bilanzausgleichs stützt. Aus diesem Grunde wiederholt die CGIL ihre negative Einstellung zum „Europäischen Fiskalpakt“ und ebenso zur verfassungsmäßigen Verankerung des verpflichtenden staatlichen Finanzausgleichs. Dieselbe Meinung brachten auch der Europäische Gewerkschaftsbund und der Zentralvorstand zum Ausdruck, weshalb die Streichung dieses Paktes

verlangt wird. In Europa muss das Thema der Arbeitslosigkeit, vor allem bei der Jugend und den Frauen vorrangig behandelt werden. Dies wird nur möglich sein, wenn eine Entwicklungspolitik betrieben wird und ein konsistenter Investitionsplan und darüber hinaus das Projekt „Jugendgarantie“ verwirklicht werden. Aus diesem Grunde unterstützt die CGIL den Vorschlag des EGB, einen außerordentlichen europäischen Entwicklungs- und Investitionsplan umzusetzen, damit für die Millionen arbeitslosen jungen Menschen Arbeitsplätze geschaffen werden, wobei die Harmonisierung der Steuerpolitik in die Wege geleitet und die europäischen Standards im Bereich der Arbeit und des Sozialwesens aufeinander abgestimmt werden.

Die Überalterung der Gesellschaft ist ein Jahrhundertproblem. Einige politische Eingriffe müssen überdacht werden, wenn es um das aktive Altern und um die Gesamtheit der Gesundheits- und Sozialpolitik geht. Auf diesem Gebiet braucht es ein weitsichtiges Programm, wo die Zielsetzungen Europas für die nächste Zukunft im Mittelpunkt stehen und ein sozialstaatliches Modell angestrebt wird, das auf Solidarität und Universalität beruht.

Die Einwanderung ist bereits ein strukturelles Problem und muss mit einer geeigneten europäischen Politik behandelt werden, die sich mit der Aufnahme, der Integration und der Anerkennung der Bürgerrechte befasst. Im Übrigen sollen die Bemühungen um eine Kooperation der Mittelmeerländer wieder aufgenommen werden, um die Themen des friedlichen Zusammenlebens, der Handelsbeziehungen und der gemeinsamen kulturellen Anliegen wieder aufgreifen zu können. In den Mittelpunkt gerückt gehören Themen wie der Friede, eine umweltverträgliche Entwicklung, die soziale Frage, die Kultur und die Menschenrechte. Europa braucht eine gemeinsame Industrie- und Infrastrukturpolitik, damit die Wettbewerbsfähigkeit und der soziale Zusammenhalt auf dem Kontinent gestärkt werden können. Eingehend überdenken muss man einige neoliberale Aspekte, die sich auf die Europäische Union prägend ausgewirkt haben, sei es in politischer als auch in kultureller Hinsicht, als am Ende des letzten Jahrhunderts ein einziger Gedanke die Welt dominierte, als man mit viel Enthusiasmus und großer Vitalität für die Zurückdrängung des Staates plädierte, Privatisierungspläne schmiedete, die öffentlichen Einrichtungen aus der Wirtschaft zu verdrängen und den Sozialstaat abzubauen versuchte. Obwohl in den Jahren nach der großen Krise, die 2008 begonnen, und von der sich Europa noch nicht erholt hat, die Rolle der Staaten wieder an Bedeutung gewann, als sie Banken und Unternehmen retten mussten, setzte trotzdem kein wirkliches „Umdenken“ ein, wo die Rolle des öffentlichen Interesses im allgemeinen Kontext als Alternative in Frage gekommen wäre. Es braucht daher eine starke Initiative, um die Probleme der Zukunft zu lösen und den Stabilitätspakt zu überwinden. Es braucht eine Strategie für die Industriepolitik der Gemeinschaft, eine wirksame Besteuerung der internationalen Finanztransaktionen, eine europäische Energiepolitik und die Einführung einer Umweltsteuer und einen tatsächlichen Kampf gegen die Steuerparadiese.

Bei diesen Themen und im Licht einer neuen sozialen Dimension müssen die Sozialpartner im Sinne des Abkommens von Lissabon voll miteinbezogen werden. Eine analoge Einbeziehung braucht es auch beim Abschluss von Handelsabkommen seitens der Europäischen Union, wo es klare und transparente Verhandlungen braucht, mit denen die Einhaltung der Arbeiterrechte und der Konvention zur internationalen Arbeitsorganisation garantiert werden. In den Jahren nach seinem Kongress in Athen (2011) hat sich der EGB bei den wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf Abänderungsanträge beschränkt, aber keine eigenen Forderungen an die EU Kommission gestellt. Es braucht wohl eine stärkere gewerkschaftliche Präsenz in Europa, die über eine selbständige Verhandlungsstrategie verfügt. Die Wettbewerbsfähigkeit Europas hängt auch mit der Schaffung echter Verhandlungsspielräume zusammen, damit das unabdingbare Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Sozialwesen garantiert wird. Der EGB muss es schaffen, ein realer Bezugspunkt und ein Ort des Zusammenschlusses zu werden.

Der EGB muss eine außerordentliche Kampagne eröffnen, um die erworbenen Rechte zu verteidigen. Er muss auch eine alternative strategische Vision zum europäischen Integrationsprozess entwickeln, eine Vision die verstärkte gewerkschaftliche Verhandlungen vorsieht, um den sozialen Dialog zu erneuern und das Lohn- und Sozialdumping zurückzuweisen. Es sollen für alle arbeitenden Menschen der EU Schutzklauseln und Rechte geschaffen werden und man muss weiterhin gegen die EU Kommission auftreten, wenn diese versucht, die Autonomie der Gewerkschaften bei ihren Verhandlungen über kollektive Angelegenheiten einzuschränken. Mitten in der Krise dürfen sich die Gewerkschaften nicht in ihren jeweiligen Herkunftsländern einigeln. Der EGB hat nach dem Schub, der von der CGIL mit der Erstellung ihres „Planes zur Arbeit 2013“ und vom DGB mit seinem „Neuen Marshall Plan für Europa“ sowie von den spanischen Gewerkschaften CC.OO. und UGT und von den Gewerkschaften anderer Länder ausging, positiv reagiert und einen außerordentlichen „Investitionsplan für Europa“ vorgelegt, um das Wachstum zu fördern und die Beschäftigungslage zu verbessern. Dieser Vorschlag muss Inhalt gewerkschaftlicher Initiativen und Aktionen des EGB und der Gewerkschaften in den Mitgliedsländern sein. Die Sparpolitik der EU hat zu einer undifferenzierten und drastischen Kürzung der sozialen Ausgaben im Haushalt der EU und der einzelnen Länder geführt. Von diesen Kürzungen betroffen war vor allen Dingen die Sozialpolitik, die hingegen im Interesse der Bürger und arbeitenden Menschen hätte ausgebaut werden müssen, nachdem sie bereits infolge der Krise in Schwierigkeiten geraten war. Die Politik der Kürzungen soll nun aber definitiv aufgegeben werden. Die EU muss ein entschieden demokratisches und soziales Gesicht bekommen. Die Arbeit und die Produktion sollen wieder im Mittelpunkt stehen. Die arbeitenden Menschen müssen wieder eine wichtige Rolle spielen. Das wird auch nötig sein, um die europafeindlichen Tendenzen, die in der Öffentlichkeit vermehrt auftauchen, zurückzudrängen und die Bürger wieder näher an Europa heranzuführen, nachdem der Eindruck entstanden ist, dass Europa von den Anliegen der einfachen Menschen weit entfernt ist und in die Armut führt. Nur wenn man in diese Richtung geht, wird Europa wieder glaubwürdig und fähig, das Vertrauen der Bürger und arbeitenden Menschen zurück zu gewinnen und fremdenfeindliche, nationalistische und populistische Tendenzen abzuwehren.

Aktion 2 – STEUERPOLITIK, GERECHTIGKEIT UND FORTSCHRITT

Italien ist das einzige Industrieland, wo sich eine hohe Konzentration des Reichtums in wenigen Händen, eine krankhafte Steuerflucht und -Hinterziehung (130 Milliarden Euro im Jahr), eine geringe Belastung großer Vermögenswerte und eine sehr hohe Besteuerung der Löhne, Gehälter und Renten summieren. In den letzten Jahren haben auch die inflationsbedingte Steuererhöhung (fiscal drag) und die Erhöhung der Lokalsteuern das ihre zu dieser Lage beigetragen. Diese Umstände haben dazu geführt, dass Investitionen in produktive Bereiche und neue Technologien ausgeblieben sind. Sie sind auch für die enorme Verschuldung des Staates verantwortlich. Die Staatsschulden werden in Italien nicht von den Ausgaben verursacht – Italien gibt nicht mehr aus als andere vergleichbare Staaten, wenn schon geht es nicht um die Menge, sondern um die Qualität der Ausgaben – zur enormen Verschuldung führen vielmehr die zu geringen Einnahmen. Es braucht daher eine radikale Steuerreform nicht nur um der Gerechtigkeit willen, sondern um die Hindernisse, die der Entwicklung Italiens im Wege stehen, zu beseitigen. Diese Hindernisse haben sich bereits vor der Krise lähmend auf das Wirtschaftsgeschehen ausgewirkt. Es muss unser Ziel sein, dass abgesehen von der Vereinfachung der Abläufe, der Schwerpunkt in der Steuerpolitik in die Richtung der großen Vermögenswerte verlagert und von den Löhnen, Gehältern, Renten und Investitionen in produktive Bereiche entfernt werden muss. In diesem Sinne macht die CGIL folgende Vorschläge:

1. Eine „**Steuer für große Vermögenswerte**“ einführen die für mobile Vermögenswerte und Immobilien gilt, die über 800.000 Euro liegen. Der Steuersatz soll 0,5 bis 1,8 % betragen (wie beispielsweise in Frankreich). Den Gemeinden sollte eine Zusatzsteuer von maximal 0,3 % zugestanden werden.

2. **Einen echten Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht führen**, wobei auch im Rahmen der jährlichen Haushaltsgebarung Einnahmen aus der Bekämpfung der Steuerhinterziehung vorgesehen werden. In diesem Sinne soll auch die vollständige Nachverfolgung von Einkommen und Vermögen gewährleistet werden. Dazu kommen auch das Kunden-Lieferanten-Register, die Transparenz der Zahlungen, eine Untergrenze für elektronische Zahlungen, die Ergänzung der Datenbanken und die Intensivierung der Kontrollen. Die Gewerkschaft kann dazu einen speziellen Betrag leisten und die Verhandlungen über soziale Fragen auch auf die lokalen Vereinbarungen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung und zur gerechteren Gestaltung der lokalen Steuereinhebung ausdehnen.
3. Die **Besteuerung der Finanzrenditen erhöhen** und an das Niveau der anderen europäischen Länder anpassen. Der gegenwärtige Steuersatz von 20 % soll mindestens auf 25 % angehoben werden, während jener für Staatspapiere von 12,5 % auf 15 % zu erhöhen ist, wobei man bedenken sollte, dass in Italien nur mehr 5 % dieser Papiere in der Hand der Familien sind. Eine solche Entscheidung würde also nicht mehr die Besitzer von Staatsschatzscheinen belasten, weil der Abstand zu den privaten Finanzrenditen größer würde. Ferner wurde auf Initiative der CGIL die Steuer auf „Finanztransaktionen“ eingeführt, die noch wirksamer werden soll.
4. **Reform der Einkommenssteuer IRPEF**. Eine der ersten Aktionen muss die Erhöhung der Steuerabsetzbeträge für unselbständig Beschäftigte und Rentner betreffen. Mittelfristig ist aber ein Eingriff im Bereich der Steuersätze erforderlich, wobei die Steuern für niedrige und mittlere Einkommen gesenkt und für hohe Einkommen im Rahmen einer verbesserten Steuerprogression erhöht werden müssen. In diesem Zusammenhang müssen – wenn auch stufenweise – die Probleme der inflationsbedingten automatischen Steuererhöhung (Fiscal Drag), jene der steuerbefreiten Niedrigeinkommen und das Problem der Vereinheitlichung der Steuergrundfreibeträge für Löhne, Gehälter und Renten gelöst werden. Ferner soll die steuerliche Begünstigung der Produktionszulagen ins Steuerrecht eingefügt werden und in Anbetracht der fortdauernden Krise als Ausnahmeregelung auch für die nächsten Lohn- und Gehaltsaufbesserungen als Steuerbegünstigung dienen. Die steuerliche Begünstigung des an die Produktion gekoppelten Lohnteilens darf aber nicht ein Ausmaß erreichen, wo die Steuerprogression und der gesamtstaatliche Kollektivvertrag in Frage gestellt werden.
5. **Die Steuerbegünstigung für Familien** soll mit der Ergänzung des Familiengeldes und mit Steuerabsetzbeträgen für zu Lasten lebende Kinder verbessert werden. Die Familienförderung soll insgesamt aufge bessert und gerechter gestaltet werden.
6. Es soll **eine Umweltsteuer eingeführt werden**, um den Verbrauch von fossilen Brennstoffen zu drosseln und Investitionen in erneuerbare Energiequellen zu fördern.

Aktion 3 – RENTEN

Die Eingriffe ins Rentensystem durch die Regierungen von Berlusconi und Monti-Fornero haben zum starrsten und ungerechtesten Fürsorgewesen in Europa geführt. Es ist von einem rein versicherungstechnischen Zugang ohne Abstufungen gekennzeichnet. Es wurden alle Bindungen zwischen Fürsorgewesen und Arbeitsmarkt ignoriert, jede Form interner Solidarität ist verschwunden, es wurden automatische Vorgänge eingefügt, die das Rentenaltersalter nach oben verschieben, der Zugang zu den Leistungen wurde äußerst selektiv gestaltet und mit der Blockade des automatischen Inflationsausgleichs wurden auch die bereits gewährten Renten getroffen. Auf diese Weise wurden erworbene Rechte zurückgenommen, der zwischen Bürgern und Staat geschlossene Pakt wurde gebrochen und es wurde ein Klima des Misstrauens und der Unsicherheit, was die Zukunft anbelangt, geschaffen.

Diese Maßnahmen wurden als Hilfe für die Jugend angepriesen. In Wirklichkeit wurden aber gerade die jungen Menschen benachteiligt. Gegenwärtig ist jede Möglichkeit des Nachrückens in frei werdende Arbeitsplätze blockiert, während die Aussichten auf eine ausreichende Rente immer geringer werden, vor allen Dingen für Leute, die spät ins Arbeitsleben eintreten und diskontinuierliche Arbeitsverhältnisse haben, also für alle prekär Beschäftigten. Ebenso benachteiligt werden die Frauen, die Migranten, die sehr früh Beschäftigten und die Schwerarbeiter bestimmter Bereiche (zB.: im Bauwesen). Mehr als um eine Reform, handelt es sich in diesem Fall um Maßnahmen zum Abkassieren, die beträchtliche strukturelle Einsparungen ermöglichen und gerade deshalb sehr schwer geändert werden können. Die Änderung des Pensionswesens hat auch das soziale Drama der Ausgeschiedenen mit sich gebracht. Aus einem Notfall wurde eine weit verbreitete Erscheinung, weil die Anzahl der älteren Beschäftigten, die den Arbeitsplatz verlieren, aber noch nicht in Pension gehen können, beträchtlich ist.

In der heutigen Lage muss die Fornero-Reform einstweilig eingefroren werden, um die Umstrukturierungsprozesse und die Folgen der Krise zu lindern und in den Griff zu bekommen. Ebenso müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um diese Reform grundsätzlich zu ändern. Es muss der gesamte Aufbau überarbeitet werden, um das öffentliche Fürsorgewesen nicht nur finanziell, sondern auch sozial verträglich zu machen, indem man **stufenweise, flexibel und solidarisch** vorgeht. Es sollen folgende Ziele angestrebt werden:

1. Das Problem der **geschützten Beschäftigten** soll definitiv gelöst werden, indem ihnen prinzipiell das Recht auf Pensionierung zugestanden wird.
2. Die **Flexibilität des Rentenalters** soll wieder hergestellt werden, wonach man nach dem 62. Lebensjahr selber entscheiden kann, ob man in Pension gehen will **ohne deswegen einer zusätzlichen Benachteiligung** ausgesetzt zu sein. Das System der beitragsbezogenen Pensionierung enthält bereits einen Anreiz oder Nachteil, je nachdem ob man kürzer oder länger beschäftigt bleibt. Die Sozialrente wird ohnedies mit dem 65. Lebensjahr fällig. Auch die starre Anpassung des Rentenalters an die Lebenserwartung muss revidiert werden.

Vorschlag zur Ersetzung des 2. Punktes

Die Flexibilität des Rentenalters wieder herstellen. Nach dem 60. Lebensjahr kann man frei entscheiden, ob man ohne Benachteiligung in Pension gehen will, weil bereits die Berechnungsart der beitragsbezogenen Rente einen Anreiz oder Nachteil enthält, weil derjenige einen Vorteil hat, der länger beschäftigt bleibt. Es soll eine Unterscheidung getroffen werden, die sich auf die Schwerarbeit im Laufe des Arbeitslebens bezieht. Auch die starre Anpassung des Rentenalters an die Lebenserwartung und die Art ihrer Feststellung muss revidiert werden.

3. Den jungen Menschen, den Frauen, den prekär Beschäftigten, den Gelegenheits- und Saisonarbeitern und den Halbselbständigen **soll eine angemessene Rente garantiert** werden, indem wieder Solidaritätsmaßnahmen eingeführt werden, wie zum Beispiel die „garantierte beitragsbezogene Rente“ bei der alle Beitragszeiten berücksichtigt werden, um angemessene Ersatzbeiträge zu ermitteln. Es soll auch eine eigene Bewertung der Beitragszeiten und Beiträge geben, die während des obligatorischen Mutterschaftsurlaubes eingezahlt werden.
4. Es sollen die heute bestehenden **Benachteiligungen** für jene beseitigt werden, die sehr früh begonnen haben zu arbeiten und vor dem 62. Lebensjahr in Pension gehen wollen. Diese Benachteiligungen sind ungerecht und bestrafen jene, die in früheste Jugend zu arbeiten begonnen und meistens Schwerarbeiten mit geringer Entlohnung verrichtet haben. Dieser Kategorie soll das Recht zuerkannt werden, mit 40 Beitragsjahren in Pension gehen zu dürfen.

Vorschlag zur Ersetzung der letzten 2 Zeilen des 4. Punktes

Das Recht zuerkennen, mit der alleinigen Voraussetzung von 40 Beitragsjahren in Pension gehen zu dürfen.

5. **Die Koeffizienten zur Umwandlung** der Beitragssumme sollen abgeändert werden. **Nicht alle Arbeiten sind gleich** und die heute üblichen Koeffizienten folgen einer auf den Kopf gestellten Solidarität, wobei jene bevorzugt werden, die auf Grund der angenehmeren Arbeits- und Lebensbedingungen eine höhere Lebenserwartung haben.
6. Die Anerkennung der Beiträge **für Genesungszeiten** ausdehnen und verbessern.
7. Den **Schwellenbetrag**, der beim beitragsbezogenen System beim Rentenantritt erreicht werden muss, herabsetzen. Mit den heute vorgesehenen Beträgen (1,5 mal die Sozialrente für die Altersrente und 2,8 mal für die Dienstaltersrente) werden vor allen Dingen die Empfänger von Niedriglöhnen benachteiligt.
8. **Die Blockade der Rentenangleichung** aufheben und gleichzeitig ein neues System zum Schutz der Kaufkraft entwickeln.
9. **Die bilateralen Abkommen** auf die Herkunftsländer ausdehnen, damit auch die Migranten aus Nicht-EU-Staaten in den Genuss der Sozialfürsorge kommen.
10. Im Allgemeinen muss das Prinzip gelten, dass einer Beitragszahlung die **Sicherheit der Leistung** folgen muss, und zwar auch um die **stillschweigenden Positionen** zu beseitigen, die das Vertrauen in das öffentliche System untergraben. Bei den Separatverwaltungen der INPS müssen die Leistungen bei den Halbselbständigen und Inhabern von Mehrwertsteuernummern an die Beitragszahlungen angepasst werden, wobei gleichzeitig die Harmonisierung zwischen Mutterschaftsgeld, Krankengeld, sozialer Abfederung, Rente und Aufteilung der Beitragsquoten zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer (Rückgriffsrecht) zu gewährleisten ist.
11. **Die Zusatzrentenversicherung** soll neuen Auftrieb erhalten, indem sie ausgebaut wird und ihr eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Auslieferung der Wirtschaft an die Finanzmärkte zuerkannt wird. Sie soll auch ein Ansporn sein für neue Formen von Wirtschaftsdemokratie, für Ethik im Finanzwesen und für sozial verträgliche Investitionen. Auf diesem Gebiet können die freien Zusatzrentenfonds unter Beachtung der Bindungen von Investitionen und der Normen über Interessenkonflikte in Bezug auf den wirtschaftlichen Aufschwung und die Verbesserung der Beschäftigungslage eine wichtige Rolle übernehmen, die in den Plan für die Arbeit, der von der CGIL vorgeschlagen wurde, passt und wo die Verwaltung eine Minderung des Risikos und eine Optimierung der Erträge erzielen kann. Auch wenn man sich immer im Auge hält, dass die öffentliche Rentenversicherung beibehalten und verbessert werden muss und nie von der Zusatzrentenversicherung verdrängt werden darf, müssen doch einige vertragliche und statutarische Neuerungen vorgenommen werden, um den Beitritt hauptsächlich bei den schwächsten Gliedern des Arbeitsmarktes zu fördern und vorteilhaft zu gestalten. So soll
 - der Beitritt auch mit der alleinigen Beitragszahlung seitens des Arbeitgebers möglich sein,
 - dass nur ein Teil der Abfertigung eingezahlt werden muss
 - und dass die Gesetzgebung über die Pensionsfonds für den Öffentlichen Dienst jener, die für die Privatwirtschaft gilt, angepasst wird, hauptsächlich was die Besteuerung am Ende bei der Auszahlung der Leistungen anbelangt.
 Es braucht schließlich auch eine Zusammenlegung der Funktionen und eine Fusion der Fonds, um die Verhandlungsmacht zu vergrößern und die Verwaltungskosten zu verringern, und damit die Kosten zu Lasten der Arbeitnehmer zu senken. Ein gutes Gelingen der Zusatzrentenversicherung erfordert schließlich auch Maßnahmen zu deren Verbesserung, und zwar folgendes:
 - Die Reglementierung der Investitionen, um das Risiko zu vermindern
 - Eine korrekte Information über die verschiedenen Typen der Fondsverwaltung und ihre Leistungen
 - Die Funktionstüchtigkeit der Aufsichtsbehörde COVIP
12. **Eine Reform des Führungssystems der Vor- und Fürsorgekörperschaften** um zu garantieren, dass eine echte Beteiligung der Sozialpartner möglich ist, dass die Kontrollrechte effektiv ausgeübt und strategische Richtlinien erstellt und wirksam umgesetzt werden können.

Aktion 4 – BILDUNGSPOLITIK, AUSBILDUNG UND FORSCHUNG

Die Neugestaltung des Bildungswesens auf der Grundlage der Werte, die in der Verfassung enthalten sind, gehört zu den wesentlichen Bestandteilen eines echt demokratischen Systems, das es braucht, um in unserem Staat ein neues Entwicklungsmodell durchzusetzen, qualifizierte Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und bewusste Staatsbürger heranzubilden. Die lange ausgebliebenen Investitionen und die materielle und ideologische Destruktion des Bildungs- und Ausbildungswesens, der Berufsausbildung und der öffentlich betriebenen Forschung, haben den Abstand zu anderen entwickelten Ländern vergrößert. Die Schulabbrecher werden immer zahlreicher und die jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, die weder studieren noch arbeiten, sind über 2 Millionen. Mehr als die Hälfte davon hat lediglich einen Mittelschulabschluss. Es gibt zu wenige Hochschulabschlüsse und die Investitionen in Bildung und Forschung liegen gemessen am BIP unter dem internationalen Durchschnitt. Die Neueinschreibungen an den Universitäten nehmen drastisch ab.

Das Ziel ist, den Menschen den Zugang zur Bildung zu ermöglichen und das Bildungsniveau zu heben, um eine bewusste demokratische Beteiligung am wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zu fördern und eine allgemein verträgliche Entwicklung auf der Grundlage von Bildung und Können auf breiter Ebene zu begünstigen, wo die Qualität der Arbeit und Innovationen im Produktionsbereich wieder im Mittelpunkt stehen.

1. **Aufwertung der öffentlich in Auftrag gegebenen Forschung:** Der öffentliche Wissenschaftsbetrieb soll auf Sicherheit und Stabilität beruhen. Es müssen ausreichende Finanzierungen, stabile und funktionierende Stellenpläne und Anstellungsverfahren, mit denen das Prekariat in den Schulen, an den Universitäten und im Forschungsbereich überwunden wird, gewährleistet sein. Autonomie und demokratische Beteiligung gehören dazu. Es muss eine Bildungspolitik betrieben werden, die auf Integration und multikulturelle Einbindung ausgerichtet ist, wobei allen der Zugang zu Bildung und Wissen offen stehen soll. Abzulehnen ist jede Form von Ausgrenzung, im Besonderen von Menschen mit Behinderungen und von Ausländern.
2. **Erziehungsangebot ausdehnen und Kleinkinderbetreuung für alle:** Das sind vorrangige Ziele um dem Schulabbruch vorzubeugen und die Arbeitsplätze im Schulwesen zu sichern. Die Erziehungsangebote für Kleinkinder zwischen 0 und 3 Jahren müssen als Anrecht und nicht nur als Angebot auf Nachfrage betrachtet werden und sie dürfen im Sinne der EU Empfehlungen zur Kleinkinderbetreuung auch nicht dem Stabilitätspakt unterworfen werden. Im Rahmen einer stärkeren staatlichen Präsenz und Verzweigung im Schulwesen sollen auch die Eingriffe zu Gunsten der **0 bis 6 jährigen Kinder** verstärkt werden, indem größere Investitionen im öffentlichen Erziehungs- und Schulwesen für Kinder vorgenommen werden, wobei hauptsächlich in Süditalien der größere Aufholbedarf zu berücksichtigen ist.
3. **Schulpflicht bis 18:** Allgemein zugängliches Angebot von Kindergärten, Wiederherstellung der Organisationsmodelle in der Primar- und Sekundarschule, einheit-

liches allgemein bildendes Biennium für alle auf der 2. Stufe der Sekundarschule, auf allen Schulstufen Schwergewicht auf Labortätigkeiten legen, Neubewertung der technischen Oberschulen und Berufsschulen, wobei auch die bereits geplanten, angewandten und ausgewerteten Erfahrungen potenziert werden, mit denen es den Schülern ermöglicht wird, auch während einer praktischen Lehrzeit zu lernen. Die Berufsausbildung soll über integrierte Bildungswege reformiert werden, wobei die regionalen Ausbildungsangebote mit dem staatlichen Ausbildungssystem verbunden werden und die Eingliederung/Wiedereingliederung in die Arbeitswelt gefördert wird.

4. **Das Recht auf Bildung finanzieren:** mit spezifischen Fördermaßnahmen für Oberschüler und Universitätsstudenten, Revision des Numerus Clausus an den Universitäten, allgemeine Senkung der Studiengebühren und Dienstleistungen für Studenten (Mensen, Studentenheime, Bücher, Transport, internationale Mobilität).
5. **Recht auf permanente Weiterbildung realisieren,** das anerkannt und mit geeigneten Maßnahmen unterstützt wird – die öffentlich angebotene Erwachsenenbildung fördern – am System der gebietsbezogenen permanenten Weiterbildung weiterarbeiten und die erworbenen Fähigkeiten bestätigen. Mit Hilfe der Kollektivverträge sollen die Weiterbildung, die bilateralen Förderungsmöglichkeiten, die bereichsübergreifenden Fonds und die rechtlichen Absicherungen garantiert werden, damit die Beschäftigten und die Mitbürger die Möglichkeit erhalten, am Bildungsangebot teilzuhaben, wirtschaftliche und zeitliche Engpässe zu überwinden und die erworbenen Fähigkeiten einzusetzen und geltend zu machen.
6. Es soll ein **gesamtstaatlicher Plan zur Forschung** (PNR) ausgearbeitet werden, der im Dialog mit der Entwicklungspolitik und den Innovationsvorhaben entsteht. Die in den vergangenen Jahren gekürzten Mittel sollen wieder zur Verfügung gestellt werden. Es sollen neue Investitionen in die Wege geleitet werden und Formen der Zusammenarbeit zwischen Forschung und Entwicklungspolitik (Kompetenzzentren, Forschungspools, technologische Distrikte, u.s.w.) gefunden werden. Es soll ein einheitliches Management für die öffentlich betriebene Forschung und die Entwicklungspolitik geschaffen werden.

Aktion 5 – INSTITUTIONEN UND ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Die Prinzipien und Grundwerte der Verfassung müssen verteidigt und angewendet werden. Die CGIL spricht sich zum wiederholten Mal gegen jede Verfassungsreform aus, die das Gleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative bricht oder zu einer Beseitigung des parlamentarischen Systems führt, wie es die Einführung einer (Semi)Präsidentdemokratie oder eines Premiers wäre. Dagegen werden wir uns auch mit einem Referendum zur Wehr setzen.

Als erstes muss das Parlament in den Mittelpunkt gestellt werden. Seine Tätigkeit ist aufzuwerten, die Verabschiedung von Dringlichkeitsdekreten muss abnehmen und die Möglichkeit bei jedem Thema die Vertrauensfrage zu stellen soll restriktiv geregelt werden.

Nach Ansicht der CGIL sind einige Reformen unter Einhaltung der verfassungsmäßigen Prozeduren laut Art. 138 in die Wege zu leiten.

1. Die Überwindung des perfekten Zweikammernsystems durch die Einrichtung einer Abgeordnetenversammlung und einer Kammer der Regionen und Lokalkörperschaften.
2. Die Neuordnung der staatlichen und regionalen Kompetenzen, die im Artikel 117 der Verfassung geregelt sind. Dabei sollen mit der Reform des V. Titels einige Sachgebiete, wo es heute eine konkurrierende Zuständigkeit mit den Regionen gibt, dem Staat zurückgegeben werden, so dass die zentrale Entscheidungsgewalt sowohl in Sachbereichen wie bei der Gewährleistung der Mindeststandards bei Leistungen im Bereich der Bürgerrechte und sozialen Rechtsansprüche, als auch in den konkurrierenden Bereichen wieder stärker wird.
3. Die Erstellung eines organischen Entwurfs zur unaufschiebbaren Errichtung der Großstadträume als ergänzendes System zu den bestehenden Einrichtungen, um Überlagerungen und Konfusionen zu vermeiden, die es zwischen den zentralen Behörden und den Lokalautonomien gibt. Die Lokalautonomien sollen Funktionen der Republik übernehmen (angefangen bei Bildung und Forschung) und Orte der staatsbürgerlichen Rechtsausübung sein.

Auf die wachsende Nachfrage nach Bürgerbeteiligung muss positiv reagiert werden. Die Reform des Wahlgesetzes wäre dabei nur der Anfang. Den Wählern muss ihr Gewicht wieder zurückgegeben werden, damit die Gewählten einen Auftrag erfüllen können der zählt. Die Rolle der Parteien muss erhalten bleiben und die demokratische politische und soziale Vertretung gewahrt werden, wobei Formen der aktiven Einbeziehung der Bevölkerung zu fördern sind. In diesem Sinne ist man in der CGIL der Meinung, dass folgende Eingriffe erforderlich sind:

4. Es soll ein System der sparsamen Finanzierung der politischen Tätigkeit eingeführt werden. Die direkte Finanzierung der Parteien, soll durch die kostenlose Bereitstellung von Diensten ersetzt werden. Es soll auch eine Deckelung der Politikerbezüge geben und die Gleichbehandlung und Transparenz bei der Teilnahme an Wahlkämpfen gewährleistet sein.
5. Mit einem neuen Gesetz sollen der Interessenkonflikt, die Unmöglichkeit einer Kandidatur und die Unvereinbarkeiten geregelt werden.
6. Es soll ein neues Staatsgesetz zur Regelung der Basisdemokratie erlassen und eine Reform des Referendums angestrebt werden, wobei ein „mobiles Quorum“ eingeführt werden soll, das an der Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl des gesetzgebenden Organs gemessen werden soll.

In den letzten Jahren wurde unter dem Druck der Krise eine Linie verfolgt, die aus generellen Kürzungen bestand. Diese liefen auf eine Verkleinerung des öffentlichen Einflusses hinaus und führten zur Einschränkung von Dienstleistungen und Wissensinhalten. Auch einige staatsbürgerliche Rechte wurden einfach gestrichen. Es gab eine anhaltende Herabwürdigung und Aushungerung der öffentlichen Arbeiten. Es wurden bürokratische und zentralistische Regeln befolgt, mit denen die öffentlichen Einrichtungen spürbar geschwächt wurden mit dem Ziel ihre Tätigkeit zu blockieren. Es handelte sich dabei um Entscheidungen, die von der CGIL bekämpft wurden, die dem Land Schaden zugefügt haben und bei der Reform der öffentlichen Verwaltung nutzlos waren. Wir nennen folgende Prioritäten:

7. Eine Reform der öffentlichen Verwaltung, die von der Überwindung fragmentarischer und nicht zusammenhängender Eingriffe ausgeht, denen kein Gesamtentwurf und keine einheitliche Entscheidungsstelle zugrunde liegt. Eine solche Politik predigt zwar den „Föderalismus“, praktiziert aber einen starken logistischen Zentralismus.
8. Eine starke Neuqualifizierung der öffentlichen Institutionen und der Wissensvermittlung durch gezielte Investitionen, die einem Beschäftigungsprogramm mit unbefristeten Arbeitsverhältnissen dienen, sei es im Pflegebereich als auch in der Wissensvermittlung. Nach den wiederholten Aufnahmestops, die zu einer heillosen Überalterung des öffentlichen Dienstes geführt haben, kam es – hauptsächlich bei jungen Menschen – auch zu zahlreichen prekären Arbeitsverhältnissen, die nun in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden müssen.
9. Eine Kampagne zur Vereinfachung der Organisation, die zur Reform der Institutionen und zum Bürokratieabbau passt und den Konsumenten wesentliche Vorteile bietet. Es soll eine nationale und lokale Befragung jener durchgeführt werden, welche die Dienste in Anspruch nehmen, damit gezielte Eingriffe zur Vereinfachung und technologischen Innovation bei der Nutzung der Dienste im Gesundheitswesen und bei den lokalen Verwaltungen durchgeführt werden können. Der Prozess der Auslagerungen soll durch die Erneuerung der Öffentlichen Verwaltung umgekehrt werden. Im Besonderen dürfen sich die Neuerungen im Bereich der Informatik nicht auf die Nutzer der Dienste belastend auswirken, indem auf die Einrichtungen der sozialen Vermittlung Aufgaben der öffentlichen Verwaltung abgewälzt werden.

10. Was die Ausgabenseite anbelangt, muss man von den generellen Kürzungen abgehen und von Eingriffen, die Funktionen abschwächen – hauptsächlich im Bereich der Dienste für den Bürger und die Betriebe. Es sollen dafür aber Verschwendung und Korruption bekämpft werden.
11. Die Beraterverträge sollen auf zentraler und lokaler Ebene abgeschafft werden.
12. Die Verantwortung für den Einkauf von Gütern und Dienstleistungen den zentralen und regionalen Einkaufszentren übertragen und die Anwendung von Kostenstandards für die Einkäufe allgemein einführen. Die Einsparung von Kosten, die sonst willkürlich für unproduktive Güter ausgegeben werden, soll zu Investitionen in bessere Dienste für Bürger und Betriebe Anlass geben.
13. Bei der Vergabe von Aufträgen für Dienstleistungen sollen die sozialen Klauseln, die Beschäftigungsgarantie, und die Einhaltung der Verträge und der Umweltauflagen bindend werden, abgesehen von der Pflicht, die Vergabe öffentlich zu motivieren und den wirtschaftlichen und sozialen Nutzen der Entscheidung für die Vergabe nach Außen zu begründen.
14. Das System der Beteiligung der Öffentlichen Hand an Betriebsgesellschaften soll reformiert und verbessert werden. Es müssen die nötigen Regeln festgelegt werden, um die Arbeit und die wesentlichen Dienste zu gewährleisten. Der Zusammenschluss der Betriebe ist zu fördern und bei der Kontrolle der Ausführung der Dienste muss es eine Garantie geben, dass die öffentliche Hand dabei ihre Rolle spielen kann.
15. Der Kampf gegen die Korruption und für die Einhaltung der Gesetze muss weitergehen. Dies erfolgt über den vollen Aktenzugang und die Transparenz bei den Entscheidungen über die Qualität der Ausgaben.
16. Es muss als Ausgangspunkt für den Stabilitätspakt ein neues Gleichgewicht zwischen den Ausgaben für die Dienste und den Ausgaben für die reinen Verwaltungsfunktionen geschaffen werden.
17. Der Prozess der institutionellen Reformen, der Innovationen, Vereinfachungen der Abläufe und der öffentlichen Verwaltung muss wirksam vorangetrieben werden. Mit einer Vereinbarung zu den Reformen sollen gesetzliche Vinkulierungen überwunden und wieder korrekte und wirksame gewerkschaftliche Beziehungen hergestellt werden. Es sollen vertragliche, wirtschaftliche und rechtliche Lösungen gefunden werden, um den Dienst in der öffentlichen Verwaltung wieder aufzuwerten und neu zu qualifizieren. Die Blockade von Nachbesetzungen, Kollektivvertragsverhandlungen und lokalen Zusatzvereinbarungen muss beseitigt werden.

Aktion 6 – Industrie- und Entwicklungspolitik

Die Krise des italienischen Produktionsapparates ist außergewöhnlich schwerwiegend. Wir stehen vor einem regelrechten Entindustrialisierungsprozess. Diese Tendenz umzukehren hat Vorrang, wenn Italien wettbewerbsfähig bleiben will und die Arbeitsplätze gesichert werden sollen. Italien muss ein großes Industrieland bleiben und neue Ideen zur Entwicklung und zum Wirtschaftswachstum aufgreifen, die sich auf die Umweltverträglichkeit stützen, die Green Economy und den sozialen Zusammenhalt im Auge behalten und auf eine Verringerung des Gefälles zwischen Norden und Süden des Landes ausgerichtet sind. Forschung und Innovation müssen der Motor dieser Veränderung sein. Die Wirtschaft muss sich der Herstellung von haltbaren und verträglichen Produkten zuwenden. Aus dieser Perspektive heraus muss eine Industriepolitik betrieben werden, die neue öffentliche und private Investitionen in den produktiven Bereichen anregt, die Wirtschaftsentwicklung finanziell ankurbelt und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu steigern imstande ist. Bei den Vertragsverhandlungen müssen diese Prioritäten mit geeigneten Forderungsplattformen unterstützt werden, nicht nur um sie zu begünstigen, sondern auch um sie zu fordern und zu planen, und zwar zusammen mit den Bereichen Wissenschaft und Technik, mit den sozialen Bewegungen, den Bürgern und betroffenen Nutznießern.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist die CGIL für einen langfristigen Eingriff in die Wirtschaft seitens der öffentlichen Hand, um ein wirtschaftliches und soziales Entwicklungsmodell durchzusetzen, das der italienischen Verfassung entspricht, wo der Arbeit eine zentrale Funktion zugeteilt ist. Gleichzeitig muss sich auch der Begriff der Allgemeingüter und der öffentlichen Güter durchsetzen, in deren Genuss alle kommen müssen, auch die kommenden Generationen. Die volle Übernahme dieser Begriffe führt notgedrungen zu einem anderen Verständnis von der Öffentlichkeit und den Marktverhältnissen, zur Ethik und sozialen Verantwortung und zur Einforderung eines außerordentlichen Investitionsplans als Alternative zu den Privatisierungen.

1. Das Fehlen einer gesamtstaatlichen Industriepolitik hat wesentlich zur Vergrößerung des Gefälles zwischen **Nord und Süd** beigetragen, sei es in Bezug auf die Beschäftigungslage, als auch hinsichtlich der Wertschöpfung. Um dieses Gefälle abzubauen braucht es vor allen Dingen das gesamte zur Verfügung stehende Instrumentarium: Programmatische Vereinbarungen, Entwicklungsverträge und den Einsatz der EU Fonds. Gleichzeitig braucht es Investitionen, um die Mängel an der Infrastruktur zu beheben und die Regionen gleichmäßig wettbewerbsfähig zu machen. Solche Investitionen müssen auf die konkrete Hilfe der Großunternehmen mit staatlicher Beteiligung bauen können.
2. Die **Landschaft** stellt in einem allgemein verträglichen Wirtschaftsmodell einen **Wettbewerbsfaktor** dar. In diesem Sinne müssen der Wasserschutz, der Umweltschutz, die Bonifizierung der aufgelassenen Industriegebiete, der Schutz der Gebiete, die von nationalem Interesse sind, die Sicherung des landschaftlichen, künstlerischen und archeologischen Vermögens, sowie erdbebensicheres Bauen systematisch Vorrang haben und als Hebel für eine neue Industriepolitik eingesetzt werden. Es braucht dazu einen gesamtstaatlichen strategischen Plan wie es im Plan zur Arbeit vorgeschlagen wird. Zur Industriepolitik gehört voll und ganz auch die Abfallbewirtschaftung, die umweltverträgliche Abfallentsorgung, das Recycling und die Wiederverwertung. Es muss ferner im Sinne des Referendums auch eine gesetzliche Regelung zur Nutzung des Wassers getroffen werden.

Abänderung als Zusatz am Ende des 2. Punktes:

...wobei das Wasser von der öffentlichen Hand verwaltet werden soll im Sinne einer Bürgerbeteiligung unter Ausschluss des Profitstrebens.

3. In diesem Kontext – Erstellung eines konkreten und durchführbaren Infrastrukturenplanes, eine Politik zur Errichtung der Dienste, die elektronisch gestützte Abfallentsorgung, die Mobilität, der Wohnbau, die Aufwertung und Nutzung der Flächen im städtischen Bereich, auch mit Blick auf ein neues Konsumverhalten, mit dem die Tendenz wahllos große Einkaufsflächen zu schaffen, umgekehrt wird – muss der **Bau von Infrastrukturen** das tragende Element einer neuen Urbanistik sein, die finanziell abgesichert ist, auf Innovationen setzt, auf Rückgewinnung und Wiederverwertung und auf die Beendigung der Verbauung weiterer Grundstücke. Überdies ist die Pflege des Kunst- und Kulturerbes in Italien die Voraussetzung für den strategischen Durchbruch der Fremdenverkehrswirtschaft.
4. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass die Regierung im Rahmen einer **neuen und anderen Systemstrategie** die gesamtstaatlichen Interessen in den Mittelpunkt stellt. In diesem Zusammenhang erfordert der rationale Einsatz der vorhandenen Ressourcen die Schaffung eigener Instrumente zur Bemessung

und Programmierung, die Errichtung eigener Strukturen, um die Beschränkungen unseres Produktionssystems zu kompensieren, einschließlich die Suche neuer Investoren für stark expandierende Sektoren, indem eine Nachfrage und ein Angebot zusammengebracht werden, das der internen und internationalen Marktkonkurrenz standhält. Zu diesem Zweck sollen alle vorhandenen Energien des italienischen Kapitalismus, Betriebe und Banken, eingesetzt und von der Öffentlichen Hand mit programmatischer und planerischer Fähigkeit begleitet werden. Dazu gehören auch spezifische Finanzierungsinstrumente, wo die Depositenbank des Staates eine neue Rolle spielt.

5. **Die Banken müssen für die reale Wirtschaft da sein** und den Betrieben und Bürgern wieder Kredite einräumen, zu Bedingungen wie in den anderen wichtigsten europäischen Ländern, wobei das auf sich selbst bezogene Finanzwesen Gegenwind erhält und ein Bankwesen, das einem stabilen und verträglichen Wirtschaftswachstum dient, bevorzugt wird. Es braucht ein Gesetz, wo zwischen Handelsbanken und Investitionsbanken unterschieden wird.
6. Die Notstandsphase muss mit einem großen **Zyklus von Investitionen und Innovationen** bei den Produkten und in der Fertigung überwunden werden. Dies soll in struktureller Weise in Übereinstimmung mit den Programmzielen der EU Fonds gefördert werden. Zu den Prioritäten solcher Maßnahmen zählen die Eingriffe zu Gunsten von Produktionseinheiten mit einem hohen Beschäftigungsgrad und großer Wertschöpfung. Im Besonderen gilt es eine Exportpolitik zu aktivieren und Produktionsauslagerungen in die Richtung der Niedriglohnländer zu verringern. In dieses Umfeld gehört auch die Verteidigung des „made in Italy“ als wirtschaftlich wichtige Ressource im internationalen Wettbewerb.
7. Das Thema **Energie** ist Bestandteil einer neuen Wettbewerbsordnung des Landes und erfordert große Investitionen bei der Schaffung von Infrastrukturen, im Besonderen beim Aufbau von Energieversorgungsanlagen mit einer dezentralisierten Produktionsweise und einem intelligenten Verteilernetz (smart grid) zusammen mit einem mindestens zehnjährigen Strukturplan zur Unterstützung der Energieeffizienz und des Energiesparens. Auch bei den Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden auf der zweiten Verhandlungsebene sollen lohnende Ziele angestrebt werden, wenn es um ein Verhalten zur Förderung der Energieeffizienz und des Umweltschutzes geht. Die Senkung der Energiekosten und die Ausarbeitung eines neuen Tarifsystems, wo Steuern und Gebühren auf der Verbraucherrechnung eingespart werden können, gehören zu den erstrebenswerten Zielen. In diesem Zusammenhang ist eine neue Einteilung der Lieferzeiten und Kosten für den häuslichen Stromverbrauch unerlässlich. Die Ausgaben der Lokalkörperschaften für die Steigerung der Energieeffizienz und die Sicherung der öffentlichen Gebäude müssen vom Stabilitätspakt ausgeschlossen werden. Um die Energieversorgung und den Umweltschutz zu gewährleisten, ist ein gemeinschaftlicher europäischer Anlauf unerlässlich, sei es bei den Emissionen als auch beim Abrücken von der Kohle. Nur in einer europäischen Perspektive können die Kosten gesenkt, die Versorgung gesichert und vor allen Dingen das Abrücken von der Kohle bei der Energieerzeugung innerhalb von 2050 realisiert werden, so wie es von der EU selbst empfohlen wird.
8. Die Modernisierung des Landes erfordert eine rasche Aktualisierung der **Digitalen Agenda**, die Weiterentwicklung der ICT Industrie und die Gründung eines großen gesamtstaatlichen Informatikbetriebes.
9. Im Bereich der privaten und öffentlichen, **verträglichen Mobilität** sind erhebliche Investitionen für Innovationen beim Personennahverkehr und zur Aufwertung der städtischen Gebiete erforderlich. Im Besonderen müssen auf dem Gebiet der Transporte und der Logistik die Auswirkungen auf die Umwelt reduziert werden. Die indirekten Kosten zu Lasten der Produktion müssen gesenkt werden. Verursacht werden diese durch Mängel in der Infrastruktur- und Verkehrspolitik. Will man eine umweltverträgliche Mobilität, braucht es eine andere Strategie, nicht nur in der Politik, sondern auch bei der Herstellung der privat und öffentlich benutzten Fahrzeuge, was so wie in anderen Ländern einen Innovationsschub zur Verbreitung eines neuen und umweltfreundlichen Verkehrs beitragen kann (akzeptierte Mobilität, Elektrofahrzeuge, Hybride u.s.w.). Solche Innovationen können auch neue Wettbewerbssteilnehmer auf internationaler Ebene anziehen.
10. Die Anwendung von **Programmabkommen**, im Besonderen in Gegenden, wo eine komplexe Krise vorherrscht, kann eine neue Herausforderung darstellen, um in Gebieten des industriellen Abbaus Umstrukturierungspläne, die Akquisition neuer Investitionen und die Schaffung besserer Konditionen (Infrastrukturen, Dienste, neue Tätigkeiten, Energie) zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist der Zusammenschluss von Betrieben, hauptsächlich der Klein- und Mittelbetriebe (PMI) ein Hebel, den es zu fördern gilt, indem die Netzwerkverträge weiter verbreitet und verstärkt werden.
11. Das **Krisenmanagement** für Betriebe, das von der CGIL gefordert wird und im Stabilitätspakt vorgesehen ist, muss notwendiger Weise aus den Sozialpartnern und der Regierung bestehen, das die Aufgabe hat, die einzelnen Krisensituationen zu analysieren und eine Industriepolitik zur Rettung und Wiederankurbelung des betroffenen Sektors zu betreiben. Ebenso wichtig ist die Begleitung und Überprüfung der Ergebnisse, die durch die getroffenen Maßnahmen jeweils erzielt werden.

Aktion 7 – AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK, REFORM DER SOZIALEN ABFEDERUNG, ÖFFENTLICHE DIENSTE IM ARBEITSBEREICH

Wer in unserem Staat einer Arbeit nachgeht, eine Arbeit sucht, oder seinen Arbeitsplatz verliert, befindet sich nicht nur in einer wirtschaftlich heiklen Situation, sondern auch in einer gesellschaftlichen Randposition. Durch die Wirtschaftskrise, das Ausbleiben einer aktiven und den politischen Standards entsprechenden Beschäftigungspolitik, das Fehlen einer echt universellen sozialen Abfederung und das Scheitern der Liberalisierung des Arbeitsmarktes wird nun eine Revision der Arbeitsmarktpolitik vordringlich. Es müssen gesamtstaatliche Dienste eingerichtet werden, die den Erfordernissen eines sich ständig und schnell verändernden Arbeitsmarktes entsprechen und auf die neu entstehenden Bedürfnisse eingehen. Da gibt es nicht kontinuierliche Arbeitsverhältnisse, Langzeitarbeitslose, Armut trotz Beschäftigung, traditionell schwache soziale Gruppierungen wie junge überqualifizierte Menschen mit einer niedrig qualifizierten Beschäftigung, oder zu schwach qualifizierte Leute, und es gibt ganze Landstriche wie den Süden Italiens, wo die Krise am Arbeitsmarkt umfangreicher und komplizierter ist. Es muss daher alles darauf ausgerichtet sein, dass Beschäftigungsverläufe nachgezeichnet werden können und dass die betroffenen Personen vor Ausbeutung, Missbrauch und Unregelmäßigkeiten geschützt werden.

Aus der Perspektive der CGIL müssen die Eingriffe auf dem Arbeitsmarkt einer guten Vollbeschäftigung dienen, wo der weit verbreitete Missstand, der zu prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen führt, überwunden wird. Dasselbe gilt für das Lohndumping und für die Ausflüchte, die zwischen Gesetzgebung und Kollektivverträgen gesucht werden. Man muss auch berücksichtigen, dass sich heute viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf einer Gratwanderung zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, zwischen garantierten Arbeitsbereichen und anderen Beschäftigungsmöglichkeiten befinden. Auf diesem Gebiet müssen Orientierungshilfen angeboten werden und ebenso eine aktive Beschäftigungspolitik mit sozialer Abfederung. Es muss öffentliche Stellen geben, wo eine Form von Stellenvermittlung angeboten wird, die den qualitativen Standards von Diensten im Bereich der Arbeitsvermittlung entspricht und es ermöglicht, wieder eine Stelle zu finden, hauptsächlich in bestimmten Tätigkeitsbereichen. Der Rückgriff auf illegale Formen der Stellenvermittlung und auf das „caporalato“ muss verhindert werden. Die Krise und

eine Reihe von europäischen Richtlinien zur Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik drängen uns eine Diskussion über eine aktive und passive Arbeitsmarktpolitik auf, so wie sie von der CGIL erwartet wird. Es braucht daher:

1. Große Investitionen in eine **aktive Beschäftigungspolitik**, um den von der Krise betroffenen Beschäftigten einerseits ein Einkommen zu garantieren, andererseits aber auch ihre Neuanstellung und Umschulung zu fördern. Den zahlreichen vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen sollen Orientierungshilfen, berufliche Weiterbildung und schließlich eine Arbeit vermittelt werden. Es gilt auch die Gelegenheiten, die mit dem neuen Programm des Europäischen Sozialfonds geboten werden, besser zu nutzen und alle verfügbaren öffentlichen Mittel optimal für eine aktive Arbeitsmarktpolitik einzusetzen, und zwar auf europäischer Ebene genauso wie in nationaler und regionaler Hinsicht. Die paritätischen bilateralen Fonds sollen ihrerseits der Konsolidierung des weit verbreiteten Systems zu Berufsförderung und beruflichen Weiterbildung dienen. Es sollen neue Kompetenzen für eine gezielte Arbeitsvermittlung geschaffen werden, um Arbeitnehmer mit einer Behinderung in ihrem Arbeitsleben zu begleiten. Die jeweiligen Finanzierungen sollen mit den Bestimmungen zur Förderung von Personen mit einer Behinderung (Gesetz Nr. 68/99 und nachfolgende Abänderungen) mit der Gesetzgebung zur Nicht Diskriminierung und für die Chancengleichheit in der Arbeitswelt verbunden werden. Die Beschäftigungspolitik ist der Schwachpunkt innerhalb der Sozialpolitik unseres Landes. Sie müsste aber im Hinblick auf allgemein wachsende Bedeutung der Arbeitsmarktpolitik im Interesse der Menschen verstärkt betrieben werden.
2. Eine **Reform der sozialen Abfederung** auf der Grundlage der Vorschläge der CGIL, wonach die Leistungen der Abfederung den Beschäftigten aller Arbeitsbereiche und Betriebe zustehen, also universell gelten sollen. Die Einschränkungen des auslaufenden Lohnausgleichs sollen überwunden werden, während die Beitragszahlung allen Betrieben und allen Beschäftigten zur Pflicht gemacht werden soll. Mit Blick auf die universelle Anwendung des Systems zur sozialen Abfederung, wo Unterstützungsmaßnahmen für den Fall eines aufrecht bleibenden Arbeitsverhältnisses und andere Maßnahmen für Fälle von Arbeitslosigkeit vorgesehen sind, soll man die Formen der Einkommenssicherung berücksichtigen, die in den letzten Jahren für einige Kategorien erprobt wurden, die bis heute von der normalen Regelung ausgeschlossen sind. Ein universelles Abfederungssystem bringt auch die Notwendigkeit mit sich, die Formen der Arbeitslosenunterstützung – ASPI und Mini ASPI – zu revidieren, den Zugang dazu zu erleichtern und die Leistungen auf alle unselbständig Erwerbstätige auszudehnen, einschließlich auf jene, die neu angestellt wurden und ihre Beiträge an die Sonderverwaltung der INPS entrichten, gleich ob sie öffentliche oder private Auftraggeber haben. Auf diese Weise würde auch die Zuerkennung des „una tantum“ an die freien Mitarbeiter (CoCopro) anders gelöst. Die CGIL bemüht sich um eine Reform der sozialen Abfederung, wobei den Bedürfnissen und Eigenheiten der spezifischen Sektoren Rechnung getragen wird und die Perspektive eines universell geltenden Systems mit dem subjektiven Recht auf die Leistungen eines solidarischen Versicherungssystems gewahrt bleibt.
3. Eine starke **Integration zwischen aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik**, wo es möglich ist, den Arbeitnehmer zu übernehmen und Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu ergreifen, wobei ein kohärentes Zusammenwirken zwischen öffentlichen Strukturen, die sich mit der aktiven und passiven Arbeitsmarktpolitik befassen, zustande kommen soll. Ausgangspunkt soll dabei eine einzige Informatikplattform sein, wo die aktive Arbeitsmarktpolitik, die soziale Abfederung und die permanente Weiterbildung aufeinander treffen. Aus dieser Sicht muss auch die Koordinierung zwischen INPS, Regionen, Staat und Arbeitsvermittlungszentren verstärkt werden. Die Tätigkeiten im selben Gebiet sind zu integrieren und auch die Integrationsformen zwischen aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik und ihrer lokalen Ausprägungen sind umzuformen in Übereinstimmung mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben. Bei der Reform der Dienste im Bereich des Arbeitsmarktes und bei den wesentlichen Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik soll es „sichere“ Verfahrensweisen geben, mit denen in Ergänzung zu den zentralen Maßnahmen des Staates, der Regionen und Einzugsgebiete ein Koordinierungssystem gebildet wird, wo die Integration der Dienste und Leistungen vorgesehen ist, um den Erwerbstätigen und Bürgern angemessen und vollständig entgegenkommen zu können.
4. Ein modernes **System öffentlicher Dienstleistungen für den Arbeitsmarkt**, wo man sich um Folgendes kümmert:

Auf gesamtstaatlicher Ebene: Die Festschreibung der wesentlichen Leistungen und die Ausarbeitung der Leitlinien für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, wobei Programme zur beruflichen Qualifizierung des in diesem Bereich tätigen Personals und die dazugehörige Finanzierung festzulegen sind. Dabei soll der kostenlose Zugang zu den Diensten unter Beachtung der Würde der Person gewährleistet sein. Es müssen auch die Erfordernisse des Arbeitsmarktes, die Gerechtigkeit, die Qualität und die Wirtschaftlichkeit Beachtung finden. Das alles könnte zum Teil im Rahmen des Programms zur „Jugendgarantie“ erprobt werden.

Auf regionaler Ebene sollen im Sinne der gegebenen Kompetenzen in Bezug auf die Dienste für den Beschäftigungsbereich, die Berufsausbildung und die Schwerpunkteinrichtungen für Bildung und Forschung eigene Programme erstellt werden, und die Bewertung und Überwachung übernommen werden. Die Integration der lokalen Sozialpolitik mit der Bildungs- und Entwicklungspolitik; ein Plan zum Angebot von öffentlichen Dienstleistungen für den Beschäftigungsbereich in der Region auf der Grundlage nationaler Standards.

Auf lokaler Ebene, also in den Einzugsgebieten, die optimal zu bestimmen sind (bezogen auf die gegenwärtige institutionelle Einteilung in Provinzen mit Blick auf die institutionelle Neuordnung, auf jeden Fall handelt es sich um ausgedehnte Gebiete) sollen Leitlinien zur lokalen Umsetzung der regionalen Richtlinien festgelegt werden. Die Stellenvermittlung soll im Verhältnis zu den örtlichen Gegebenheiten spezialisiert werden, das Zusammenwirken der sozialen Bereiche soll verstärkt werden, ebenso das Netzwerk für die ständige Weiterbildung, die Ausbildungsschwerpunkte, die Systeme zur lokalen Entwicklung und für das lebenslange Lernen, die Austauschprogramme mit dem Ausland für Beschäftigte und Studenten. Es geht um die Führung der öffentlichen Dienste für den Arbeitsmarkt in Zusammenarbeit mit der Region, im Falle bevorstehender gesetzgeberischer Eingriffe mit denen die gegenwärtig allein den Provinzen zustehenden Kompetenzen umverteilt werden geht es um die Strukturierung und Potenzierung der öffentlichen Arbeitsvermittlungszentren. Die Aufnahme und Übernahme von Personen muss ausschließlich in den Bereich der öffentlichen Arbeitsvermittlungszentren fallen, so wie die Vergabe von Diensten und Leistungen. Wo das öffentliche Netzwerk nicht imstande ist, der gesamten Nachfrage nachzukommen, könnten die Dienste mit einem Abkommen und entsprechendem Auftrag von privaten Stellen, ergänzend gewährleistet werden. Es sollen diesbezüglich eigene Klauseln vorgesehen werden, um zu verhindern, dass das Angebot von Arbeitskräften mit Bildungshintergrund (qualifizierte ArbeitnehmerInnen) der Privatwirtschaft zugeführt wird, und der schwächere Teil (schwächere Anwärter) dem öffentlichen Bereich.
5. Die CGIL misst dem europäischen Programm „Jugendgarantie“ große Bedeutung bei. Es richtet sich an die NEET Gruppen und könnte bei den Initiativen zur Eingliederung von Gruppen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, eine wichtige Gelegenheit darstellen, um die aktive Arbeitsmarktpolitik zu ergänzen und zu stärken und die öffentlichen Dienstleistungen besser zu qualifizieren.

Aktion 8 – SOZIALE INKLUSION

Die Rückbildung des Sozialstaates kennzeichnet die Sparpolitik, die Jahre lang als Reaktion auf die Krise betrieben wurde, nachdem sich während der langen neoliberalen

ralen Phase die Ungleichheiten vervielfacht hatten. Dies während die großen demografischen und sozialen Transformationen, die mit der Globalisierung und digitalen Technologie einhergegangen sind, neben der traditionellen eine neue Nachfrage nach sozialen Förder- und Schutzmaßnahmen erforderlich machen, die in einer neuen sozialstaatlichen Entwicklung ihren Niederschlag finden müssen.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik und die Sozialpolitik, die es den Bürgern ermöglichen, am gesellschaftlichen Gesehen teilzunehmen, müssen sich nach den unterschiedlichen Bedürfnissen der Geschlechter, Generationen und geografischen Lage richten und mit jenen der Arbeitswelt, der Bildung, des Wohnbaus, der Zeitabläufe im Stadtgebiet und der urbanistischen Neugestaltung, des Sports, der Chancengleichheit, der Integration von Migranten, des aktiven Alterns und mit der Steuerpolitik in Verbindung gesetzt werden, um von einer rein beistandsorientierten Logik zu einer Kultur der Förderung und Inklusion zu gelangen. Die Wiederaufnahme von Investitionen zu Gunsten des Sozialstaates erzeugt mehrere positive Effekte: Weiterentwicklung der Rechte, gute Arbeitsplätze, Umverteilung des Einkommens und Motor des Wachstums und einer ausgeglichenen Entwicklung. Dies um so mehr, weil eine Erneuerung des Systems eine spürbare Verschiebung von rein monetären Zuwendungen hin zur Schaffung von Diensten nach sich zieht. In den letzten Jahren wurde der Sozialstaat aber mit klaren und präzisen Entscheidungen eindeutig zurückgefahren. Um die verlorenen Kapazitäten wieder zurück zu gewinnen und in das System zu investieren und es wachsen zu lassen, braucht es eine drastische Tendenzwende in der gesamtstaatlichen Politik. Dabei muss mit der Revision der Ausgabenpolitik begonnen werden. Wesentliche Bezugspunkte für unsere Initiative sind die universellen Rechte, der soziale Ausgleich, die Beachtung der Bedürfnisse der Menschen, die Fähigkeit, sich der Dinge anzunehmen, entschlossene Investitionen zur Strukturierung der Dienste, ein System, das imstande ist, die Bedürfnisse zu erfassen und die Inklusion zu fördern. Daher braucht es:

1. In der **Sozialpolitik** eine Angleichung der öffentlichen Ausgaben, die heute spürbar unter dem EU-Niveau liegen. Das wichtigste Ziel ist dabei die Schaffung gesamtstaatlicher Rahmenbedingungen durch die Finanzierung der wesentlichen Teile der Leistungen, womit stufenweise die von der Verfassung vorgesehenen staatsbürgerlichen Rechte der Menschen garantiert werden und die großen Niveau-Unterschiede zwischen den Regionen ausgeglichen werden. Vorrangige Eingriffe braucht es bei **Armut, Kinderbetreuung und Pflegefälle**. Bei einem gerechten und wirksamen Umbau der regionalen sozialstaatlichen Systeme braucht es Dienste, die aufmerksam auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen, fähig sind, sich der Sache anzunehmen, es braucht Eingriffe bei den praktischen Abläufen, die Einbindung in die praktische Abwicklung der Arbeiten und die Fähigkeit, den Beitrag und die Teilnahme der Gemeinschaft und die Pflegearbeit in all ihren Ausprägungen zu würdigen.
2. Auf dem Gebiet der **Gesundheitspolitik** muss die Universalität des gesamtstaatlichen Sanitätswesens wieder gesichert werden, damit auf dem gesamten Staatsgebiet die Universalität des Rechtes auf Gesundheitsschutz und eine qualifizierte Behandlung wieder Realität wird. Millionen Menschen verzichten heute auf Kuren, weil die Tickets zu teuer sind, mit denen anstatt besserer Dienste lediglich neue Ungleichheiten geschaffen wurden. Sie müssen daher abgeschafft werden, während wieder angemessene Finanzierungen hergestellt werden, die heute zu den niedrigsten in Europa zählen. Die Ressourcen müssen an die Neugestaltung der Dienste gebunden werden. Auch die „repressive“ Logik der „**Piani di rientro**“ (Kontrolle und Sanktionierung der Ausgaben im Sanitätswesen) muss überwunden werden. Die Qualität der Mindestleistungen (LEA) und die Sanierungsmaßnahmen gehören zusammen. Die Prioritäten liegen bei den Bedürfnissen der Menschen. Die Überalterung der Gesellschaft und die Häufung der chronischen Krankheiten erfordern mehr Prophylaxe, größeren lokalen Beistand und eine Grundversorgung rund um die Uhr und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Gesundheitswesen. Anzufangen ist bei zusätzlichen Mitteln für das Sanitäts- und Gesundheitswesen und die häusliche Pflege. Auf diese Weise kann auch auf die Pflegefälle eingegangen werden. Um die Mindestleistungen auf dem gesamten Staatsgebiet zu garantieren, muss der Staat in den „schwierigen“ Regionen bei der Organisation der Dienste wieder eine größere Rolle spielen und Konvergenzen erzielen. Die Zusatzleistungen (Sanitätsfonds, Betriebsabkommen über soziale Leistungen) können nicht das Risiko bei Mängeln in der Mindestversorgung (LEA) wettmachen. Die Zusatzleistungen können lediglich ergänzend eingesetzt werden, wo der gesamtstaatliche Sanitätsdienst keine Leistung oder nur Teilleistungen vorsieht. Es soll auch eine **Politik zur Einkommenssicherung** betrieben werden, die geeignet ist, auf Realitäten und Bedürfnisse einzugehen, die vom System bisher ignoriert wurden. Die politischen Maßnahmen, die sich auf das Einkommen beziehen, ersetzen keineswegs die Bemühungen um gute Arbeitsplätze. Die Arbeit drückt Freiheit, Würde, persönliche Entscheidungsspielräume, oder anders gesagt, Werte aus, die keine Geldwerte sind. Im Gegenteil. Diese Werte beinhalten für jeden die effektive Chance, sich als arbeitender Staatsbürger einzubringen. Deshalb setzen wir neben der Verallgemeinerung der sozialen Abfederung (Aktion 7), die sich gegen den Verarmungsprozess richtet, auf Prioritäten, die zusammen mit einer echten Steuerprogression und einer wirksamen Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Steuervermeidung, zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik führen können, sowie zu einem Ausstieg aus der Armutsfalle, einem höheren Bildungsstandard und einer Verringerung der Schulabbrüche, die ein breites Spektrum von Jugendlichen, besonders der zweiten Migrantengeneration betreffen. Wir schlagen vor:
3. Ein gesamtstaatliches Instrument **gegen die absolute Armut**, das als Grundleistung wirksam wird und aus einem Einkommen besteht, das durch Dienste im Bereich der Berufsorientierung, Weiterbildung, Arbeitsplatzbeschaffung, gesundheitliche Betreuung und Ausbildung für Minderjährige ergänzt wird.
4. Die Realisierung des Planes zur Arbeit setzt sich die Arbeit als Merkmal der Staatsbürgerlichkeit zum Ziel:
 - a) Um dieses Ziel zu verfolgen braucht es sofort: Die Erstellung von Projekten, an denen junge Menschen und arbeitslose Männer und Frauen beteiligt sind, die sozial nützliche Tätigkeiten ausüben, wie sie bereits im Plan zur Arbeit beschrieben sind. Solche Tätigkeiten müssen zu stabilen Arbeitsverhältnissen führen und für die beteiligten Personen eine Ergänzung des Einkommens darstellen, das mit Steuergeldern finanziert wird und zur aktiven Arbeitsmarktpolitik zählt.
 - b) Was im Vorschlag der CGIL zur sozialen Abfederung bereits enthalten ist, soll angewandt werden, wobei eine Einkommenssicherung, die mit allgemeinen Steuergeldern finanziert wird, für jene in Frage kommt, die nicht mehr in den Genuss der sozialen Abfederung kommen, und die im Rahmen lokaler Beschäftigungsprogramme wieder einen Arbeitsplatz erhalten.
5. Es braucht ein Rahmengesetz zum Recht auf Bildung, mit dem die tatsächliche Kostenlosigkeit für den gesamten Pflichtschulbereich, Studienbeihilfen für den Universitätsbesuch, zusätzliche Dienste für die Mobilität, die Beherbergung, den Zugang zu kulturellen und bildenden Veranstaltungen garantiert werden, wobei auch eine Ausdehnung der Strukturen des Campus angestrebt werden soll.

Vorgeschlagener Ersatztext von „Es soll“ bis „Campus“

In den Jahren der Krise ist die Armut explosionsartig angestiegen. Eine Armut die manchmal das absolute Elend ist, in anderen Fällen unvorhergesehene Ausgaben unmöglich macht, dass man bis ins fortgeschrittene Alter von der Herkunftsfamilie abhängig ist, oder dass man den eigenen Kindern beim Studium oder in ihrem Leben keinen Beistand leisten kann. Die Transformationen in der Arbeitswelt, aber auch im sozio-kulturellen Bereich erfordern die Thematisierung eines neuen Verhältnisses zwischen Arbeit und Einkommen. Die Arbeitslosigkeit, das Prekariat und die Armut trotz Arbeit erfordern eine neue Übernahme von kollektiver Ver-

antwortung, um allen menschenwürdige Verhältnisse und Lebensbedingungen, ein gleicher Chancenzugang und die volle Staatsbürgerlichkeit sicher sind. Das garantierte Mindesteinkommen ist eine der notwendigen Voraussetzungen, um die Welt der Arbeit wieder zusammenzufügen, eine Politik für das Recht auf Bildung zu betreiben, das Verhältnis zwischen Arbeit und Einkommen wieder ins Lot zu bringen, größere Freiräume für selbständige Entscheidungen zu schaffen, was zu den Grundpfeilern und zur Qualität einer demokratischen Gesellschaft gehört. In allen europäischen Ländern gibt es Formen des garantierten Grundeinkommens, die sich historisch gesehen im makroökonomischen Bereich einer Wirtschaftspolitik herausgebildet haben, mit der man die Vollbeschäftigung zu erreichen versuchte. Denn eine hohe Beschäftigungsquote ermöglicht auch einen universellen Sozialstaat, während das garantierte Mindesteinkommen ein Mittel zur Steigerung der internen Nachfrage und zur Verwirklichung der vollen Staatsbürgerlichkeit ist. Das bedeutet, dass neben der Verallgemeinerung der sozialen Abfederung (Aktion 7), mit der die Verarmungsprozesse eingedämmt werden, eine Politik zu Gunsten des universellen Sozialstaates betrieben wird, wo Ziele verfolgt werden, die gleichzeitig der sozialen Gerechtigkeit dienen und eine Förderung der Betroffenen darstellen. Wir schlagen vor:

- Ein garantiertes Mindesteinkommen als Maßnahme gegen die Armut, die Befreiung von den Erpressungen des Prekariats, wenn jemand arbeitslos oder nicht beschäftigt ist, und für den Zugang zum Wissen. Das Einkommen muss von Diensten begleitet sein, die auf Berufsorientierung und Weiterbildung ausgerichtet sind, auf Arbeitsplatzsuche, Gesundheit und Vorsorge und Bildungsmöglichkeiten für Minderjährige mindestens bis zum Pflichtschulabschluss. Ein subjektives Recht, das an Hand des disponiblen Einkommens und des Jahreseinkommens, das vom Europäischen Parlament in der Resolution vom 20. Oktober 2010 angegeben ist, modulierbar ist. Es heißt dort „die Aufgabe des Mindesteinkommens im Kampf gegen die Armut ist die Förderung einer inklusiven Gesellschaft in Europa“ – (60 % des nationalen Durchschnittseinkommens).
- Eine soziale Absicherung der Studenten mit einem Rahmengesetz zum Recht auf Bildung, wo die vollkommene Kostenlosigkeit der Pflichtschule und eine Förderung im Verhältnis zur effektiven Einkommenslage beim Besuch einer Hochschule garantiert sind, zusätzlich zu den Diensten im Bereich der Mobilität, der Beherbergung und des Zugangs zu Kultur und Bildung.

Die italienische Gesellschaft ist im Laufe der Zeit auch wegen der inzwischen strukturellen Präsenz von Migranten komplexer geworden. Die dabei verfolgte Politik hat zur heute geltenden gesetzlichen Regelung der Immigration geführt, die von „Angstmachern“ inspiriert wurde, für die Sachlage blind ist und auf Diskriminierungen setzt, die in einer Reihe von italienischen und europäischen Richtersprüchen verurteilt wurden, weil in schwerer Weise die Menschenrechte verletzt werden. Das **Bossi-Fini** Gesetz muss abgeschafft werden, während eine vernünftige und wirksame Regelung der Einwanderung geschaffen werden muss, damit die Aufnahme von Migranten und die Verwaltung des Asylrechts gewährleistet sind. Die **illegale Einwanderung** muss aus der Liste der **Straftatbestände** gestrichen werden. Es braucht eine Staatsbürgerschaft nach dem Prinzip des Geburtsortes und das Wahlrecht auf Verwaltungsebene. Die erforderliche **Integrationspolitik** ist eine Investition in den sozialen Zusammenhalt – auch im Hinblick auf die Arbeitsleistung, die von den Einwanderern erbracht wird und zur Erhaltung des Sozialstaates und Erweiterung der Beschäftigungsgrundlagen beiträgt. Auch auf der Ebene der **Bürgerrechte** müssen legislative Neuerungen erfolgen, damit den Personen gleiche Würde und gleiche Rechte zuerkannt und die Unterschiede nach Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischer Zugehörigkeit, Alter und Invalidität respektiert werden. Es müssen auch die Meinungsfreiheit garantiert und jede Form von Diskriminierung abgelehnt werden.

Aktion 9 – FREIHEIT DER FRAUEN. Gegen Mord an Frauen und jede Art von Gewalt

Wir haben einen Jahre langen Einsatz für die Chancengleichheit vor dem Gesetz und in den Kollektivverträgen hinter uns und dabei auch Ergebnisse erzielt, aber wir waren nicht imstande eine echte Gleichbehandlung zwischen Männern und Frauen durchzusetzen. Eine solche Gleichbehandlung gehört aber vor allen Dingen zur Demokratie. Denn Demokratie besteht aus Freiheit, freien Entscheidungen, Teilnahme und Rechten. Wenn die halbe Welt als Besitzobjekt betrachtet wird und nicht als eine Welt, die aus gleichberechtigten Bürgerinnen besteht, sitzt die Verletzung der Demokratie sehr tief.

Die verheerende wirtschaftliche und soziale Krise der letzten Jahre hat in unserem Lande zu noch größeren Unterschieden auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft, im kulturellen Bereich und zwischen Man und Frau geführt. Es ist eine vordringliche Aufgabe der CGIL, diese Unterschiede auszugleichen und für das Recht auf einen Arbeitsplatz, für das Mutter- und Vaterschaftsrecht und für gleiche Rechte, Arbeitsbedingungen und Karrieremöglichkeiten einzutreten.

Konsequent zur Kampagne „Frauen verändern...“ setzt sich die CGIL zum Ziel, die Präsenz der Frauen an den Verhandlungstischen, also dort, wo über etwas verhandelt und entschieden wird, zu verstärken. Es ist ebenso wichtig, die Aufmerksamkeit und das Engagement gegen jede Art von Gewaltanwendung gegen Frauen hoch zu halten, gegen eine Gewalt, die in verschiedenster Weise zum Vorschein kommt, vom Frauenmord bis zu Belästigungen und Übervorteilungen am Arbeitsplatz, was häufig durch bestimmte männliche Machtpositionen begünstigt wird und von einer missbräuchlichen Verwendung des Frauenbildes bis zur Vergewaltigung reicht.

Frauenmorde dürfen nicht nur als ein Fall für das Strafrecht betrachtet werden, sondern müssen auch im Lichte der Freiheit der Frau gesehen werden. Daher muss es eine Politik zur Vorbeugung und gegen jede Form von Gewaltanwendung geben. Man muss sich um den Schutz der Opfer kümmern und bei der rechtlichen Anerkennung und finanziellen Ausstattung der Frauenhäuser und Betreuungsstellen beginnen, diese Strukturen ausbauen und dabei die EU Richtlinien einhalten (1 Platz pro 7.500 Einwohner) und die bestehenden öffentlichen Einrichtungen ausbauen, die bereits heute vorbeugend gegen geschlechterbezogene Gewalt und Diskriminierung wirken. Einige Entscheidungen wurden bereits getroffen, auch wenn sie zu bescheiden und oft verzerrt ausgefallen sind. Eine echte Gleichstellung erreicht man aber nur durch einen entschiedenen Einsatz gegen die Gewalt, der so durchgesetzt werden kann:

1. Ein gesamtstaatliches Programm zum Schutz der Frauen, die Gewaltopfer geworden sind, das Vorbeugungsmaßnahmen, die physische und psychische ärztliche Betreuung, den Arbeitsplatz, die Wohnung und die Anvertrauung der Kinder als wesentliche Mindestleistungen umfasst.
2. Die Erziehung zum Respekt vor der anderen Person und zu einer bewussten Sexualität, wo jede Form des Missbrauchs und der Übertölpelung aus einem zivilisierten und freien Zusammenleben als ausgeschlossen gelten.
3. Die Weiterbildung aller in diesen Bereichen tätigen Personen, die aus verschieen Gründen zusammenwirken und lernen, Fälle zu übernehmen, Respekt zu haben, Situationen zu erkennen und Signale zu beachten.

Aktion 10 – DIE VERHANDLUNGEN

Die Verhandlungen gehören zur Identität und Kernaufgabe der CGIL. Bei den Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Verbänden über die Verhaltensregeln, die Demokratie und die Vertretungsmandate erhalten die Verhandlungen eine neue Bedeutung und damit einen strategischen Wert im Zusammenhang mit der Gewerk-

schaftseinheit, die auf der Teilnahme der Arbeitnehmer aufbaut. Diese Vereinbarungen sind daher im Umgang mit allen Verhandlungspartnern anzuwenden und sie stellen eine echte Alternative zu den Separatabkommen dar. In dieser außergewöhnlich kritischen Zeit des Umbruchs, ist der verstärkte Rückgriff auf die Vertragsautonomie ein wesentliches Element, um wieder ein neues und wirksameres Verhältnis zwischen den Arbeiter- und Bürgerrechten herzustellen.

Die Ziele, die folglich anzustreben sind, liegen in der Qualifizierung und Verbreitung der Inhalte zusammen mit einem effektiven Vertretungsauftrag auf gesamtstaatlicher, betrieblicher und lokaler Ebene. Diese Notwendigkeit ergibt sich, weil heute vor allen Dingen Menschen zu vertreten sind, die zu den Ausgeschlossenen oder nur am Rande Beteiligten gehören. Dabei sollte die Verbindung zwischen unselbständig Erwerbstätigen und Beschäftigten hergestellt werden, die nach einem der neuen Vertragstypen angestellt wurden, halb selbständig sind, ein prekäres Arbeitsverhältnis haben und zu den schwachen Figuren des Arbeitsmarktes gehören.

Die Entscheidung zu Gunsten der Inklusion und des vertraglichen und sozialen Schutzes aller, die am Arbeitsmarkt teilhaben – in allen vertraglich erfassten Bereichen – liegt auf dem Weg, der zur Erlangung einer neuen Würde und Wertschätzung der Arbeit führt und zur Erhaltung des sozialen Zusammenhaltes landesweit beiträgt. Die gegenwärtige Destrukturierungsphase, in der die gewerkschaftlichen Beziehungen stecken, schließt mit ein, dass neue Rahmenbedingungen auf dem Boden des allgemeinen Arbeitsrechts geschaffen werden und eine reale Einbeziehung der Beschäftigten und ihre Beteiligung an den Entscheidungen des Betriebes Gestalt annehmen. Unserem Gesamtvertretungsauftrag auf Bundesebene und in den Fachgewerkschaften ist die Aufgabe und Verantwortung anvertraut, konsequent für diese Ziele einzutreten und den Wert des konföderierten Zusammenschlusses zu steigern.

Es ist daher erforderlich, die verschiedenen Verhandlungsebenen nicht zu überlagern, sondern miteinander zu verbinden, um folgende Ziele zu verfolgen:

1. **Den Wert und die allgemeine Funktion der gesamtstaatlichen Kollektivverträge** behaupten, heißt eine tief greifende Reform in die Wege leiten mit dem Ziel, die Vertretungsfunktion der Kollektivverträge und ihre einigende Wirkung in der Welt der Arbeit zu verstärken, um den rechtlichen Schutz und die universellen Rechte auch auf jene Gruppen auszudehnen, die heute ausgeschlossen oder nur am Rande mit einbezogen sind. Auch die Behandlung der Geschlechterfrage könnte so verbessert werden. Der Rückgriff auf getrennte Verträge soll vermieden werden – sie sind heute mit dem Abkommen zwischen den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden seit dem 31. Mai überholt – denn dadurch wurden lediglich das Lohnniveau gedrückt und die Verhandlungen auf der 2. Ebene erschwert. Jene Produktionskreisläufe und Dienstleistungen, die am stärksten von den Umstrukturierungs- und Fragmentierungsprozessen betroffen wurden und wo die Berufsbilder geschwächt und der gewerkschaftliche Schutz vermindert, das Lohnniveau gedrückt und die Rechte und Arbeitsbedingungen ausgehöhlt wurden, müssen wieder in einen besser einklagbaren vertraglichen Kontext zurückgeführt und branchenmäßig eingegliedert werden. Die strategische Wahl, die wir in solchen Fällen vorschlagen, um bei den Verhandlungen den anstehenden Erfordernissen gerecht zu werden, soll auf eine stufenweise Zusammenlegung und eine Vereinfachung der geltenden Kollektivverträge ausgerichtet sein, damit es in Zukunft eine wesentlich geringere Anzahl von Kollektivverträgen gibt. Bei der Hypothese einer großen Flurbereinigung bei den Kollektivverträgen, wo nur noch große Sektoren übrig bleiben (Industrie, Dienstleistungen und Öffentlicher Dienst), hätte der gesamtstaatlich geltende Kollektivvertrag nur noch die Funktion Rahmenbedingungen abzustecken. Die berufsspezifischen Dinge würden ausgeklammert und die Hierarchie der Rechtsquellen würde auf den Kopf gestellt. Damit würde die Verlegung der eigentlichen Verhandlungstätigkeit auf den Betrieb begünstigt und damit auch das Abrücken von den übergeordneten Vertragsrechten gefördert. Der Geltungsbereich des Kollektivvertrages muss in den Bereichen berufliche Einstufung, Arbeitszeiten und allgemeine Rechte stark und einklagbar sein, er muss Bedingungen zum internen Zusammenhang der Branche enthalten und die Homogenität der Produktionslinie, die Affinität zur Arbeitswelt, und den Wert des Marktsegments berücksichtigen. Mit dieser Entscheidung kann die steigende Anzahl von Verträgen eingedämmt und das Vertragsdumping vermieden werden, das durch die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Vertretung in den Betrieben zustande kommt. Das Festhalten an den Kollektivverträgen und an ihrer allgemeinen und solidarischen Funktion, sowie am Recht zur Erneuerung, das allen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft zusteht, gehört zu den unveräußerlichen Bedingungen, um das Einkommen zu sichern, die Kaufkraft der Löhne und Gehälter zu verteidigen, Rechtsschutz zu geben und den sozialen Zusammenhalt und die Beibehaltung der Rechte zu garantieren.

Abänderung mit Ersatztext zum Punkt 1, vom Satz der „Mit dieser Entscheidung“ beginnt und mit „zustande kommt“ endet

Die strategische Entscheidung, die wir für die Verhandlungen empfehlen, um diesen Anforderungen zu entsprechen, ist die Vereinfachung der gesamtstaatlich geltenden Kollektivverträge, um in der Perspektive die Bedingungen für eine Verringerung ihrer Anzahl in Erwägung zu ziehen.

2. **Die Verhandlungen auf der zweiten Ebene neu gestalten**, indem die Inhalte des Forderungskatalogs ausgedehnt und die guten Erfahrungen genutzt werden, um die Kontrolle über die gesamte Arbeitsorganisation zurück zu gewinnen, was als unabdingbare Voraussetzung gilt, wenn man alle Arten des Drucks auf die Entlohnung und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und des Aufgabenbereichs abwehren will, den Gesundheitsschutz und die Sicherheit am Arbeitsplatz und die Respektierung der Mitarbeiter mit anderen Fähigkeiten beibehalten will. Man soll versuchen, die Verhandlungen auf der 2. Ebene am Standort, für die Produktionslinien und das Einzugsgebiet geltend zu machen, wobei die Interessenvertretung und der Schutz den verschiedenen dort tätigen Personen, auch wenn sie anderen Verträgen zugeordnet sind, gelten sollen. Das setzt voraus, dass einheitliche Forderungsplattformen vorgelegt werden und dass für die betroffenen Gruppen eine gemeinsame Verhandlungspraxis zustande kommt. Die Arbeits- und Leistungsbedingungen in den Mittelpunkt unserer Forderungen stellen, heißt ferner auch, eine Industriepolitik und eine Neuordnung der Dienste fordern, die auf Innovationen und Investitionen ausgerichtet sind. Es heißt auch, auf diesem Wege die Arbeitsplätze zu verteidigen und eine höhere Qualität der Arbeit und der Dienste über die Einführung neuer Mechanismen zur Beteiligung der Bürger/Nutzer an der Organisation derselben einzufordern. Die Verteidigung der Arbeitsplätze setzt im Übrigen auch eine Qualifizierung unserer Forderungen beim Thema Industriepolitik und Investitionen voraus. Das heißt echte Formen der Wirtschaftsdemokratie zu wagen, den Weg zur Auseinandersetzung und vorzeitigen Mitsprache im Betrieb zu suchen, und zwar bereits in der Planungsphase neuer Organisationsformen, die sich auf die Arbeit und die Produktion, auf industrielle Entscheidungen und mittel und langfristige Investitionen beziehen.
3. In dieser Phase, die von einer schwierigen Beschäftigungslage gekennzeichnet ist, stellt **die Handhabung der Arbeitszeiten** sowohl in den Fällen, wo es gilt die Arbeitsplätze zu verteidigen, als auch in Fällen der Expansion einen wichtigen vertraglichen Hebel dar. In Krisenfällen, wo die Arbeitsplätze in Frage gestellt sind, geht es um eine gerechte Verteilung der Arbeit, vorrangig auch mit Hilfe von Solidaritätsabkommen in solidarischer Funktion. In den anderen Fällen geht es um die Wiederaufnahme einer konsolidierten Praxis, die auf eine Reduzierung der Arbeitszeiten und die volle Auslastung der Anlagen ausgerichtet ist und den Zweck verfolgt, Wachstum zu erzeugen oder Arbeitsplätze zu sichern. Zu den Instrumenten auf diesem Gebiet gehören die expansiven Solidaritätsabkommen, für die es noch eine stärkere gesetzliche und organische Förderung braucht, wenn sie voll zur Geltung kommen sollen.

4. Den **Verhandlungen über soziale Fragen** soll bei der Verbindung zwischen Arbeitsrecht und Bürgerrechten eine wesentliche Rolle zugestanden werden. Die Kaufkraft der Löhne, Gehälter und Renten verteidigt man auch mit Hilfe einer Verbesserung der sozialen, ärztlichen und allgemein nützlichen Dienste. Die Verhandlungen über soziale Fragen sind in diesem Zusammenhang die richtige Antwort auf den Abbau der Dienste auf lokaler Ebene, wo die Folgen politischer und finanzpolitischer Entscheidungen, die vor allen Dingen zu Lasten der Lokalkörperschaften getroffen wurden, zum Vorschein kommen. Die Verhandlungen über soziale Fragen müssen daher auf die „lokalen sozialstaatlichen Leistungen“ ausgerichtet sein. In diesem Zusammenhang muss auch die Frage der Lebensqualität in Stadtgebieten aufgeworfen werden, wo es um eine lebenswerte Umgebung, die Qualität der Umwelt, die Infrastrukturen, die öffentlichen und privaten Bauten, den Nahverkehr und um die Arbeits- und Freizeit geht. Aus diesem Grund stellen die Verhandlungen über soziale Fragen auch ein wichtiges Instrument dar, um Beteiligung zu ermöglichen und eine neue Sicht des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu erzeugen. Denn es müssen alle Fachbereiche (könföderiert) zusammenwirken und sich bewusst sein, dass sie im Sinne des „Planes zur Arbeit“ handeln. Die sozialen Verhandlungen spielen beim Wechselspiel zwischen Arbeitsrecht und Bürgerrechten eine wesentliche Rolle. Es geht um die Erhaltung oder Erweiterung der sozialen Dienste, des Gesundheitswesens und der allgemein nützlichen Einrichtungen. Es geht auch um die Verteidigung der Kaufkraft der Löhne, Gehälter und Renten (Progressivität der Lokalsteuern, Tarifpolitik – „Wer mehr hat, soll mehr zahlen“) und um eine integrierte lokale Entwicklung, an der die Bürger teilhaben.
5. Die Neuformierung der Arbeitswelt und ihrer Vertretung kommt auch in der breiteren Praxis bereits bestehender Formen von **Verhandlungen auf lokaler Ebene** zum Ausdruck. Sie beziehen sich auf Wirtschaftsräume, die nach Bezirken, Einzugsgebieten und neuen Produktionslinien/Netzwerken gegliedert sind, und wo die Klein- und Mittelbetriebe das Bild bestimmen. Bei den lokalen Verhandlungen geht es um vertragliche Regelungen, die besser zu den örtlichen Gegebenheiten passen. Deshalb ist es auch erforderlich, das zutreffende Verhandlungsmandat der beteiligten Partner zu ermitteln.
6. Auf nationaler wie auf lokaler Ebene müssen greifbare Ergebnisse bei der **Verringerung der Anzahl von Vertragsgattungen** erzielt werden. Die prekären Arbeitsverhältnisse müssen wieder auf den Boden der normalen Arbeitsverhältnisse zurückgeführt und kollektivvertraglich geregelt werden. Bei dieser Aktion gegen prekäre Verhältnisse müssen die Formen echter selbständiger Erwerbstätigkeit erkennbar sein. Denn bei diesen braucht es eine spezifische vertragliche Regelung mit Mindestvergütungen und universellen Rechten, die der Person zustehen. In ähnlicher Weise sollen Regeln für Praktikanten gelten, um einen Missbrauch zu vermeiden.

Abänderung zum Punkt 6 mit einem zusätzlichen Text

Im öffentlichen Bereich soll auf das Prekariat definitiv verzichtet werden. Der unbefristete Arbeitsvertrag soll in der öffentlichen Verwaltung als normale Regelung des Anstellungsverhältnisses gelten.

Abänderung von Punkt 6 mit diesem Ersatztext

Auf gesamtstaatlicher wie auf lokaler Ebene müssen greifbare Ergebnisse bei der Verringerung der Vertragsartenanzahl erzielt werden. Die pseudoselbständigen Verhältnisse müssen in normale Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Mit den Verträgen sollen die gesetzlichen Änderungen in Bezug auf die verschiedenen Vertragstypen unterstützt werden. Bei dieser Aktion gegen die prekären Arbeitsverhältnisse müssen die Fälle echter Selbständigkeit anerkannt werden, sofern die selbständige Tätigkeit nicht mit jener des Betriebes zusammenfällt. In diesen Fällen sollen spezifische Verträge erstellt werden, wo Mindestabgeltungen und vertragliche Rechte zugesichert werden wie sie im Kollektivvertrag festgelegt sind, der im Betrieb angewandt wird. In ähnlicher Weise soll auch ein besonderes Augenmerk auf die Beschäftigung von Praktikanten gerichtet werden, um einen Missbrauch zu vermeiden.

7. Bei den Verhandlungen muss man sich auch mit **dem Kampf gegen Unregelmäßigkeiten, Schwarzarbeit, neue Formen der illegalen Beschäftigung und Wirtschaftskriminalität**, angefangen bei jener im Umweltbereich, beschäftigen. Es braucht Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und ebenso eigene Vereinbarungen der Vertragspartner und Rezeptionsgesetze, um die jeweilige Anwendung einklagbar zu machen. In diesem Rahmen ist auch die Vergabe von Aufträgen über Ausschreibungen seitens öffentlicher und privater Auftraggeber zu betrachten samt deren Haftung für den Ablauf der Kontrollen und die Bußgelder im Falle der Nichtbeachtung. Die diesbezügliche Gesetzgebung ist zu reformieren.
8. **Normen die sich negativ auf die Vertragsautonomie auswirken** (angefangen bei Art. 8 und 9 des Gesetzdekrets Nr. 138/2011, das Gesetz Nr. 15 und das Gesetzvertretende Dekret Nr. 150 von 2009) **müssen abgeschafft werden**. Dasselbe gilt für Normen, die wie im öffentlichen Bereich die volle Entfaltung der Verhandlungen auf der 2. Ebene behindern, indem der Geltungsbereich eingeschränkt wird, hauptsächlich wenn es um Stellen, Aufgabenbereiche und Arbeitsbedingungen bei Neuordnungen und Umstrukturierungen geht.

Abänderung zum Punkt 8 – mit diesem Ersatztext:

Zu streichen sind jene Normen, angefangen bei Art. 8 und 9 des Gesetzdekrets Nr. 138/2011, das Gesetz Nr. 15 und das Gesetzvertretende Dekret Nr. 150 von 2009 die sich negativ auf die Vertragsautonomie auswirken, vor allen Dingen wenn es um Arbeitsplätze, Aufgabenbereiche, Leistungen und Arbeitsbedingungen während einer Neuordnung der Tätigkeit und Umstrukturierungsphase geht. Im Besonderen muss man im öffentlichen Bereich darauf bestehen und das Prinzip bekräftigen, dass die Anstellungsverhältnisse der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes „vertraglich zu regeln“ sind, dass dies zu den Grundpfeilern der Verhandlungspraxis gehört und das Regelsystem neu zu definieren ist. Das bedeutet, dass das Gesetzvertretende Dekret Nr. 165/2001 neu geschrieben werden muss, damit die volle Entfaltung der zentralen Vertragsverhandlungen und auch jener auf der 2. Ebene möglich wird, wobei vorzusehen ist, dass der Vertrag vor dem Gesetz in allen Fragen des Angestelltenverhältnisses Vorrang hat. Dem gesamtstaatlichen Kollektivvertrag muss eine tragende Rolle zuerkannt werden als Garant der universellen Rechte der Beschäftigten. Die Verhandlungen auf der 2. Ebene müssen eindeutig einklagbar gemacht und von den erstickenden Kontrollen befreit werden. Diese sollen sich einzig und allein auf die Überprüfung der wirtschaftlichen und allgemeinen Vertraglichkeit beschränken.

9. **Vertraglich vorgesehene sozialpartnerschaftliche Einrichtungen** können eine Gelegenheit darstellen, um einige vertragliche Leistungen anzubieten, mit denen keine universellen Bürgerrechte in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Vorsorge ersetzt werden. Im Rahmen solcher vertraglicher Initiativen können die sozialen Bedingungen der Menschen verbessert werden, indem mit der Errichtung rein vertraglich abgesicherter sozialpartnerschaftlicher Fonds zusätzlich Angebote für bestimmte Sektoren und Fachbereiche geboten werden.

Abänderung zum Punkt 9 mit folgendem Zusatztext:

Abgesehen von der Zuständigkeit der Fachgewerkschaften bei der Errichtung von Zusatzfonds im Gesundheitsbereich, die in gesamtstaatlich geltenden Kollektivverträgen oder in Vereinbarungen auf der 2. Ebene vorgesehen sein können, muss eine regionale Gliederung der Fonds selbst vorgenommen werden, um die Verwaltung dieser effektiv zusätzlichen Leistungen, die universellem Charakter haben, vor Ort zu ermöglichen. Die Verwaltung soll innerhalb des öffentlichen regionalen Gesundheitswesens angesiedelt sein. Auf dieselbe Weise soll eine größere Zusammenarbeit zwischen der lokalen Vertragstätigkeit und den Verhandlungen auf der 2. Ebene zustande kommen, um Zusatzfonds für soziale Leistungen einzurichten, die in den Kollektivverträgen verankert sind und auf einvernehmlicher Basis das Netz der lokalen sozialen Dienste bereichern.

10. **Der Verhandlungsverlauf und die Vereinbarungen müssen sicher, wirksam und einklagbar sein**, indem man sich auf die demokratischen Regeln stützt, die in den Abkommen zwischen Gewerkschaften und Verbänden vom 28. Juni 2011 und vom 31. Mai 2013 enthalten sind. In diesem Rahmen wird auch eine gesetzliche Regelung der Materie angestrebt, mit der die Abmachungen zwischen Gewerkschaften und Verbänden abgesichert und das Verhältnis zwischen den verschiedenen Kollektivverträgen geordnet wird. Zur Unterstützung dieser einheitlichen Abmachungen soll ein Gesetz erlassen werden, mit dem endlich der Artikel 39 der Verfassung verwirklicht wird, wonach die unter Beachtung der vorgesehenen Vorgangsweisen abgeschlossenen Kollektivverträge erga omnes (für alle) gelten sollen. Entscheidend ist die Teilnahme der ArbeitnehmerInnen an der Erstellung der Forderungsplattformen und an den erzielten Verhandlungsergebnissen. Ebenso wesentlich erscheint die Rolle der Einheitlichen betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen (RSU) als Vertragspartner und gewerkschaftliche Vertretung. Ihre Präsenz am Arbeitsplatz soll ausgedehnt und mit Hilfe einer außerordentlichen Kampagne erneuert und mit einem zutreffenden Weiterbildungsprogramm unterstützt werden. Auch wer nicht in das Muster der unselbständig Erwerbstätigen passt, soll in die demokratischen Gepflogenheiten eingebunden werden.

Abänderung zu Aktion 10 mit folgendem Ersatztext:

Ab der 1. Zeile nach „Die Verhandlungen gehören zur Identität und Kernaufgabe der CGIL“ wird folgender Text eingefügt – die Punkte 4, 6 und 7 bleiben unverändert: Die Fähigkeit der Gewerkschaft die Arbeiterrechte zusammenzufügen und über alle Aspekte der Arbeitsbedingungen zu verhandeln und die Rechte in der Welt der Arbeit einheitlich zu gestalten, wurde in den letzten Jahren in Frage gestellt.

Die Ausgangslage ist heute von den Separatabkommen gekennzeichnet und von einseitigen Entscheidungen wie es beim FIAT Konzern der Fall war. Man versuchte die Kollektivverträge als Maßstab zu beseitigen und den Schwerpunkt bei Verhandlungen und Rechten auf die Betriebe und Märkte zu verlegen. Dazu gehören auch die Vertragskündigungen bei den Banken und eine Gesetzgebung, die dem Prekariat Vorschub leistet und die Produktionsauslagerungen, die Tertiarisierung der Produktionskreisläufe, Produktionslinien und Dienstleistungen begünstigt. Das Arbeitsrecht und die Vertragsautonomie wurden an der Wurzel geschädigt.

Inzwischen leben unter demselben Dach oder an derselben Produktionslinie und bei denselben Dienstleistungen das markant zentralisierte Betriebskommando eines Mutterbetriebes und eine Vielzahl von Arbeitsverträgen, unterschiedlichen Rechten und Arbeitsbedingungen und eine ganze Kette von Sub- und Subsubunternehmen zusammen. Das hat eine Zersplitterung und Prekarisierung der Arbeit mit sich gebracht. Das ist die Spitze der Abwertung der Arbeit und der Schwäche der gewerkschaftlichen Vertretung. Damit wurde ein von der Gewerkschaft erkämpftes und von der Verfassung garantiertes Recht außer Kraft gesetzt, dass nämlich für gleiche Aufgaben und gleiche Arbeit gleicher Lohn und gleiche Rechte gelten müssen.

Es muss eine starke strategische Änderung und eine Aktion geben, um eine echte kollektive Vertragsmacht zurück zu gewinnen, die ausreicht, um alle Formen der unselbständigen und lohnabhängigen Arbeit unter einen Nenner zu bringen und in inklusiver Weise auf Rechte, Löhne und Gehälter und auf die Gesamtheit der Aspekte, die das Bild der Arbeit und beruflichen Leistung prägen, einzuwirken und ebenso die Industriepolitik und die Investitionen zu beeinflussen. Zu diesem Zweck muss mindestens in drei Richtungen gearbeitet werden:

- *Die volle Durchsetzbarkeit und Anwendung der Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Verbänden über die Verhaltensregeln, die Demokratie und die Vertretungsmandate garantieren. Dies um eine neue Phase in den Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und eine neue Vertragskampagne einzuleiten, die mit der Teilnahme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rechnen kann. Das ist die Grundvoraussetzung um das Recht auf die gewerkschaftliche Einheit geltend zu machen und das unabdingbare Verhältnis zwischen Arbeiterrechten und Bürgerrechten zu behaupten. Diese Vereinbarungen sollen auf alle Vertragspartner ausgedehnt werden, um eine einheitliche und universelle Verhandlungspraxis auf allen Ebenen zu befolgen, die nämlich auf zwei Ebenen abläuft und geeignet ist, die Zeit der Separatabkommen zu überwinden.*
- *Ein Arbeitsrecht im Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung wieder herstellen und jene Verschlechterungen streichen, die in den letzten Jahren eingeführt wurden, und mit diesem Recht den Geist der Verfassung umsetzen – auch im Lichte des jüngsten Urteils des Verfassungsgerichtshofes – mit dem Ziel Freiheit und Demokratie am Arbeitsplatz, die Gleichbehandlung laut Recht und Gesetz im Sinne der Gewerkschaft, gleiche vertragliche und wirtschaftliche Behandlung in der gesamten Welt der Arbeit und das Recht auf Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch an den strategischen Entscheidungen des Betriebes zu garantieren.*
- *Die Welt der Arbeit und ihre Vertretung im Rahmen der laufenden Prozesse vereinheitlichen heißt, den allgemein gültigen und solidarischen Wert des gesamtstaatlichen Kollektivvertrages als Vertrag für alle behaupten. Es heißt auch die Gewerkschaft als Bund der Fachgewerkschaften definieren, der kohärent einem sozialen Bild entspricht, das auf universelle Rechte gegründet ist, und einer gewerkschaftlichen Forderungspolitik, die wir gestalten wollen.*

Es ist daher erforderlich, die Verhandlungen über die Kollektivverträge und die Gewerkschafts- und Organisationspolitik der CGIL zu qualifizieren, damit folgende Ziele erreicht werden:

1. **Gesamtstaatlicher Kollektivvertrag und Europa.** *Die universelle Funktion des gesamtstaatlichen Kollektivvertrages zurückgewinnen, wobei man sich mit den erfolgten Veränderungen in der Produktion und auf dem Arbeitsmarkt auseinandersetzt. Die Unterschiede zwischen den Produktionskreisläufen und den Arbeitsabläufen sind zum Großteil verschwunden, und zwar in allen Sektoren und bei allen Tätigkeiten, die einst zur Herausbildung der Fachgruppen und zu über 300 verschiedenen gesamtstaatlichen Kollektivverträgen Anlass gegeben haben, die heute vielfach nur noch einem Vertragsdumping dienen.*

Die strategische Entscheidung, die es auf diesem Kongress zu fällen gilt, wenn man die Welt der Arbeit wirklich vereinigen, die prekären Arbeitsverhältnisse bekämpfen, mit Hilfe einer inklusiven Vertragspolitik die Rechte in allen Produktions- und Dienstleistungsbereichen wieder herstellen und eine zusätzliche Vermehrung der gesamtstaatlichen Kollektivverträge und Betriebsabkommen vermeiden will, besteht darin, umfassende gesamtstaatliche Kollektivverträge im öffentlichen

Dienst, in der Privatwirtschaft und im Dienstleistungssektor zu erstellen und beispielsweise mit den Gesamtstaatlichen Vertrag für die Industrie zu beginnen. Nur ein unabänderbarer gesamtstaatlicher Kollektivvertrag, der geeignet ist, Zusammenhalt zu schaffen, alle Phasen der Produktion von Waren und Dienstleistungen zu bewerten, alle die an der Schaffung des Reichtums teilnehmen auch zu entlohnen und ihnen einigende Elemente und Lebensbedingungen zuzuerkennen, kann auch unterschiedliche berufliche Fähigkeiten anerkennen und den geschaffenen Reichtum umverteilen. Damit kann auch der Zweck verfolgt werden, die Rolle der gesamtstaatlichen Vertragsverhandlungen zu fördern und die Kaufkraft der Löhne und Gehälter zu verteidigen.

Das muss konsequent zu einer Gewerkschaftsstrategie passen, die auf europäischer Ebene auf ein System von Rechten und Verträgen setzt, die es verhindern, dass die Arbeitnehmer der verschiedenen Länder zueinander in Konkurrenz treten. Schließlich wurde auf europäischer und weltweiter Ebene die Internationale Föderation der Industriegewerkschaften gegründet. Gleichzeitig formieren sich die multinationalen Konzerne und organisieren sämtliche Produktionslinien und Dienstleistungen neu, während die Grenzen der CAE klar zu Tage treten und das Ausbleiben einer angemessenen Gewerkschaftsaktion, um in Europa gemeinsame rechtliche und vertragliche Bezugspunkte für die sozialen Rechte im Bereich der Arbeit zu erhalten, belastend ist.

2. **Verhandlungen auf der 2. Ebene.** Die Verhandlungen auf der 2. Ebene, in den Betrieben, für Gruppen, Niederlassungen, Einzugsgebiete, Produktionslinien qualifizieren und weiterverbreiten auch als Ergänzung zu den von den Kollektivverträgen delegierten Sachgebieten, das ist eine Priorität in der Aktion der CGIL, die sich auf die Wahl und Verbreitung der Einheitlichen Betrieblichen Gewerkschaftsvertretung (RSU) stützt, ebenso auf die demokratische Beteiligung und die Abstimmung über Forderungsplattformen und Vereinbarungen für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei jeglichem laufenden Typ von Arbeitsverhältnis. Die strategische Entscheidung, die Rechte und die Welt der Arbeit über große gesamtstaatliche Kollektivverträge wieder zusammenzufügen, angefangen bei der Integration des bereits Bestehenden, und die daraus folgenden organisatorischen Entscheidungen auf einer neuen Basis wie bei der Aktion auf der 2. Verhandlungsebene, wobei von allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eines Standortes, die an der Herstellung eines Produkts oder einer Dienstleistung beteiligt sind (auch Auftragnehmer, kleine Handwerksbetriebe), eine Forderungsplattform vorlegen und eine Auseinandersetzung eröffnen; oder wo für einzelne Produktionslinien von allen die daran arbeiten, auch aus der Ferne, und zur Herstellung des Wertzuwachses beitragen, Verhandlungsplattformen vorgelegt und Auseinandersetzungen eröffnet werden; oder wo Verhandlungen geführt werden, die sich auf ein bestimmtes Einzugsgebiet beziehen. Dies vor allem über Themen wie die Arbeitsbedingungen, die Weiterbildung, die Sicherheit, die Arbeitszeiten, die Prämien, die Sicherung der Arbeitsplätze, wobei die Rolle der Fachgewerkschaften bei den Verhandlungen hervorgehoben wird und die Verhandlungen auf jene Gebiete gelenkt werden, wo der Verhandlungspartner seine Entscheidungen trifft. Die Verteidigung der Arbeitsplätze setzt ferner eine Verhandlungspraxis voraus, wo sich die Forderungen auf die Industriepolitik und die Investitionen beziehen. Das heißt auch echte Formen der Wirtschaftsdemokratie zu erproben, Verfahrensweisen und Formen der vereinbarten Beteiligung und Vorbesprechung auf Betriebsebene zu erwirken, und zwar von Anfang an, wenn neue Formen der Arbeitsorganisation und der Produktion und Entscheidungen von industriepolitischer Bedeutung oder mittel und langfristige Investitionen anstehen.

3. **Arbeitszeitverkürzungen für mehr Arbeitsplätze und lebenslanges Lernen.** Die dramatische Beschäftigungslage und das Niveau der Arbeitslosigkeit, das in Italien und Europa erreicht wurde, erfordern unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Diskussion über die Reduzierung und Neuverteilung der Arbeitszeit, um diese Forderung in der gewerkschaftlichen Aktion und Verhandlungstätigkeit als strategischen Grundpfeiler anzunehmen. In Italien beträgt die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit 1.800 Stunden. Im Vergleich dazu beträgt diese im europäischen Durchschnitt 1.500 / 1.600 Stunden pro Jahr. Das Rentenaltersalter zählt zu den höchsten in Europa. Die Entlohnung der Überstunden wurde mit einem Gesetz steuerbegünstigt, weshalb die Betriebe auf eine Erhöhung der täglichen und wöchentlichen individuellen Arbeitszeit drängen, obwohl in nie da gewesenem Ausmaß um Lohnausgleich angesucht wird. Eine Strategie um die Arbeitszeit neu zu verteilen, indem die Arbeitszeiten verkürzt werden, heißt an mehreren Tischen verhandeln: einerseits Förderung, andererseits Einbremsung einer missbräuchlichen Zuflucht zu den defensiven und expansiven Solidaritätsverträgen, den Rückgriff auf die Zeitbanken fördern, Anwendung der Teilzeitarbeit, die höhere wöchentliche Auslastung der Anlagen an eine starke Verkürzung der Arbeitszeit (durchgehende Schichten, 5 Schichten, und 33 Wochenstunden) vinkulieren. Die strategische Reaktion, die sich anbietet, ist jene einer Verkürzung der Arbeitszeit für alle, aber nicht für alle im selben Ausmaß. Die Schwerarbeit muss unter die Schwelle von durchschnittlich 35 Wochenstunden gedrückt werden, bei leichteren Arbeiten kann man im Durchschnitt unter 39 Wochenstunden gehen. Die gesamtstaatlichen Kollektivverträge müssen die allgemeinen Richtlinien festlegen und die Ziele abstecken. Wie man im Detail die Arbeitszeiten einteilen kann, muss auf Betriebsebene zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaftsvertretung (RSU) verhandelt werden. Die effektive Verkürzung der Arbeitszeit und die unterschiedliche Einteilung derselben sollen mit dem zugänglichen und sicheren Recht verbunden werden, wonach die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die berufliche Weiterbildung und das lebenslange Lernen in Anspruch nehmen können.

4. **Neue gesetzliche Regelung und Vertragsverhandlungen.** Die Angriffe auf die Kollektivverträge und die Arbeiterrechte haben zu gesetzgeberischen Eingriffen geführt, die verfassungswidrig sind und die Bürgerrechte am Arbeitsplatz verneinen. Um eine neue Phase qualifizierter Vertragsverhandlungen eröffnen zu können, muss man sich vorher für neue gesetzliche Rahmenbedingungen einsetzen. Der Artikel 8 des Gesetzdekrets 138/2011 muss fallen. Will man den Wert der gesamtstaatlichen Kollektivverträge wieder behaupten, dann darf es keine Möglichkeit geben, diese abzuändern und zu verschlechtern, und es kann auch nicht sein, das Gesetze mit einem Privatabkommen geändert oder nicht angewendet werden. Das Gesetz Nr. 15 und das Gesetzvertretende Dekret Nr. 150 von 2009, mit denen verhindert wird, dass in der öffentlichen Verwaltung die gesamtstaatlichen Verhandlungen über Kollektivverträge und ebenso die Verhandlungen auf der 2. Ebene voll zum Tragen kommen, müssen abgeschafft werden. Der ursprüngliche Artikel 18 des Arbeiterstatuts muss wieder eingeführt werden, damit ein ungerechtfertigt entlassener Mitarbeiter wieder eingestellt werden muss. Der Einsatz für dieses Prinzip, das zur Zivilgesellschaft gehört und auf alle Arbeitsverhältnisse auszudehnen ist, soll neuen Aufschwung erhalten. Die vielen unterschiedlichen Formen, ein Arbeitsverhältnis zu begründen, sollen radikal weniger werden, damit das unbefristete Arbeitsverhältnis wieder im Mittelpunkt steht. Die Verabschiedung eines Gesetzes zum gewerkschaftlichen Vertretungsauftrag ist zu unterstützen. Anhaltspunkte dafür sollen die Verfassung und die Abkommen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden sein. Es soll das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer festgeschrieben werden, über sie betreffende Verhandlungsplattformen und Verhandlungsergebnisse befragt zu werden und darüber abstimmen zu können. Die allgemeine Gültigkeit gesamtstaatlicher Verträge soll davon abhängen, damit so auch mit einem Gesetz die Unabdingbarkeit der Mindestlöhne und –Gehälter und ihr ausschlaggebender Richtwert bei der Bemessung der Entlohnung für jede Art von Arbeit festgelegt wird. Die CGIL beteiligt sich an einer außerordentlichen Kampagne zur Verbreitung und Wahl der Einheitlichen Betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen (RSU). Es sollen alle Arten von Arbeitsverhältnissen einbezogen werden, wobei in Zusammenarbeit mit den Fachgewerkschaften für ein passendes Bildungsangebot und für einen Aufbruch der gewerkschaftlichen Aktion gesorgt werden soll.

5. Sozialpartnerschaftliche Zusatzleistungen und universelle Rechte. Die sozialpartnerschaftlichen Einrichtungen sind vertraglich (in gesamtstaatlichen Kollektivverträgen, Sektorenverträgen oder Fachgruppenverträgen vorgesehen) begründete und geregelte Instrumente, nicht um Ersatzleistungen, sondern ergänzende Zusatzleistungen in den Bereichen Gesundheit, Weiterbildung und Vorsorge zu erbringen und damit die universellen Rechte der Bürger zu erweitern und ergänzen. Um den universellen und ergänzenden Charakter solcher Leistungen zu fördern, kann man abgesehen von der Zuständigkeit der Fachgewerkschaften und ihrer Regionalorganisationen versuchen, eventuell Fonds im Gesundheitsbereich einzurichten, sofern sie im Rahmen des regionalen öffentlichen Gesundheitswesens verwaltet werden. Man kann ebenso versuchen, das lokale soziale Netzwerk auszuweiten und die sozialen Dienste auf dieser Ebene mit den Ressourcen der Betriebe zu verbessern und darüber in den Betrieben und auf Gebietsebene zu verhandeln. Dies alles als Alternative zu den laufenden Tendenzen in vielen Betrieben, auf solche Probleme einseitig und aus rein betrieblicher Sicht einzugehen.

Aktion 11 – DEMOKRATIE UND BETEILIGUNG IN DER CGIL

Die CGIL hat die lokale Ebene oft als den Mittelpunkt ihrer Verwurzelung und Initiative bezeichnet. Diese Sicht vom Mittelpunkt hat zwar zur Verbreitung der Arbeiterkammern geführt, aber sie stellt nicht jenen Qualitätssprung dar, der nötig ist, um eine breite und pluralistische Beteiligung am Leben der Organisation zu entwickeln. Die lokale Organisation und die Arbeiterkammer sollen der Ort sein, wo die Verhandlungstätigkeit und der Schutz der individuellen Rechte und Anliegen, die Beteiligung und die Ausweitung des Vertretungsauftrages aufeinander treffen.

Es handelt sich nicht um organisatorische, sondern um politische Entscheidungen, wenn auf lokaler Ebene eine effektive Präsenz erzeugt werden soll, die sich nicht nur auf die aktiven Mitglieder und Vorstände, Delegierten und Führungskräfte der Rentnergewerkschaft SPI stützt, sondern auch Experimente mit neuen Formen der Beteiligung und Führung wagt. Die Beteiligung prekär beschäftigter Menschen am Leben der Gewerkschaft ist noch schwieriger. Wenn wir auf der einen Seite versuchen, diese Figuren bei der Verhandlungstätigkeit mit einzubeziehen und die Vertretung an den Arbeitsstätten und in den Fachbereichen wieder zusammenzufügen, bringen auf der anderen Seite die Eigenheiten der nicht kontinuierlichen Beschäftigung vordringliche Probleme mit sich, die innerhalb der Organisation vom Bund oder von den Fachgewerkschaften gelöst werden müssen, wobei die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen ihren Stellenwert haben müssen. In diesem Sinne sind innovative praktische Arbeitsweisen und Ressourcen für den gewerkschaftlichen Aufbau erforderlich. Mit den nach neuen Konzepten betriebenen dezentralisierten Niederlassungen als Orte, wo „sich treffen, angehört werden und Organisieren“ angesagt ist, gleichzeitig aber auch die Fähigkeit entwickelt wird, für eine Mehrzahl von Figuren und Arbeitsbedingungen geschlechterübergreifend zu verhandeln, wird die Entscheidung für eine offene Gewerkschaft, an deren Tätigkeit die Mitglieder teilnehmen, konkret umgesetzt. Auch die Teilnahme und Einbeziehung der Bürger in die Verhandlungen über soziale Fragen ihres Gebietes erhalten durch die Erweiterung des Vertretungsauftrages einen bedeutenden Auftrieb. Das Ziel ist, für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, die unsere Gewerkschaft suchen, ein Bezugspunkt zu sein, für sie da zu sein, um mit einem Schema zu brechen, wo es nur zwischen den gewählten Gewerkschaftsvertretern im Betrieb (RSU) und den Leitungsgremien einen direkten Kontakt gibt. Man muss die unterschiedlichen Fragen verstehen und die gewerkschaftliche Aktion mit dem Schutz der einzelnen Person verbinden, damit unsere Verhandlungskraft steigt und der kollektive und individuelle Schutz verbessert wird. Um die ständige Einbeziehung der Delegierten und das Verhältnis zu ihnen zu fördern, muss man sie am Leben der Organisation und am ständigen Austausch und an der Diskussion über die gewerkschaftlichen Entscheidungen bei den örtlichen Delegiertenversammlungen des Gewerkschaftsbundes und der Fachgewerkschaften teilhaben lassen.

Der Rechtsschutz und soziale Beistand für den Einzelnen müssen auch zu den Aufgaben und Verpflichtungen der Fachgewerkschaften gehören. Dabei muss mit einer Dezentralisierung der Präsenz auf dem gesamten Gebiet begonnen und die in den letzten Jahren besorgniserregend angestiegene Zentralisierung umgekehrt werden. Die lokale Ebene wird also der Ort für eine gewerkschaftspolitische Entscheidung zu Gunsten einer breiten Beteiligung sein. Den Wert des Abkommens von 28. Juni und jenes vom 31. Mai richtig einschätzen, heißt die Präsenz und Kompetenz der Delegierten der CGIL in den Betrieben und einzelnen Gebieten stärken und neu organisieren. Auch der demokratischen Begutachtung und Ratifizierung der Forderungsplattformen und der erzielten Vereinbarungen muss der richtige Stellenwert zuerkannt werden. Solche Abkommen verdanken ihre Kraft der Rolle der Gewerkschaftsvertreter im Betrieb (RSU) und der Vertretungsmacht in den Organisationen. Die Mitglieder und Mitgliederwerbung sind im gewerkschaftlichen Wettbewerb das entscheidende Element. Die Gewerkschaftsvertretungen im Betrieb (RSU), die neue Aufgabenbereiche, Kompetenzen und Vertretungsaufträge erhalten, sollen imstande sein, die Gesamtheit der Beschäftigten trotz Zersplitterung und Prekarisierung in arbeitsrechtlicher und sozialer Hinsicht zu vertreten und den Vertragsverhandlungen neuen Aufschwung zu geben. Die Delegierten der CGIL sollen aber auch aufmerksame Gesprächspartner sein, die sich über die Anliegen der Beschäftigten erkundigen und imstande sind, Verhandlungen zu führen und individuellen und kollektiven Schutz zu bieten. Zu den Innovationen soll auch gehören, dass dort wo es eine starke Zersplitterung der Produktion und der Arbeitsplätze gibt, versuchsweise auch Einheitliche Gewerkschaftsvertreter für ganze Fachbereiche (Einzugsbereiche) gewählt werden können, die Ausdruck des Willens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind und einen Vertretungsauftrag bei den Verhandlungen zu erfüllen haben. Im Zusammenhang mit den Verpflichtungen der CGIL auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Legalität und des Schutzes der Arbeitnehmer vor Unregelmäßigkeiten können die Arbeiterkammern eigene Schalterstellen einrichten, um Legalitätskontrollen durchzuführen und Vorverhandlungen bei der Vergabe öffentlicher oder privater Auftragsarbeiten zu führen, die als Ergänzung zu den Verhandlungen auf Gebietsebene oder mit einzelnen Sektoren gelten. Dies alles geschieht nicht nur, um die Solidaritätsmaßnahmen abzusichern, die ordnungsgemäße Beitragszahlung und Auftragszuweisung zu kontrollieren, sondern auch um die Einhaltung der Gesetze in Bezug auf die wirtschaftliche Legalität und Angemessenheit zu überprüfen. Dieser fachgruppenübergreifende Eingriff bestätigt den Willen der CGIL, im Bereich der Auftragsarbeiten tätig zu werden und jede Form von Illegalität zu bekämpfen. Schlussendlich haben sich die Strukturen der CGIL verpflichtet, die Bilanzen und die Personalordnung zu veröffentlichen, so wie es der Gewerkschaftsbund auf zentraler Ebene bereits seit 20 Jahren tut.

Abänderung des 2. Absatzes mit folgendem Ersatztext

Die Arbeiterkammern und Fachgewerkschaften müssen den Ort darstellen, an den die Vertragsverhandlungen, der Schutz für den Einzelnen, die Beteiligung und der Vertretungsauftrag geknüpft sind. Das ist der Sinn einer neuen Auffassung vom gewerkschaftlichen Zusammenschluss, der nicht als Hierarchie, sondern als Beziehungsgeflecht, Austausch und Synthese verstanden wird, die auf Konsens und Teilnahme bauen kann.

Abänderung mit Ersatztext von „Solche Abkommen“ bis „zu erfüllen haben“

Solche Abkommen beziehen ihre Kraft aus der Rolle der Gewerkschaftsvertretung im Betrieb (RSU) und aus der demokratischen Ratifizierung der Plattformen seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Rolle der Delegierten und die Zertifizierung der Mitglieder jeder Organisation stellen auch den transparenten Maßstab für den gewerkschaftlichen Vertretungsauftrag dar. Das erfordert eine neue Phase bei der Mitgliederwerbung.

Konsequent zu diesen Entscheidungen müssen spürbare Neuerungen eingeführt werden, was die Rolle der Mitglieder und Delegierten bei der Beteiligung am Leben und an den Entscheidungen der Organisation anbelangt, umso mehr in dieser delikaten Phase für die Zukunft der sozialen Vertretung.

Das bezieht sich sowohl auf die normale Tätigkeit der Gewerkschaft, als auch auf den Verlauf der Kongressarbeiten.

Aus diesem Grunde sollen ein einschneidender Erneuerungsprozess und eine Veränderung in die Wege geleitet werden, um die interne Demokratie und die Beteiligung der Mitglieder und Delegierten an den Entscheidungen und Zielsetzungen der CGIL zu entwickeln. Es wird daher vorgeschlagen, in dieser Kongressphase eine Basisdiskussion über folgende Vorschläge zu beginnen, die dann, wenn es für notwendige gehalten wird, zu Änderungen des Statuts führen können:

- *Der Kongress stellt den wichtigsten Augenblick im demokratischen Leben der Organisation dar. Es wird über Ziele und Strategien entschieden, aus denen sich auch die Führungsgruppe ergibt. Deshalb muss man auf einen Verlauf achten, bei dem die gesamte Organisation einbezogen wird, teilnimmt und Verantwortung übernimmt, angefangen bei den Delegierten, und zwar bereits bei der Vorbereitung der Grundsatzpapiere für den Kongress, die dem Zentralvorstand zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Auf diese Weise soll die Teilnahme am Leben der Organisation gefördert werden. Heute spielt sich die Vorbereitung des Kongresses vorwiegend im Zentralvorstand ab, womit man sich dem Risiko aussetzt, dass die Delegierten und Mitglieder darin einen bürokratischen und bedeutungslosen Akt sehen. Wenn sich die Voraussetzungen ergeben, dass für den Kongress alternative Grundsatzpapiere vorgelegt werden, müssen in allen Phasen gleiche Rechte und gleiche Würde garantiert werden und dies bei der Vorstellung der Grundsatzpapiere am Arbeitsplatz und in den Ortsgruppen der Rentnergewerkschaft SPI, wie bei der paritätischen Zuteilung der Mittel und bei der Zusammensetzung der Gremien auf allen garantierten Kongressebenen. Das macht eine Neufassung der statutarischen Regeln für die Vorlage der Kongressunterlagen erforderlich.*
- *Bei der Befragung der Mitglieder in Bezug auf den Entwurf eines Abkommens, das vom Vorstand nach dem geltenden Statut gutgeheißen wird, soll dasselbe Schema angewandt werden wie beim Kongress.*
- *Die Zusammensetzung der Garantieorgane muss geändert werden. Wegen ihrer sehr heiklen Aufgabe muss ihre Überparteilichkeit garantiert sein. Dabei soll man bei der Ernennung des Präsidenten auch eine angesehene Person von außen in Erwägung ziehen.*

Die demokratische Natur der CGIL kommt durch ihre Transparenz zum Ausdruck:

- *Die Führung der Gewerkschaft hat sich verpflichtet, alles in die Wege zu leiten, um die Bilanzen aller Organisationsstrukturen und die Geschäftsordnung zu veröffentlichen, so wie es die CGIL Zentrale auf nationaler Ebene bereits tut. Man bezieht sich dabei auf die tief greifenden Veränderungen bei der Zusammensetzung der Arbeitskräfte mit dem Ziel, einen gewerkschaftlichen Zusammenschluss zu realisieren, wo auch jene Gruppen vertreten sind, die heute verstreut und unterrepräsentiert sind. Die Führung der Gewerkschaft fördert eine neue Solidarität mit Hilfe eines Einsatzes von Ressourcen, der Zustimmung findet. Das Ziel ist dabei, eine einschneidende Dezentralisierung der Mittel vorzunehmen, um möglichst an der Basis der gewerkschaftlichen Vertretung präsent zu sein.*
- *Die Aufwertung der lokalen Ebene und die Verbreitung an den Orten, wo sich die Arbeitsplätze befinden, und in den modernen Wirtschaftsbereichen, sowie eine Kampagne zur Mitgliederwerbung und für eine neue Vertretungsweise kommen zustande, wenn allen Strukturen der Organisation auf Gebietsebene angemessene Mittel zugeteilt werden, was mit maximaler Transparenz und Gleichbehandlung innerhalb der CGIL erfolgen muss.*

Unterzeichnet von: Susanna Camusso, Danilo Barbi, Vera Lamonica, Elena Lattuada, Nicola Nicolosi, Vincenzo Scudiere, Fabrizio Solari, Serena Sorrentino, Paola Agnello Modica, Michelina Almiento, Attilio Arseni, Alessandra Baldari, Carlo Baldini, Daniela Barbaresi, Nino Baseotto, Mirto Bassoli, Ermira Behri, Franco Belci, Gessica Beneforti, Marina Bergamin, Patrizia Bernieri, Sabina Bigazzi, Jean-René Bilongo, Emanuela Bizi, Anna Bonanomi, Pamela Borella, Ivano Bosco, Giacinto Botti, Adriana Bozzi, Mario Bravi, Augustin Breda, Andrea Brunetti, Paolo Burli, Cesare Caiazza, Vasco Cajarelli, Maurizio Calà, Donata Canta, Carla Cantone, Luciano Caon, Daniela Cappelli, Claudia Carlino, Michele Carrus, Mauro Casola, Emidio Celani, Massimo Cestarò, Sergio Chiloiro, Ana Laura Cisneros, Francesco Coghene, Vincenzo Colla, Massimo Covello, Antonio Crispi, Teti Croci, Stefania Crogi, Nina Daita, Rossana Dettori, Souckaina Diatta, Claudio Di Bernardino, Marinora Di Biase, Gianni Di Cesare, Alessio Di Labio, Laura Di Martino, Fausto Durante, Giuseppe Errico, Maurizio Fabbri, Walter Fabiocchi, Domenico Falcomatà, Fulvio Fammoni, Tatiana Fazi, Giovanni Forte, Gianna Fracassi, Donatella Frezzotti, Mauro Fuso, Maria Grazia Gabrielli, Damiano Galletti, Ivana Galli, Nicoletta Gatto, Daniele Gazzoli, Sergio Genco, Alessandro Genovesi, Giuseppe Gesmundo, Roberto Ghiselli, Daniele Giordano, Graziano Gorla, Alessio Gramolati, Michele Gravano, Francesco Grondona, Danilo Gruppi, Valter Guazzoni, Rita Guglielmetti, Giulia Guida, Mauro Guzzonato, Donata Ingrassia, Selly Kane, Beniamino Lami, Maurizio Landini, Debora Leiva, Piero Leonese, Federico Libertino, Vanna Lorenzoni, Maria Lorusso, Merida Madeo, Nicola Marongiu, Salvatore Marra, Francesco Martini, Graziano Massoli, Marigina Maulucci, Gabriele Mazzariello, Agostino Megale, Cesare Melloni, Adriana Merola, Emilio Miceli, Marinella Migliorini, Raffaele Minelli, Giovanni Mininni, Renzo Miroglio, Domenico Moccia, Roberto Montagner, Andrea Montagni, Franco Mungari, Mara Nardini, Franco Nasso, Lillo Oceano, Mimma Pacifici, Michele Pagliaro, Anna Maria Palmieri, Elena Palumbo, Domenico Pantaleo, Rosa Pavanelli, Ivan Pedretti, Antonio Pepe, Miranda Perinelli, Sergio Perino, Antonella Pezzullo, Morena Piccinini, Saverio Piccione, Donato Pivanti, Bruno Pizzica, Carlo Podda, Simonetta Ponzi, Francesca Re David, Gianni Rinaldini, Nicoletta Rocchi, Lucia Rossi, Rossano Rossi, Giancarlo Saccoman, Lucio Saltini, Marcello Santarelli, Eva Santoro, Tania Scacchetti, Walter Schiavella, Bruno Sciacaluga, Vincenzo Sgalla, Adriano Sgrò, Claudio Stacchini, Manuela Taratufolo, Franco Tavella, Riccardo Terzi, Alberto Tomasso, Patrizio Tonon, Filomena Trizio, Rita Turati, Gianni Venturi, Federico Vesigna, Emilio Viafora, Angelo Villari, Maurizio Viscione, Annamaria Zavaglia, Giovanna Zippilli.

Abänderungen zu den Dokumenten, Erstunterzeichner:

Aktion 3 - Renten Ersatz bei Punkt 2: Nicola Nicolosi; Ersatz bei Punkt 4: Nicola Nicolosi

Aktion 6 - Die Industriepolitiken und die Entwicklung Zusatz bei Punkt 2: Rossana Dettori

Aktion 8 - Soziale Einbeziehung Ersatz: Domenico Pantaleo

Aktion 10 - Vertragsverhandlungen Ersatz bei Punkt 1: Rossana Dettori; Erster Ersatz bei Punkt 6: Rossana Dettori; Zweiter Ersatz bei Punkt 6: Donata Canta; Ersatz bei Punkt 8: Gianna Fracassi; Zusatz bei Punkt 9: Vincenzo Colla; Ersatz der Aktion 10: Maurizio Landini

Aktion 11 - Demokratie und Beteiligung in der CGIL Ersatz: Domenico Moccia

Kongressdokument

DIE GEWERKSCHAFT IST ETWAS ANDERES!

Vor vier Jahren wurde der gesamtstaatliche CGIL-Kongress mit den Zielsetzungen der Kongressmehrheit, derzeit die Organisation leitet, abgeschlossen. Seit damals haben wir Rückschläge und Niederlagen hinnehmen müssen: keines der Kongressziele wurde verwirklicht, die CGIL ist immer mehr verwickelt in den Zorn und in die Ablehnung gegenüber den Palästen der Politik.

Heute ist die CGIL – zusammen mit CISL und UIL, mit der Industriellen- und sogar mit der Bankenvereinigung, die zu den sogenannten „Sozialpartnern“ gehören, also jene, die im Politiktheater alle gemeinsam die Interessen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft gegenüber den Parteien und der Regierung vertreten müssten.

Für die Sozialpartner, also Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Bankangestellte und Bankmanager, Angestellte und Chefs, sitzen alle im gleichen Boot. Wenn die Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL etwas von der Regierung einfordern, tun sie es gemeinsam mit den Unternehmen: allein fordern die Gewerkschaften nichts mehr.

Unterdessen fahren die Regierungen mit den Sparmaßnahmen fort, die alles zerstören und nur den multinationalen Konzernen, den Finanzplätzen und den Banken zugutekommen, während wir von Tag zu Tag ärmer werden.

Die Unsicherheit beherrscht insgesamt die Arbeitswelt. Alle stehen mehr oder weniger vor einer prekären Zukunft, die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner fallen um Jahrzehnte zurück. Die Ausbeutung und die moderne Sklaverei nimmt zu – bis vor kurzem undenkbar, für die Menschen mit Migrationshintergrund, aber immer häufiger auch für die Einheimischen! Fabriken werden geschlossen, Arbeitskräfte entlassen, sechs Millionen sind arbeitslos, die höchste Rate in der Nachkriegszeit. Arbeitslosigkeit macht Angst. Angesichts des Druckes, entlassen zu werden, akzeptieren die Arbeitskräfte Bedingungen, die sie in der Vergangenheit nicht angenommen hätten. Der Sozialstaat und die Rechte der Arbeiterschaft werden „verkauft“, alles wird zerstört und verschleudert.

Die Frauen zahlen den höchsten Preis: Strapazen und Gefährdung der Gesundheit, Arbeitsdruck und Arbeitszeiten, Gehalt und Pension, das Leben wird hart!

Die Reichen werden immer reicher: die Politikerkaste, die hohen Manager und Bürokraten behalten ihre ganze Macht, während Ungerechtigkeit, Korruption und Arroganz weiten sich aus.

Kann man behaupten, dass in dieser Lage die Gewerkschaft CGIL alles Menschenmögliche getan hat? Nein, das kann man wirklich nicht behaupten! **Gegen das Fornero-Gesetz zu den Pensionen, das in Italien das brutalste und ungerechteste Vorsorgesystem in ganz Europa eingeführt hat, wurde nur ein Streik von drei Stunden wurde ausgerufen!** Damals war die Arbeiterschaft zum Streik bereit. Aufgrund dieses Gesetzes wurde ein neues Wort erfunden für den Betrug und die Ungerechtigkeit gegenüber den abhängig Beschäftigten: die „Ausgemusterten“ (it.: esodati). Wer zu alt ist, um zu arbeiten, und zu jung, um in Rente zu gehen, wird einfach auf die Straße geworfen!

Es wurde hingenommen, dass im Parlament der Artikel 18 des Arbeiterstatuts praktisch gelöscht und die Sozialmaßnahmen verschlechtert wurden, und das in einer Wirtschaftskrise, wo Millionen von Arbeitsplätzen abgebaut werden und massenhaft Menschen ohne Verdienst dastehen. Die Entlassungen nahmen zu, wer sich um die Erhaltung der Arbeitsplätze engagiert hat, musste auf die Türme und Dächer steigen, um gehört zu werden, aber es wurde keine Generalmobilmachung für die Arbeitsplätze ausgerufen. Die Kürzungen im Gesundheitswesen, in der Schulbildung, in der öffentlichen Verwaltung wurden ohne klare und dauerhafte Opposition der Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL hingenommen.

Mit den Regierungen, die von der Demokratischen Partei (PD) unterstützt wurden, hat die CGIL auf die Schiene von CISL und UIL umgeschwenkt: Abkommen zu jeglichen Bedingungen und keinerlei Störung der politischen Entscheidungen. Auf diese Weise gelangte man zum Abkommen vom 31. Mai 2013, ein Kind des Abkommens vom 28. Juni 2011, wo damals schon die „Abweichungen nach unten“ in den gesamtstaatlichen Kollektivverträgen akzeptiert wurden. Dort wurde vereinbart, dass nur jene Gewerkschaftsorganisationen das Recht haben, die Arbeiterschaft zu vertreten und überhaupt zu existieren, welche die die Abkommen im voraus akzeptieren und nicht gegen die ungerechten Abkommen kämpfen. Es wurde also ein Gewerkschaftsmodell hingenommen, wo alles unterschrieben wird und nie ein wirklicher Arbeitskampf ausgerufen wird.

Die Arbeitgeber haben es als Erfolg gesehen, die sogenannte „einklagbare Forderung“, also die Pflicht, die strenge Einhaltung der Abkommen erhalten zu haben. Warum feiern die Arbeitgeber jetzt, wenn in der Vergangenheit die abhängig Beschäftigten klagten, als die Betriebsinhaber die Abkommen nicht respektierten? Weil die Arbeitgeber schlechtere Abkommen und deshalb gehorsamere Gewerkschaften wollen, die die Arbeitnehmer zum Gehorsam drängen.

Das ist schon Tatsache: **Alle gesamtstaatlichen Kollektivverträge und viele Betriebsabkommen haben in den vergangenen Jahren die vorausgehenden Abkommen und die früheren Bedingungen verschlechtert.** Während früher bestimmte Rechte für Arbeitskräfte, die schon länger im Betrieb waren, erhalten blieben, wurden diese Rechte für neu Eingestellte gestrichen. Dadurch entstand ein doppeltes Vertragsregelwerk: die neu Eingestellten, unterbezahlt und mit weniger Rechten, und die schon länger Eingestellten, die Rechte verlieren, einen Vertrag nach dem anderen.

Das geschieht nicht nur in den separaten Abkommen, die von der CGIL nicht unterzeichnet wurden (in den Sektoren Metall, Schulen und Handel), sondern auch in den Abkommen, die von allen Gewerkschaften unterschreiben waren (in den Sektoren Eisenbahn, Chemie, Telekommunikation, Banken und viele andere). Die Arbeitskräfte im Öffentlichen Dienst haben seit Jahren blockierte Verträge und das wird noch jahrelang so bleiben, während das Gehalt gekürzt und später unter wenigen verteilt wird – wo Diskriminierung und Klientelismus blüht. Was unternehmen die Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL dagegen?

Den Jugendlichen raubt man auf diese Weise die Zukunft, aber nicht wegen der wenigen verbleibenden Rechte für eine immer kleinere Minderheit in der Arbeitswelt, sondern wegen der Experimente zur totalen Unsicherheit im Namen des Profits als absolutem Wert. Die Gesetze zum „Prekariat“ wurden von der Mitterrechts- und von der Mittelinks-Regierung gewollt und von den Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL nie wirklich bekämpft.

War das alles unausweichlich? Nein! Mehrmals in den vergangenen Jahren ergaben sich Gelegenheiten und Momente, wo man eine Änderung versuchen konnte, aber das wollte man nicht. Das Nein der Metallgewerkschaft FIOM bei FIAT erzeugte große Hoffnungen und Kampfgeist in der Arbeitswelt und unter den Menschen, die die Arroganz der Politiker- und Finanzkaste satt hatten. Es war ein NEIN gegenüber den Übergriffen und den Ungerechtigkeiten, aber auch ein NEIN zur Komplizenschaft seitens der Gewerkschaften.

Die leitenden Gewerkschafter der CGIL wollten nicht von diesem NEIN ausgehen, um einen großen Arbeitskampf auszufechten, sondern sahen den Fall FIAT als einen isolierten Fall an. Als Ergebnis verbreitete sich das Modell von FIAT-Chef Marchionne an den Arbeitsplätzen und wurde Teil des Sparprogramms der Regierungen. Die Mehrheitsfraktion der CGIL wollte nichts ändern und schließlich hat sich auch die FIOM-Führung angepasst.

Mit dieser Negativbilanz sollte die CGIL eine Kehrtwende machen. Stattdessen haben die Gewerkschaftsleiter im Bund und in den Fachgewerkschaften einem Dokument des „breiten Einverständnisses“ - wohl mit einigen Differenzen am Rande – der Gewerkschaftspolitik dieser Jahre zugestimmt. Wir sind nicht einverstanden, denn wenn wir die Dinge ändern wollen, müssen wir mit unserer Organisation anfangen. Wie der langjährige CGIL-Vorsitzende Giuseppe Di Vittorio sagte: „Wenn 99% der Probleme von der Gegenseite verursacht werden und 1% aufgrund unserer Fehler, müssen wir zuerst unsere eigenen Fehler beheben, die heute viel mehr als 1% wiegen.“

Aus diesem Grund legen wir ein alternatives Kongressdokument gegenüber der Vorgangsweise und dem CGIL-Vorstand vor. Es bedarf einer anderen Plattform mit neuen Vorgangsweisen, die auf Demokratie gegründet sind, die unabhängig sind von den verschiedenen Entscheidungszentren und auf Partizipation und Kampfgeist ausgerichtet sind.

Vor allem brauchen wir eine CGIL, die klare Forderungen stellt, die auf die Bedürfnisse der Personen aus Fleisch und Blut abzielen, wir müssen wieder die Gewerkschaftsmitglieder und die Arbeitskräfte befragen, anstatt aus der Hüfte zu schießen. Errungenschaften heimbringen ist nicht einfach, aber wenn man nie etwas fordert, ist ein Fortschritt nicht möglich!

Es schadet uns, die Einheit mit der Führung von CISL und UIL zu verfolgen, weil die Führungsschicht dieser Organisationen jegliches Abkommen mit den privaten und öffentlichen Verhandlungspartnern unterschreiben und jegliche Präpotenz akzeptieren, wie es bei der FIAT geschehen ist.

Die CGIL muss mit der Komplizenschaft aufhören, also mit den Führungsschichten von CISL und UIL und stattdessen eine wirkliche Gewerkschaftseinheit der Arbeiterinnen und Arbeiter auf der Grundlage von Demokratie und Unabhängigkeit aufbauen. Vor allem die CGIL muss all ihre verfügbaren Kräfte aufbringen und nicht aufgeben, wenn Arbeiter Betriebe blockieren oder besetzen, um eine Schließung, eine Auslagerung oder Entlassungen zu verhindern, wenn prekäre Arbeitskräfte, hiesige oder solche mit Migrationshintergrund, die eine Ausbeutung ablehnen, die „Ausgemusterten“, die Arbeitslosen, die eine Arbeit einfordern, die sich um die öffentliche Schule und Gesundheitsvorsorge, um den Wohnungsbau und den Umweltschutz kümmern.

Die CGIL muss die Kollektivvertragsverhandlungen auf gesamtstaatlicher und betrieblicher Ebene neu konstruieren, angefangen von den Bedürfnissen der abhängig Beschäftigten, aber ohne sich den Regeln und Winkelzügen in den gesamtstaatlichen Abkommen vom 23. Juli 1993 und vom 31. Mai 2013 zu beugen. Die genannten Abkommen sind nichts als ein Käfig, der seit 20 Jahren immer enger wird und den Arbeitslohn drückt, die Arbeitsbedingungen erschwert und die Freiheit einengt. In den öffentlichen Sektoren und in den Dienstleistungsbetrieben muss gegen das Gesetz Nr. 146 und die faktische Abschaffung des Streikrechts gekämpft werden, denn Streiks kosten und wenn sie ausgerufen werden, müssen sie publik gemacht werden. Das Straßenbahnpersonal in Genua hat es vorgemacht.

Seit langen Jahren wird uns vorgemacht, dass der Klassenkampf beendet ist. Aber die Reichen und Mächtigen praktizieren den Klassenkampf, um auf unsere Kosten noch mehr Reichtum und Machtfülle anzuhäufen. Während ihre politischen Kasten und ihre Propagandaexperten den Krieg unter den Armen schüren. Als Feind der jugendlichen Arbeitslosen stellen sie den Vater, ein Metallarbeiter, oder den Großvater, ein Eisenbahner in Pension, als privilegierte Menschen hin. Als Feinde der Arbeiterschaft in der Privatwirtschaft werden die öffentlichen Bediensteten hingestellt, und all diese zusammen sollten die Menschen mit Migrationshintergrund als Feinde ansehen, weil sie angeklagt werden, unsere Arbeitsplätze wegzunehmen. Norditalien sollte der Feind Süditaliens sein und umgekehrt, weil kein Geld mehr im Umlauf ist und die Armen sollten sich gegenseitig bestehlen. Das sind die Lügenmärchen, die uns die Presse und das Fernsehen täglich auftischt, damit wir ihre Geschäftspraktiken akzeptieren.

Die Zinsen für das Staatsdefizit kosten uns 90 Milliarden € pro Jahr, die größtenteils an die Banken und in die Finanzspekulation fließen. Die Mafia und die organisierte Kriminalität kosten mehr als 100 Milliarden jährlich. In den vergangenen 20 Jahren flossen über 10% der Einkommen in Italien von den Arbeitseinkommen an die Renditen und die Profite: über 150 Milliarden € pro Jahr haben uns die Reichen und Arbeitgeber abgeknöpft.

In einem Jahr ist der Reichtum der 2.000 wohlhabendsten Italienern um 7% gewachsen, während die große Mehrheit der Bevölkerung ihr Einkommen schrumpfen sah.

Früher verdiente der FIAT-Chef 30 mal soviel wie ein Arbeiter, heute verdient der aktuelle FIAT-Chef Marchionne allein gleich viel wie 1.000 Arbeiter, also wie die ganze Belegschaft zusammen. Der genannte Manager ist nicht der einzige Krösus. Die 860.000 reichsten Rentner kassieren soviel wie die sieben Millionen ärmsten Rentenempfänger.

Heutzutage gehört die Hälfte des Reichtums im Land nur 10% der Bevölkerung. Diese kleine Minderheit kontrolliert die Wirtschaft und die Politik die Kultur und die Information, mit ihren Regierungen, ihren „Technikern“, ihren Zeitungen und Fernsehkanälen gaukeln sie uns vor, dass unsere Opfer unserem Wohl dienen, während sie ausschließlich ihrer Bankkonto dienen. Geld gibt es genug, aber es liegt in den falschen Händen und dient einem falschen Zweck und falschen Interessen.

Die Löhne und die Pensionen sollen steigen, sie sind den Lebenshaltungskosten anzugleichen und dürfen nicht von der Inflation immer mehr gefressen werden. Die skandalösen Managergehälter sind zu kappen. Es muss ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden, der nicht unterschritten werden darf, denn heute gibt es einen Tageslohn von wenigen Euro pro Stunde. Es muss ein würdiges Einkommen für alle geben, ob sie nun keinen Arbeitsplatz haben oder eine Arbeit verloren haben.

Die Altersrente muss ab dem 60. Lebensjahr gewährt werden – Frauen sollen sie schon früher erhalten, die Dienstaltersrente nach 40 Arbeitsjahren soll wieder eingeführt werden, die Wochenarbeitszeit soll bei gleichem Lohn verkürzt werden. Wenn alle weniger lang arbeiten, bekommen alle eine Arbeitsstelle.

Alle Gesetze, die prekäre Arbeitsbedingungen ermöglichen und fördern, sind außer Kraft zu setzen. Es braucht ein Gesetz, die den Arbeiterinnen und Arbeitern Gewerkschaftsdemokratie garantieren.

Es braucht einen Plan für die Erwerbsarbeit und den Sozialstaat, der auf die großen öffentlichen Investitionen aufgebaut ist. Es bedarf großer Investitionen für die Schulbildung, für die Gesundheitsversorgung, für den Wohnungsbau, für den Lokaltransport, die Sanierung der Umwelt und der Kulturschätze und für den armen Süden des Landes. Es braucht viele kleine Maßnahmen, die viele Arbeitsplätze schaffen, anstatt dessen sollen die Vergeudung bei den Großbaustellen wie die Tav-Autobahn im Susatal und die Megabrücke von Kalabrien nach Sizilien aufgegeben werden. Ebenso sind die Ausgaben für Militärvorhaben wie F35 und Muos fallen zu lassen, ebenso wie die Vergeudung bei den Ausschreibungen für Großprojekte und die entsprechende Korruption in der öffentlichen Verwaltung.

Die strategischen Unternehmen wie FIAT, Ilva, Telecom, Alitalia, die großen Krankenhäuser wie San Raffaele, die Kürzungen oder sogar die Schließung riskieren, sind ohne Entschädigung zu enteignen und von der öffentlichen Hand zu verwalten, und zwar mit der Teilhabe der Zivilgesellschaft. Die Schulden der Banken und Finanzunternehmen sollen nicht mehr bezahlt werden, sondern alle Großbanken sind zu verstaatlichen, zu aller erst die Banca d'Italia.

Schluss mit dem Europa der Banken, der Finanzhäuser, der Technokraten und der multinationalen Geldhäuser! Der „fiscal compact“ und alle weiteren europäischen Abkommen sind zu zerreißen, denn sie zwingen uns zu wirtschaftlichen Einschränkungen.

Die ökonomische Macht und die Politikaste, die das System unterstützen, haben Europa und den Euro benutzt, um sich selbst zu legitimieren, den eigenen Bankrott zu verheimlichen und uns Opfer auferlegen. „So will es Europa“, das ist Erpressung, wie es der FIAT-Chef gemacht hat. In der Zwischenzeit wurde die politische Korruption weiter gewachsen, mehr als bisher, sie wurde benutzt, um den Ausverkauf der öffentlichen Güter an die Privaten zu verscherbeln.

Die „Regierungen der Sparmaßnahmen“ und die Mitte-Rechts- und Mittellinksparteien haben sogar die Verfassung geändert, indem sie die Pflicht des Staatsbilanzausgleichs eingeführt haben, die von der internationalen Troika und der Banken, besonders der bundensdeutschen, verlangt wurde. Die selben Leute haben den „fiscal compact“ und die Verträge beschlossen, die uns 20 Jahre lang die Sparpolitik auferlegen und Italien der kommissarische Verwaltung seitens der Bürokraten aus Brüssel unterwerfen. Jetzt wollen sie der Demokratie einen weiteren Schlag versetzen, indem sie ein Präsidialsystem einführen mit neuen politischen Konterreformen, institutionell verpflichtenden Sparmaßnahmen, Opfern und Privatisierungen. Die gigantische politische Korruption und die mafiose Kriminalität sind ein grundlegender Teil der Krise in Italien, die unerträgliche Kosten und Ungerechtigkeiten nach sich ziehen. Die CGIL muss den Kampf gegen die Kriminalität und die Korruption unterstützen und selbst bekämpfen, nicht nur als notwendige institutionelle Aktion, sondern auch als Bewegung für soziale Veränderung. Deshalb setzt sich die CGIL, zusammen mit allen zivilgesellschaftlichen und demokratischen Bewegungen, ein gegen die Kriminalität und die Korruption.

Die CGIL muss Abstand nehmen von jeglicher Kombination zwischen Gewerkschaftsrechten und Privilegien der politischen und bürokratischen Kaste und sich einsetzen für eine wirkliche politische und öffentliche Moral, gegen die Vergeudung, gegen die hohen Gehälter und Finanzierungen der Parteien, gegen die Vermischung zwischen Politik und Geschäftemacherei. Aus demselben Grund muss sich die Gewerkschaft auch für die Moral und die klare Durchschaubarkeit der Gewerkschaften einsetzen, damit diese Organisationen nur von den Mitgliedsbeiträgen finanziert werden und nicht von den Bilateralen Körperschaften, wobei Transparenz und Demokratie herrschen muss.

Wir brauchen eine Gewerkschaft, die mit den Machtzentren bricht, die zutiefst demokratisch ist, die unabhängig ist von den Unternehmern, den Regierungen und den Parteien. Die CGIL war einmal eine solche Gewerkschaft, jetzt ist sie es nicht mehr. Deshalb muss sie es wieder eine solche werden. Dieses Kongressdokument sammelt und identifiziert sich mit dem Appell „Eignen wir uns die CGIL an!“, unterzeichnet von Hunderten Delegierten, Rentnerinnen und Rentnern, die von unterschiedlichen Gesichtspunkten, Erfahrungen, Arbeitskämpfen kommen und gemeinsam ein alternatives Kongressdokument verlangt haben.

Dieses Dokument steht all jenen zur Verfügung, die eine ganz andere Gewerkschaft als die heutige als unentbehrlich ansehen und versuchen, eine solche zu realisieren.

Forderungen und Aktionen für eine unabhängige, demokratische und kämpferische CGIL

1) GEGEN EIN EUROPA DER SPARMASSNAHMEN UND DES FISCAL COMPACT

Um die Macht und den eigenen Gewinn zu verteidigen haben die politischen und Managerkasten und die ökonomisch Mächtigen beschlossen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Italien den Verordnungen der Troika zu unterwerfen, also jenem privaten Kommando, das keinerlei demokratischer Legitimierung unterliegt: Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds. **Die erste Bedingung, um die Zerstörung der Arbeit, der Löhne, des Sozialstaates und der Demokratie aufhalten zu können, ist die Ablehnung der Verordnungen der Troika und der Verbindlichkeiten europäischen Vereinbarungen.** Das muss das Interesse der gesamten Arbeitswelt und der Völker Europas sein, die sich von der Diktatur der Finanzwelt und der Banken befreien müssen.

Aus diesem Grund ist die CGIL engagiert, größere Mobilisierungskampagnen zu organisieren, damit Italien unilateral den Beitritt zum „fiscal compact“ und zu allen europäischen Abkommen rückgängig macht, die eine Sparpolitik vorschreiben. Auf jeden Fall fordern die CGIL, dass die Bürger Italiens in einem Referendum entscheiden können. Die Gewerkschaft kämpft für die Zurückweisung des Bilanzausgleichs als verfassungsmäßige Pflicht, fordert die Verstaatlichung der großen Banken ohne Entschädigung, angefangen von der Banca d'Italia.

Die Staatsschulden dürfen nicht die Ökonomie erdrosseln, deshalb soll die Schulden annulliert werden, außer jene der Kleinsparer. Banken und große Finanzimperien sollen den Schuldenschnitt akzeptieren, während der Staat die Kontrolle der Währung wieder übernehmen muss, um direkt in die Ökonomie eingreifen zu können, anstatt auf die Darlehen von der Weltfinanz mit ihren Wucherzinsen angewiesen zu sein.

Die CGIL beurteilt die passive Politik und die bisherige Komplizenschaft des Europäischen Gewerkschaftsbunds negativ. Diese Haltung muss grund-

legend verändert und demokratisiert werden, der EGB muss eine wirkliche Gewerkschaft der europäischen Arbeiterschaft werden. Die CGIL muss als ersten Akt der Kehrtwende gegenüber der Sparpolitik und der europäischen Institutionen, die uns diese Politik aufzwingen, einen europaweiten Generalstreik einfordern.

Dutzende Millionen von abhängig Beschäftigten und Bürger Europas fallen in die permanente Arbeitslosigkeit, in die prekäre Beschäftigung, in die Armut. Die Gehälter und die sozialen Rechte sind überall unter Beschuss, auch in den reichen Ländern wie etwas in Deutschland, wo Lohnarbeit mit wenigen Euro pro Stunde bezahlt wird. Deshalb müssen in ganz Europa Mindestlöhne und garantierte Rechte eingeführt werden, damit eine Erpressung der Betriebsverlagerung verhindert wird. Abkommen und Gesetze müssen sich aber auf mittlerem und hohem Niveau bewegen, damit die Rechte nicht auf niedrigstem Niveau gesenkt werden können.

In ganz Europa ist eine Kampforganisation aufzubauen, die die Bevölkerung gegen die Sparpolitik zusammenführt, die Griechenland zerstört hat und nun den ganzen Kontinent überflutet. Deshalb fordert die CGIL nicht nur die Abschaffung der genannten Abkommen in Italien und in ganz Europa, sondern auch:

- ein Statut der Rechte der Lohnabhängigen in Europa, die Gleichbehandlung, die Vereinigungsfreiheit, das Arbeitsrecht, die öffentliche Gesundheitsversorgung, die Ausbildung, die Vertragsverhandlungen und eine würdevolle öffentlichen Altersrente;
- die Abschaffung aller Richtlinien, wie etwa die „Bolkenstein“, die im Namen des freien Arbeitsmarktes in Europa die gesamtstaatlichen Kollektivverträge zerstören;
- die Annullierung der Staatsschulden der Länder, die der Sparpolitik unterzogen sind;
- den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Abschaffung des EU-Gesetzes, das eine Wochenarbeitszeit bis zu 65 Stunden erlaubt. Es muss eine drastische Wochenarbeitszeitverkürzung eingeführt werden, und zwar ohne Kürzung der Löhne;
- Gewerkschaftliche Forderungen auf europäischer Ebene bezüglich Entlohnung, Arbeitszeit, Kampf gegen die prekären Arbeitsverhältnisse (gleiche Rechte bei gleicher Arbeit);
- Bestimmungen gegen Betriebsverlagerungen und Entlassungen, Verbot für die multinationalen Konzerne, die jeweiligen Filialen untereinander in Konkurrenz zu setzen mit der Erpressung der Schließung, wodurch eine Versteigerung nach unten auf Gehalt und soziale Rechte provoziert wird;
- Austrocknung der Steueroasen in Europa, wo die Konzerne und die Reichen ihren Sitz verlegen, um keine Steuern zu zahlen;
- ein internationales Abkommen bezüglich der Beschlagnahmung der Güter der Steuerhinterzieher;
- eine hohe Besteuerung auf die Finanzrenditen und auf die Kapitalverlagerungen.

2) KAMPF GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT, DIE PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG UND DEN NIEDERGANG SÜDITALIENS

Schluss mit den Krokodilstränen der Regierung und der Arbeitgeber, die so tun, als ob sie wegen der sechs Millionen Arbeitslosen und weiteren Millionen prekär Beschäftigte. Dieses Ergebnis ist gewollt, weil alle Gesetze und Entscheidungen bezüglich der Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren beigetragen haben, diese Tatsachen zu schaffen.

Massenarbeitslosigkeit und prekäre Jobs nutzen den Betriebsinhaber, weil sie in der aktuellen Krise die Arbeitskräfte erpressen können und letztere eine unverschämte Ausbeutung ertragen müssen.

Insbesondere die Frauen, die weniger als die Männer verdienen, haben vielfach prekäre Arbeitsverträge und sind in den niedrigsten Kategorien eingestuft; sie haben in den vergangenen Jahren am meisten unter der Krise gelitten: anfangs waren sie die ersten, die den Lohnausgleich und Restrukturierungsprozesse hinnehmen mussten, heute sind sie es, die am schwierigsten einen neuen Job bekommen, wenn sie eine Arbeitsstelle verloren hatten – mit dem Risiko, dass viele aus dem Arbeitsmarkt entfernen.

Der Verlust des Art. 18 des Arbeitsstatuts und anderer grundlegender Schutzmaßnahmen, die Ausbreitung der Massenarbeitslosigkeit haben auch diejenige Arbeit unsicher gemacht, die früher als garantiert angesehen wurde. Der prekäre Arbeitsmarkt schafft ein prekäres Leben.

Es sind Notfallmaßnahmen und langfristige Interventionen nötig, die als vorrangiges Ziel die Ausweitung der Beschäftigung haben. Es braucht einen Beschäftigungsplan, gegründet auf öffentliche Bemühungen den Kampf gegen Ausbeutung und Unsicherheit.

Die Gewerkschaft, wie sie heute aufgestellt ist, geht auf diese Bedürfnisse nicht ein, sie organisiert und verteidigt die Millionen von Arbeitskräften mit prekären Verträgen nicht. Alle Fachgewerkschaften der CGIL müssen die Vertretung und den Schutz der prekären Arbeitskräfte als Hauptaufgabe annehmen und die Ghettoisierung bekämpfen, die Solidarität und den Zusammenhalt aller Arbeitskräfte des jeweiligen Sektors stimulieren.

Auch in Italien ist es Zeit, überall den garantierten Mindestlohn einzuführen, verstanden als Instrument des sozialen Schutzes der Löhne und als vor Verarmung eines Teils der Bevölkerung zu minimieren, die in einer besonderen und vorübergehenden Situation sind, insbesondere für jene, die den Arbeitsplatz verloren haben oder auf Arbeitssuche sind.

Notwendig ist eine breit angelegte öffentliche Intervention seitens der öffentlichen Hand um Arbeitsplätze zu schaffen, denn sich nur auf den Markt zu verlassen, schafft nur noch mehr Arbeitslosigkeit. Das erfordert notwendigerweise den Kampf gegen politische Korruption und Mafiakriminalität. Korruption ist doppelt schädlich, weil sie unsere Gelder raubt und weil sie als Entschuldigung benutzt wird, um die Intervention seitens der öffentlichen Hand zu negieren oder zu zerstören, zum Vorteil der privaten Spekulation. Insbesondere Süditalien erlebt eine Verarmung, gekennzeichnet von einer Austrocknung der Produktivität und einer raschen Ausbreitung der Arbeitslosigkeit, eines Verfalls des Einkommens und einen starken Rückgang des Konsums. Viele der Wirtschafts- und Sozialdaten des Südens sind derzeit schlechter als jene in Griechenland.

Gänzlich gescheitert sind Gebietsabkommen, die auch von der CGIL unterstützt wurden, wo Gehälter unter der Norm und eine wilde Flexibilität gegen Arbeitsplätze getauscht. Die Löhne wurden gesenkt, aber die Arbeitsplätze verschwanden trotzdem. Die Macht der Mafiaorganisationen wurden stärker. Häufig stammen die einzigen verfügbaren Finanzressourcen von der Kriminalität, deren Mittel dazu dienen, die Kontrolle über ganze Wirtschaftsbereiche zu übernehmen. Die Mafia-Bourgeoisie konditioniert weitgehend die soziale und institutionelle Dynamik und besetzt zunehmend direkt ganze Wirtschaftssektoren der südlichen Regionen: von der Industrie zum Bauwesen, von der Landwirtschaft zum Handel, vom Gesundheitswesen zur Arbeitsstellenvermittlung. Neuerdings erweitert sich die Mafia-Bourgeoisie auch auf Norditalien.

Die Politik dieser Jahre hat auch die Unterschiede im Staatsgebiet verschärft: im Schulwesen, in der Gesundheitsversorgung, im Wohnrecht, in der Betreuung, im Transportwesen, wobei der Süden immer mehr von Italien abdriftet. Der Süden braucht weder Großbaustellen, noch Kathedralen in der Wüste, kein Satellitenkommunikationssystem (MUOS) in Sizilien und auch keine Erdgasumwandler in Gioia Tauro. **Im Süden wie im Norden braucht es einen gesamtstaatlichen Beschäftigungsplan, der den Bedürfnissen der Menschen entspricht, damit sie aus den Erpressungsversuchen der Politik und der Mafiaorganisationen entrissen werden.**

Zurückzuweisen ist die These, wonach der Norden den Süden alleinlassen soll, denn niemand kann sich retten, wenn nicht die Sparpolitik umgestürzt wird. Für einen wirklichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die prekären Arbeitsverhältnisse im Norden und Süden des Landes, gegen die Kriminalität und für eine neue Wirtschaftspolitik für Süditalien fordern wir:

- sofortigen Stopp den Entlassungen, Maßnahmen gegen die Betriebsauslagerungen und -verschiebungen: die Regierung muss die Unterstützung der Arbeitskräfte gewährleisten, die den Betrieb übernehmen wollen, die Großunternehmen, die zusperren wollen, sind ohne Entschädigung zu verstaatlichen und unter die Kontrolle der Arbeiterschaft zu stellen;
- für Aufträge, Unteraufträge und Auslagerungen sind immer die volle Verantwortlichen der Auftragsfirma, ob privat oder öffentlich, verantwortlich sein. Jede Wechsel des Auftrags muss eine Sozialklausel vorsehen, die zwingend die Entlohnungen und alle Arbeitsplätze wahrt;
- Abschaffung der Gesetze über die prekäre Arbeit ab dem Treu-Paket. Streichung der prekären Arbeitsverträge und unbefristete Einstellung aller prekär Beschäftigter im selben Betrieb oder in der selben öffentlichen Körperschaft. Der unbefristete Arbeitsvertrag muss wieder zum normalen Vertrag werden und der rechtmäßig befristete Arbeitsvertrag darf nur in Ausnahmefällen und mit Bezug auf genaue Bedingungen angewendet werden;
- der Artikel 18 des Arbeiterstatuts muss wieder in Kraft gesetzt werden;
- Abschaffung des Fornero-Gesetzes zu den Sozialmaßnahmen, die Kostendeckung der Lohnausgleichskasse muss auf alle Arbeitskräfte ausgeweitet werden und obligatorisch im Rotationsverfahren vonstatten gehen. Das Maximum der Lohnausgleichskasse (erweitert auf die Mobilität) ist abzuschaffen, damit der Lohnzuschuss effektiv 80% erreicht;
- garantierte Entlohnung für all jene, die keinen Arbeitsplatz finden oder ihn bis zu einer Neueinstellung verloren haben;
- Rückkehr zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung mit numerischer Zuweisung, ausgeweitet auf die nicht spezialisierten Angestelltenverhältnisse und Auflassung der Zeitarbeitsagenturen;
- eindeutige und allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn. Starke Benachteiligung der Betriebe bei Überstundenarbeit, die immer außergewöhnlich und freiwillig sein müssen. Steuerbefreiung des gesamten Gehalts außer dem, der an Überstunden und Produktivität gebunden ist;
- Abschaffung des Fornero-Gesetzes über die Pensionsregelung, um neue Arbeitsplätze zu schaffen;
- Plan für die Arbeitstätigkeiten, gezielt auf die Umwidmung der Industrie, die schädliche oder Kriegsprodukten herstellt, auf das Wirtschaftswachstum in Süditalien, auf Forschung und Innovation, Schule und Ausbildung, Ausbau des Sozialstaates und der sozialen Rechte, Sanierung und Aufwertung des Kulturerbes und der Umwelt und auf die Gemeinschaftsgüter. Dies kann neue Beschäftigung bringen mit vielen kleinen Arbeitsaufträgen und mit einem breiten Programm für öffentliche Investitionen;
- Enteignung der Güter der Mafia und der korrupten Personen und die Übertragung der Güter an eine öffentliche Agentur, die sofort Arbeitsplätze schaffen kann.

3) ÖFFENTLICHE UND GERECHTE PENSIONEN FÜR ALLE

Das öffentliche Rentensystem, das dank der Arbeitskämpfe in der Nachkriegszeit errungen wurde, war eine Stütze unseres Sozialmodells. Das universales System, aufgebaut auf den solidarischen Beziehungen unter den Generationen, war ein außergewöhnliches zivilrechtliches und soziales Ziel. Die Attacken gegen die öffentliche Altersvorsorge startete Anfangs der 90-er Jahre, gerade am Beginn der Haushaltspolitik auf dem Weg in das Maastricht-Europa, mit den Verfälschungen der Amato-Regierung bis herauf zur faktischen Rücknahme der Dienstaltersrenten durch das Fornero-Gesetz, eine Operation, die von laufenden Kampagnen über die vorgebliche Unhaltbarkeit des Systems wegen der höheren Lebenserwartung unterstützt wurde. Damit wurden einerseits die älteren Arbeitnehmer gegen die jüngeren aufgehetzt und später die jüngeren gegen die älteren. Schließlich wurde bei allen gekürzt, insbesondere bei den Frauen mit einer drastischen Erhöhung des Alters, ab dem die Altersrente ausgezahlt wurde. Dies geschah trotz der ausreichenden NISF-INPS-Pensionsfonds und ohne dass die Vorsorge von der Fürsorge getrennt wurde und dass die Sozialgelder in Italien unter den niedrigsten in Europa waren und es heute noch sind. Wahr ist, dass durch die Demolierung des öffentlichen Pensionssystems der Weg geöffnet wurde für Spekulationen und Geschäftemacherei mit der privaten Altersvorsorge, indem die Pensionsgelder für die Senkung der Arbeitskosten verwendet wurden, zum Vorteil der Wirtschaftstreibenden. **In den letzten 20 Jahren hat jede Regierung, ob rechts- oder linksgerichtet oder moderat, die Renten gekürzt, indem immer mehr das Pensionsalter hinaufgeschraubt und die Rentenerträge immer mehr gekürzt wurde.** Auf diese Weise wurde die Arbeitszeit verlängert und die Arbeitslosigkeit erhöht und damit hunderttausende Arbeitskräfte, die sogenannten „Ausgemusterten“, die ohne Pension und ohne Arbeitsgehalt über die Runden kommen müssen, während die Privilegien der sogenannten „Goldpensionen“ nie berührt wurden. Mit diesem System werden ganze Generationen bis 70 Jahren arbeiten und über 43 Jahre lang Beiträge zahlen müssen, ohne eine ausreichende Rente für ein ruhiges Altern zu erreichen.

Die Verantwortung der Gewerkschaften ist groß, weil **alle Änderungen des öffentlichen Rentensystems von CGIL, CISL und UIL vereinbart oder akzeptiert worden sind**, sie haben liberale Philosophie akzeptiert, wonach die öffentliche Pension notgedrungen miserabel ist und dies deshalb ergänzt werden muss mit einer Zusatzpension, indem man die Pensionsfonds einrichtet, die den abhängig Beschäftigte wenig bringen, im Gegenteil: es wird ihnen die Abfertigung entzogen.

Auf diese Weise verliert die Rente immer mehr an Wert. Heutzutage erhalten die meisten Rentner und vor allem die Rentnerinnen „Hungerrenten“, aber auch die mittleren Renten sinken bedrohlich, weil sie nicht mehr aufgewertet und den Lebenshaltungskosten angeglichen werden.

Die CGIL muss sich für eine umfassende Neukonstruktion des öffentlichen Pensionssystem einsetzen, sodass allen eine würdige Rente gewährleistet wird. Diesbezüglich sind folgende Änderungen durchzuführen:

- alle Gegenreformen rückgängig machen, die seit der Reform von Ministerpräsident Dini zuerst die Jugendlichen und dann die anderen abhängig Beschäftigten getroffen haben; das lohngelundene System mit gleichen Regeln für alle in der Welt der Arbeit wieder einführen, bei verschleißenden Tätigkeiten sollen die Betroffenen früher in Pension gehen können;
- das Vorsorgesystem vom Assistenzsystem trennen, letzteres muss aus dem Steuertopf finanziert werden;
- das Vorsorgesystem muss öffentlich sein und eine Rente in der Höhe von 80% der Lohnsumme bei einer Arbeitstätigkeit von 40 Jahren gewährleisten. Die Alterspension muss auf wieder ab 60 Jahre gewährt werden – mit der Möglichkeit, dass Frauen früher in Pension gehen können;
- vorausgesetzt, dass die „goldenen Renten“ das Rentensystem stützen müssen, soll die Zusammenlegung von Arbeitszeiten mit unterschiedlichen Rentenbeiträgen, die an das NISF/INPS gehen, kostenlos sein;
- für die Rentenbezieher (bis zu 3.500 €) soll ein Mindestrentenbetrag über der Armutsgrenze und die gesamte Erhöhung der Lebenshaltungskosten vorgesehen werden. Für Personen, die sehr geringe Einkommen beziehen und deshalb keine Steuerbefreiung in Anspruch nehmen zu können, soll die gänzliche Rückgabe der abzugsfähigen oder abziehbaren Spesen vorgesehen sein;
- Wiedereinführung des Zusammenhangs zwischen Rente und Reallöhnen, wobei die Löhne angehoben werden müssen;
- die Zusatzvorsorge soll rein ergänzend, freiwillig und kündbar sein; jedenfalls sollen die Arbeitskräfte vollen Zugang zur Abfertigung haben;
- das öffentliche Rentensystem soll der Kontrolle der Bürokratie und der Regierung entzogen werden;
- das Renteninstitut NISF-INPS soll der Kontrolle der Gewerkschaften und der Regierungen entzogen werden und der demokratischen Kontrolle der abhängig Beschäftigten und Rentenbeziehern unterliegen mittels allgemeiner Wahlen der Leitungsorgane;
- Einführung eines garantierten Mindestlohns, damit die Selbsterhaltung gewährleistet und die Armut ausgemerzt werden kann;
- Einführung eines einzigen, von den Finanzämtern in Kooperation mit NISF/INPS, Gemeinde und Gesundheitssprengel ausgegeben Formulars, das Anfang des Jahres mit der Bescheinigung des Rentners (CUD, RED usw.), gültig für Befreiung der Sanitätstickets und weiteren sozialen Vergünstigungen, die bis zu einem bestimmten Maß je nach Einkommen im Dokument verzeichnet sind.

4) NEUE LOHNSKALA UND VERHANDLUNGEN

Heute entsprechen aufgrund der Krise, der bestehenden Regeln und der Grenzen, von verschiedenen Abkommen auferlegt, die Vertragsverhandlung nicht mehr den Bedürfnissen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Änderungen nach unten in den gesamtstaatlichen Kollektivverträgen und in den Gesetzen ermöglichen den Arbeitgebern überall Erpressung bezüglich der Löhne und der Arbeitsbedingungen: Entlassungen, Auslagerungen und Betriebsschließung werden angedroht. Die CGIL hat richtigerweise gefordert – obwohl noch angewendet – den berüchtigten Artikel Nr. 8, vom ehemaligen Arbeitsminister Sacconi abgeschafft, der noch die Abweichung von den Kollektivverträgen und sogar von den Gesetzen mittels Betriebsabkommen ermöglicht. Jedenfalls nehmen die einheitlichen Abkommen vom 28. Juni 2011 und vom 31. Mai 2013 das separate Abkommen von 2009 wieder auf, das es ermöglicht, die die selben Sachen zu tun.

Das führte dazu, dass die in den vergangenen Jahren erneuerten gesamtstaatlichen Abkommen die Löhne nicht vor der Inflation schützen, die flexiblen Arbeitszeiten ausweiten, die Schutzklauseln verringern, prekäre Arbeitsplätze ausweiten und Arbeiterrechte auslöschen. Die Betriebsverhandlungen in den meisten Unternehmen weichen von den gesamtstaatlichen Kollektivverträgen ab und verschlechtern die Arbeitsbedingungen noch mehr: Ein negatives Beispiel ist das Abkommen bei der Expo in Mailand zur Lehrlingsausbildung, wo einheitlich Abweichungen hin zum Schlechteren beschlossen wurden, schlechter als das Fornero-Gesetz, es wurde sogar die Gratarbeit ermöglicht. Von diesem Abkommen, gepriesen von der Regierung und dem Industriellenverband, muss die CGIL die Unterschrift zurückziehen, ebenso muss sie alle Abkommen, die unter den Standards der Kollektivverträge liegen, zur Diskussion stellen.

Unabdingbar ist die Neuaufgabe von Vertragsverhandlung, die frei sind von Winkelzügen und Regeln, die Lohnerhöhungen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen verhindern. Verhandlungen auf dem Boden der Demokratie und der Teilnahme der abhängig Beschäftigten in allen Phasen der Verhandlungen, von der Diskussion und Abstimmung der Plattformen bis zur Auswahl der Verhandlungsdelegation und der Art des Arbeitskampfes und schließlich zur Urabstimmung über den Verhandlungsentwurf. Aus diesem Grund sind die Vereinbarungen vom 28. Juni 2011 und 31. Mai 2013 zu kündigen, auch im Lichte des Urteils vom Juli 2013 des Verfassungsgerichts, das es als verfassungswidrig ansieht, dass von den Gewerkschaftsrechten ausgeschlossen wird, wer die Abkommen nicht unterzeichnet.

Den gesamtstaatlichen Abkommen muss die Funktion der Lohnerhöhung und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zurückgegeben werden. Deshalb muss man von Forderungsplattformen starten, die von den Arbeitskräften diskutiert und vereinbart werden und klare Forderungen zur Entlohnung, zur Arbeitszeit und zu den Arbeitsrechten enthalten. Man muss es ablehnen, Verschlechterungen in den Kollektivverträgen hinzunehmen, nur um die Verhandlungen abschließen zu können. Wenn die Betriebsleiter die Krise nutzen, um Nein zu sagen, sind Arbeitskämpfe zu planen, die auch lang andauern können, und Instrumente erfinden – wie etwa die „Widerstandskasse“, die mit einem Anteil der Gewerkschaftsbeiträge der Mitglieder gefüllt wird. Weiters sind Lohnabhängigen zusammenschließen, indem man die Anzahl der Kollektivverträge reduziert und sie auf einem hohen Niveau harmonisiert.

Es ist notwendig, dass das Gesetz eine Basis für die Anfangslöhne und die Arbeitszeiten, die Rechte und Schutzklauseln bestimmt, die von keiner Erpressung und keiner Krise, von keinem Abkommen und keiner Abweichung in Frage gestellt wird. Den Verhandlungen steht es dann zu, mögliche Verbesserungen unter diesen Bedingungen zu finden.

Aus diesen Gründen fordert und praktiziert die CGIL eine Neuausrichtung eines Systems der Gleichberechtigung, des Arbeitsschutzes und der Verhandlungen in der Arbeitswelt:

- eine neue Lohnskala, um die Löhne von der Inflation zu schützen, ein Gesetzesautomatismus, der es jährlich erlaubt, die Löhne an die Erhöhung der Lebenshaltungskosten anzupassen;
- der gesamtstaatliche Kollektivvertrag soll die Löhne erhöhen und gemeinsame und unabänderliche Bedingungen für alle Lohnabhängigen in den kleinen und großen Unternehmen, im Süden wie im Norden; schaffen;

- bei Betriebsverhandlungen sollen die Arbeitsbedingungen verbessert werden;
- Streichung des Art. 8 im Sacconi-Gesetz und jedenfalls Einsatz der gesamten CGIL, dass keine Abkommen mit Abweichungen unterzeichnet werden;
- Festlegung eines gesetzlichen Mindestlohns in allen Arbeitsstätten nach französischem Muster im Ausmaß von 10 € brutto pro Arbeitsstunde mit einem automatischen Mechanismus der Preisanpassung: ein Mindestlohn, unter dem in keinem Gewerbegebiet die Entlohnung sinken darf;
- Recht auf eine angemessene Arbeitszeit: keine Miniarbeitszeiten von einigen Stunden und hohe Ausbeutung;
- eine neue Arbeitsgesetzgebung, die für alle Lohnabhängigen mit Verdingungsvertrag (appalto) gleiche Bedingungen vorschreiben, wie sie im Auftraggeberbetrieb herrschen;
- ein Gesetz gegen eine übertriebene soziale Ungleichheit, wie es in der Schweiz gefordert wird, das vorschreibt, dass kein Manager mehr als zwölfmal soviel Gehalt bekommt als seine Angestellten.

Der Arbeitsschutz hört nicht im Arbeitsraum auf: die Sozialdienste, das Recht auf Wohnung und Gesundheitsversorgung, der Kampf gegen Gemeinde- und Landessteuern sind Teil der Verteidigung des Einkommens. Das Territorium ist immer mehr der Ort, wo die schwerwiegenden Auswirkungen der Sparpolitik der Regierung und der Lokalkörperschaften abgeladen werden.

Es ist nötig, dass die CGIL auf territorialer Ebene die Bedürfnisse der Arbeitskräfte und der prekär Arbeitenden sowie der Mittelschicht allgemein organisiert mittels einer sozialen Verhandlung, nicht als bürokratischen Akt gegenüber der Lokalkörperschaften, wenn sie gerade Bilanz ziehen, sondern als neue Forderungspraktik, die demokratisch in den Ortsteilen mit den Bewohnern eingefordert wird: Kampf gegen die Wohnungskündigungen und die Schließung der Krankenhäuser und für die Sicherheit in den Städten und Dörfern und die Qualität der Schulen, gegen die Kriminalität und Großbaustellen, für die Sanierung der Umwelt. Dies müssen nicht nur die generellen Ziele der CGIL sein, sondern die politische und vertragliche Aufgabe, die die ganze Organisation unterstützen muss, auf jeder Ebene, ein konsequenter Einsatz im Alltag.

5) GEGEN DEN VERFALL DER ARBEITSBEDINGUNGEN

Wer in Krisenzeiten keine Arbeit hat, ist desperat, wer eine hat wird unterdrückt. Die Erpressung der Arbeitslosigkeit und der prekären Beschäftigung hat überall eine brutale Ausbeutung und die Verletzung der Freiheit nach sich gezogen. Die gesamte Arbeitswelt ist prekär geworden, es ändert sich nur der Grad der Unsicherheit und der Ausbeutung.

Es vermehren sich Arbeitsverträge, wo man arbeitet, aber nicht als Arbeiter nicht anerkannt wird: Volontariat, Genossenschaftsmitglieder, Leute, die mit Voucher (Gutschriften), auf Abruf, ungewollte Teilzeitarbeit, Arbeit für wenige Stunden in der Woche, Zeitarbeit, unechte Arbeit auf Mehrwertsteuer-Rechnung oder unechte Mitarbeit. Es vermehren sich Ausbeutungsmodelle, wo man sehr wenig bezahlt bekommt, aber immer für die Firma bereit stehen muss. Für qualifizierte Arbeitskräfte verbreitet sich sogar die Gratisarbeit, mit der Ausrede, dass es Ausbildung und Einlernen sei.

Überall verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und steigert sich das Arbeitstempo, im Namen der Flexibilität und Produktivität, ohne Respekt auf die Gesundheit und die Lebensumstände, vor allem der Frauen, die wiederum den höchsten Preis bezahlen.

In den traditionellen Arbeitsstätten, Industrie und Bauwesen, verschwinden die hart erkämpften Freiheiten auf der kollektiven und auf der individuellen Ebene. Man muss arbeiten, wenn man abkommandiert wird, die Akkordarbeit verbreitet sich wieder, es gibt keine fixen arbeitsfreie Tage und Ruhepausen mehr, der Arbeitsrhythmus wird hochgeschraubt, bis die Gesundheit darunter leidet, aber wehe, wenn man krank wird.

Bei den Arbeiten bei öffentlichen Stellen gibt es die Bürokratie, die Privilegien verteidigt, die Angestellten müssen gehorchen und Ordnung walten lassen, sie müssen zu zweit die Arbeit von drei Personen ausführen, während man das schlimmste Organisationsmodell der Privatwirtschaft kopiert. Im Handel ist die Sonntags- und Feiertagsarbeit verpflichtend, eingeführt nach einem Abkommen, das nur CISL und UIL unterzeichnet hat, aber auch von der CGIL akzeptiert wurde, wie die jüngste Präsentation der Verhandlungsplattform beweist, wo keine Abänderung verlangt wurde.

Die gesamte Arbeitswelt muss sich das Ziel setzen, sich wieder die Kontrolle der Arbeitsleistung anzueignen.

Diesbezüglich muss die Arbeit im öffentlichen Dienst und im Privatsektor, in der Industrie und im Dienstleistungssektor wiedervereint werden. Speziell im Tertiärsektor muss die Vereinheitlichung der Vertragsverhandlungen auf Sektorebene ein effizientes Instrument sein mit dem vorrangigen Ziel: das Recht der Lohnabhängigen auf den gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und das Verbot der Auftragsweitervergabe mit schlechteren Bedingungen. Das zweite Ziel ist die Einführung einer Sozialklausel, die bei einem Wechsel der Auftragsweitervergabe die Übernahme der Arbeitskräfte und die gleiche Entlohnung garantiert. Die CGIL muss eine breite Kampagne lancieren gegen die Ausbeutung der Arbeit und autoritäre Art der Betriebsinhaber. Diese Kampagne muss die Kulturschaffenden und Informationsmedien einbeziehen und nach Begegnungen und Versammlungen in ganz Italien in einer gesamtstaatlichen Konferenz der Gewerkschaftsdelegierten münden, wo die Ausbeutung und die Verluste in der Arbeitswelt aufgezeigt werden.

6) NEIN ZUM AUSVERKAUF DER ARBEITSSICHERHEIT, DER GESUNDHEIT UND DES UMWELTSCHUTZES

Mit der Krise wird die Erpressung häufiger: um einen Arbeitsplatz zu finden, muss man die eigene Gesundheit verkaufen und die Umwelt schädigen. Sogar die Regierungen haben schuldhaft diese Erpressung akzeptiert, indem sie die Arbeitssicherheitsbestimmungen verwässert haben. Es kommt weiterhin zu Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten mit schweren Verletzungen. Die Gesamtkosten in Italien aufgrund der fehlenden Arbeitssicherheit belaufen sich auf 50 Milliarden € pro Jahr. Die Umweltverschmutzung ist nicht abzuschätzen. Ein Grundprinzip der CGIL muss es sein, dass es **keine Kompromisse geben darf in diesem Bereich, Gesundheit um Umwelt stehen an erster Stelle.**

Deshalb ist auf jeden Fall die maßlose und kriminelle Profitgier zu bekämpfen. So hat etwa das erste Urteil gegen die Verantwortlichen der Thyssen-Krupp bezüglich des Blutbades in Turin gelautet: Wenn die Arbeiter zehn Stunden lang in unsicherem Umfeld zur Arbeit gezwungen werden, dann ist es nicht fahrlässige Tötung, sondern vorsätzlicher Totschlag. Die Verantwortlichen sind Kriminelle. Wenn Massaker ebenfalls in der Arbeitswelt sich auf das Territorium ausbreiten, wie in Viareggio, wo 32 Kinder und Jugendliche bei einem Eisenbahnunglück, aufgrund der Privatisierung, der Profitgier, der Produktivität und zu jedem Preis, bei lebendigem Leibe im Schlaf verbrannten.

Die CGIL engagiert sich dafür, dass alle verantwortlichen Betriebsleiter, Politiker und Komplizen mit den Höchststrafen verurteilt werden.

Der Kampf für Arbeitssicherheit, Gesundheit und Umweltschutz und gegen die Klimaveränderung, für die Gemeingüter, die Ökosysteme und die Bio-

diversität ist fundamental, weil die Verflechtung zwischen der ökologischen und der ökonomischen Krise die Zukunft des Lebens auf unserem Planet in Frage stellen kann.

Es ist unumgänglich, Produktionssektoren mit schweren Umweltauswirkungen und sozialen Verwerfungen (Militärindustrie, alle umweltschädigenden Betriebe) umgewidmet werden müssen, indem „saubere“ Technologien genutzt und Arbeitsplätze in den sozial- und umweltverträglichen Sektoren geschaffen werden.

Der Einsatz für die Gesundheit geht auch über ein neues Entwicklungsmodell, die Produktionsumstellung der Industrie und der Übergang von der fossilen auf erneuerbare Energie mittels eines öffentlichen Planes, der Beschäftigung und Sanierung der Umwelt garantiert.

Die CGIL beteiligt sich an den Kampf gegen Großbaustellen, gigantische Ressourcenverschwendung und Quelle von Korruption mit dramatischen Umweltschädigung und der Vernichtung von Arbeitsplätzen, während nur wenig neue geschaffen werden. **Der Kampf gegen Großbaustellen ist Teil eines Plans für mehr Arbeitsplätze, basierend auf Transparenz, Umstellung der Produktion und gute Beschäftigung.**

Deshalb schließt sich die CGIL der „No TAV-Bewegung“ (Nein zu Großbaustellen) und allen anderen Umweltschutzbewegungen an.

Die Bewegung der „Terra dei fuochi“ (Feuererde) in der Region Kampanien zeigt, dass die kriminellen Machenschaften gegen die Gesundheit in norditalienischen Betrieben grassieren, die gesundheitsschädigende Abfälle produzieren, die mit Hilfe der Camorra in Süditalien illegal entsorgt werden. Wiederum wird bestätigt, dass in Italien der Kampf für eine Veränderung immer auf Mächte stößt, die im Einverständnis mit den Mafiaorganisationen handeln. Den Umgang mit dem Abfall kann man nur entgegentreten und lösen in Verbindung mit Umwelt und Arbeit und nicht mittels der Politik und der Geschäftemacherei. Getrennte Müllsammlung, Wiederaufbereitung, und Reduzierung der Abfallmenge sind die einzige Alternative der Verlagerung der Umweltschädigung in Verbrennungsöfen und in den Müllhalden. Dafür benötigt man hohe Investitionen und viele Arbeitsplätze. Das ist unvereinbar mit der Sparpolitik bei den Lokalkörperschaften, die von Europa verordnet wird. **Umwelt, Zivilisation und Arbeitsplätze kann man nur verteidigen, wenn man die Sparpolitik der Regierungen und die Komplizenschaft mit dem Verbrechen in der Politik und in der Geschäftswelt zur Diskussion stellt.**

Wenn nicht, dann kommt es zum Kampf unter den Armen.

Bezüglich der Wahrung der Gesundheit und der Umwelt fordert die CGIL umgehend folgende Maßnahmen:

- Abschaffung der prekären Arbeitsverträge, die Grundlage von Arbeitsunfällen sind;
- Ausweitung der Wahl der Arbeitnehmervertretungen für die Gesundheit (RLS) in allen Arbeitsstätten mit einem gesetzlichen Schutz gegen Einschüchterung und Unterdrückung sowie Übertragung der Kompetenzen an die genannte Arbeitnehmervertretung auch bezüglich Gesundheits- und Umweltschutz mit der Möglichkeit, mit den Institutionen und Gebietskörperschaften auszutauschen;
- Ausbildung und kontinuierliche Organisation im Territorium, besonders für neu eingestellte Arbeitskräfte und Migranten;
- zwei verpflichtende Zusatzstunden für bezahlte Versammlungen der Arbeitskräfte pro Jahr zum Thema Gesundheit am Arbeitsplatz in jedem Arbeitsort;
- Abschaffung der abgewirtschafteten Bilateralen Körperschaften zwischen Gewerkschaften und Unternehmen für den Gesundheitsschutz. Die entsprechenden Finanzmittel sollen als Unterstützung der Arbeitnehmervertretung für Arbeitsschutz (AVAS) übergehen;
- Einführung der vollständigen Anwendung des Art. 9 des Arbeitnehmerstatuts bezüglich der Prävention in alle Forderungsplattformen;
- Einrichtung einer gesamtstaatlichen Anwaltschaft für die Gesundheit am Arbeitsplatz mit denselben Funktionen der Antimafia-Anwaltschaft;
- Verpflichtung für die Landesgerichte, dass bei Prozessen bezüglich der Gesundheit am Arbeitsplatz die Gewerkschaft als Privatkläger immer anwesend ist, damit Fälle wie bei Umbria Olli, wo die die Konstitution der Zivilpartei der MAF/FIOM abgewiesen wurde und die Todesopfer anstatt der Betriebsleitung verurteilt wurden. Die CGIL verpflichtet statutengemäß alle Gewerkschaftssitze als Zivilpartei anwesend zu sein;
- diskutierte und vereinbarte Umweltsanierungspläne mit der interessierten Öffentlichkeit, finanziert mit den Gelder aus Beschlagnahmungen der Güter der organisierten Kriminalität;
- industrielle Umwidmung und Umweltsanierung mittels Verstaatlichung der großen umweltschädlicher Unternehmen, angefangen von der ILVA (ohne Entschädigung der Inhaber, die alle Schäden und die Arbeitskräfte bezahlen müssen);
- gesamtstaatlicher Energieplan, um von den Kohlen- und Erdölenergie auf erneuerbare Energie wie Wind und Sonne umzusteigen sowie Neuerstaatlichung der Energiebetriebe. Verbot weiterer Erdölbohrungen und der Errichtung von Gas- und Thermokraftwerken;

Die CGIL ist jedenfalls engagiert, die Macht der Lohnabhängigen für den Erhaltung der Gesundheit – ohne Erpressung und Ängste – zu gewährleisten. Nichts ersetzt die direkte Aktion, deshalb muss der Kampf für die Gesundheit in den Betrieben an erster Stelle stehen.

7) VERHINDERN WIR DIE DEMONTAGE DES GESUNDHEITSWESENS UND DER SOZIALLEISTUNGEN SOWIE DIE ATTACKEN GEGEN DEN ÖFFENTLICHEN DIENST

In Italien betragen die gesamten Ausgaben für die soziale Absicherung rund 9% des Bruttoinlandsproduktes und 1/3 der Ausgaben ist bestimmt für private konventionierte Dienstleister – weit unter dem europäischen Durchschnitt (Frankreich: 11,1%, Deutschland 10,7%). Trotzdem schätzt die sogenannte Spending review (Durchforstung der Ausgaben), von den letzten Regierungen gefordert, einen weiteren Rückgang der Beschäftigten, derzeit um 10%, aber in weiteren Absinken begriffen. Dazu kommt die Blockade des „turn over“, also die fehlende Stabilisierung von Tausenden von prekären Arbeitsverträgen und die Auslagerung von Dienstleistungen.

Die Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst haben die Blockade des gesamtstaatlichen Kollektivvertrages hinnehmen müssen. Konkretes Resultat: die Kaufkraft der Gehälter ist gesunken und sinkt in den drei nächsten Jahren mindestens um 15%.

Dies zeitigt negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und das Servicesystems, mit negativen Auswirkungen vor allem auf die Frauen, einerseits weil es viele Arbeiterinnen direkt in den Sektoren trifft, wo meist Frauen beschäftigt sind, und andererseits, weil mit einem Modell, wo die Betreuungsleistungen vom Markt oder von den Familien erledigt werden. Der Rückgang der Quantität und der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zwingt viele Frauen, die Erwerbsarbeit aufzugeben.

Mit dem Vorwand der Reformen und Einsparungen oder der Vereinfachung der Versorgungsstufen seitens der Regierung und der Kostensenkung der Politik sowie mittels konfuser Maßnahmen ohne organische Planung wird versucht, den verfassungsrechtlichen Apparat der Lokalautonomien aufzulösen, wobei die Arbeitskräfte einen weiteren Lohnverlust zu riskieren, womit die Professionalität und die Kompetenzen gedemütigt werden und wo Arbeitsplätze verloren gehen. Auf diese Weise wird die normale Tätigkeit der Lokalkörperschaften geschwächt und die Gefahr vergrößert, dass essenzielle Dienste für die Bürgerschaft nicht mehr erbracht werden und der Weg für die Privatisierung offengelegt wird.

Die eklatanteste Demontage des Sozialstaates ist jener betrifft die Sanitätsleistungen. Regierung und Regionen zielen auf eine weitere drastische Verringerung der öffentlichen Krankenhausbetten bis herunter auf 3,7 für je 1.000 Einwohner – zum Vorteil der gleichzeitigen Zunahme der Betten in Privatkliniken, die in Regionen wie der Lombardei und des Latium auf 45% gestiegen sind.

Wir erleben einen wirklichen Absturz des Sanitätssystems insgesamt mit dem Recht auf Gesundheit, das vom Abbau bedroht ist: Schließung von kleineren und großen Krankenhäusern, Auflösung oder Verkleinerung ganzer Abteilungen und der Dienstleistungen auf territorialer Ebene.

Selbst die Bürger und Bürgerinnen ziehen es vor, private Einrichtungen zu wählen, wenn sie gezwungen sind, monatelang auf spezielle Visiten oder Diagnosen zu warten. All dies und der Spesenbeitrag über das Ticket und das Superticket führt zu einer weiteren Verringerung des verfügbaren Einkommens der Lohnabhängigen und Rentner.

Dem Abbau der öffentlichen Krankenversorgung tragen auch einige Gewerkschaftsvereinbarungen, die integrative Sanitätsfonds einrichten, immer mehr als Ersatz- statt Komplementärabkommen. Die CGIL bemüht sich, dass keine solche Abkommen unterzeichnet werden.

Auch die meisten der sozialen Dienstleistungen – Hausbetreuung der älteren Menschen oder solche mit Beeinträchtigung, Minderjährige und allgemein schwachen Menschen – hat einen Externalisierungsprozess erlebt über die Sozialgenossenschaften. Dieser Prozess erfolgt auch im Erziehungsbereich: viele Gemeinden übergeben die Kinderkrippen und Kindergärten an Private. Seit Jahren haben sich der Tertiärsektor und die Nonprofit-Unternehmen als Alternative zu öffentlichen Serviceleistungen etabliert. Dieses Phänomen, gemeinsam mit der Prekarisierung der Arbeit, der Schwarzarbeit und missbräuchliche Nutzung des Volontariats hat zu einer klaren Qualitätsabsenkung der Dienstleistungen geführt.

Aus diesen Gründen:

- sind alle Revisionsmaßnahmen bezüglich der Spesen in Anwendung des „fiscal compact“ abzuschaffen, um die sogenannten Bilanzparität zu respektieren;
- die öffentlichen Sanitätsdienste sind neu zu lancieren und auszubauen;
- die CGIL muss jede Schließung und Rücknahme, Privatisierung und Auslagerung von öffentlichen Sozial- Gesundheits- und Erziehungsleistungen zurückweisen: alle Anstrengungen in diese Richtung sind zu unterstützen, die in diese Richtung gehen, auch mittels der Solidarität zwischen Arbeitskräften und Nutzern;
- der interne Stabilitätspakt ist aufzuheben;
- die Lokalautonomien sind aufzuwerten, die Bürokratie ist einzudämmen und den Bürgern sind Macht und Dienstleistungen zu übergeben.

8) FÜR DIE ÖFFENTLICHE SCHULE UND AUSBILDUNG UND RECHT AUF EIN STUDIUM

Im Laufe der letzten 20 Jahre waren die Forschung und der öffentlichen Unterricht, die Schule und Universitäten Experimentierfelder in Hinblick auf die Prekarisierung der Arbeit, Vorbereitung für Wirtschaft und Privatisierung, Abbau von Ressourcen, Einführung von ungerechten Evaluierungs- und Prämierungsmechanismen, ein Zugang für die Schüler und Studierenden, der immer mehr auf das Einkommen fixiert war. Die Gegenreformen, hauptsächlich von der Ministerin Gelmini, aber auch von den anderen Unterrichtsministern ähnlich vorangetrieben, haben die chronischen Probleme der öffentlichen Schul- und Universitätsausbildung in Italien gelöst, im Gegenteil, sie haben die Grundlagen geschaffen für eine permanente Krise des Schul- und Universitätsausbildungssystems. Seit Jahren kürzen die Regierungen die Gelder für die öffentlichen Schulen und für das Recht auf Bildung, gleichzeitig finanzieren sie die Privatschulen. Die Regierung des „breiten Einverständnisses“ hat vorgeschlagen, die Oberschule um ein Jahr zu kürzen und die Schule noch mehr an die Unternehmen zu binden, um vorzutäuschen, dass an der Jugendarbeitslosigkeit die Schule Schuld sei und nicht der Rückgang der Arbeitsplätze und der fehlenden Investition in Forschung und Innovation.

Auch die öffentlichen Universitäten sind aufgrund der Kürzungen in den vergangenen Jahren und der Strukturreformen in einer extrem kritischen Lage, angefangen von der Einführung der „3+2-Studienjahre“: stufenweise wurden deshalb die Studientitel abqualifiziert. Das bezeugt auch die signifikante Abnahme von Inskribierungen und noch augenfälliger der Universitätsabgänger im Vergleich zum Durchschnitt in Europa. Die Ungleichheit unter den Universitäten, das Klientelwesen und das System der Kooptation bei den Einschreibungen nimmt zu, ebenso der schleichende Abbau der internen Demokratie und die Rolle der Rektoren und Direktoren. Die Folge davon ist ein zunehmender Qualitätsabfall der öffentlichen Universitätsausbildung und die Öffnung neuer Möglichkeiten, Privatuniversitäten zu etablieren.

Die Schaffung einer gerechten Gesellschaft geht über die Rückeroberung des Rechts auf Ausbildung für alle – in einer qualitativ hochstehenden, breitgefächerte und demokratisch geführten öffentlichen Schule und Universität. Gleichzeitig ist der öffentliche Charakter der Forschung als strategische Achse für die Entwicklung des Landes zu sichern.

Das bedeutet, das folgendes zu beanspruchen ist:

- ein hoch dotierter Investitionsplan für die öffentliche Schule, die dem 8 Milliarden Euro, die von den Ministern Gelmi und Tremonti abgezweigt wurden, zu finanzieren mittels Einsparungen für das Militär, die Zuschüssen für Privatschulen, die Berater und die Verschwendung im öffentlichen Dienst. Dieser Plan muss unter anderem vorsehen: eine Schülerzahl pro Klasse von höchstens 25 (20, wenn Schülern mit Beeinträchtigungen dabei sind), die Wiedereinführung einer zweiten Lehrperson im Kindergarten und in der Grundschule und die Aufstockung der Stützlehrpersonen;
- Stabilisierung aller Lehrpersonen und des prekär eingestellten Personals und die Beendigung des Mechanismus Prekariats in den Schulen;
- Erhöhung der Gehälter bis auf ein europäisches Niveau;
- Recht auf eine kostenlose öffentliche Ergänzungsschule für alle vom Kindergarten bis zur Oberschule. Dies ist ein konkreter Schritt hin zur Schulpflicht bis 18 Jahren;

- Ausstieg aus dem betriebswirtschaftlichen Schulmodell und Aufbau eines demokratischen Modells mit Einbeziehung der Studierenden, der Arbeitenden und der Bürger;
- Wiedereinführung der Dienstaltersstufe für die Lehrpersonen; die CGIL stemmt sich gegen jede Möglichkeit der Arbeitszeitverlängerung der Lehrpersonen und gegen die Trennung aufgrund willkürlicher geschätzten Verdienst wie etwa bei den Invalsi-Test, wo die Auflösung verlangt wird;
- Wiedereinführung des ordentlichen Finanzierungsfonds der Universitäten und die Rückgabe der in den vergangenen Jahren entzogenen Ressourcen; unter anderem die Blockade des turn over, die Aufnahme der prekären Arbeitnehmer und die Einführung von transparenten Einstellungsbestimmungen, die auf geeignete qualitativen Evaluationsmethoden der Forschung fußen und nicht auf rein quantitative Kriterien;
- erhebliche Senkung der Universitätsgebühren, Neufinanzierung des Fonds für das Recht auf Bildung und der Studentenheime, damit die Studierenden, damit die auswärtigen Studierenden nicht der Wohnungsspekulation unterworfen werden;
- demokratische Reform der Universitätsführung, wobei die Rektoren und Direktoren wieder für die Koordinierung der Verwaltungsorgane verantwortlich sind;
- Abschaffung des Numerus clausus für den Zugang an die Universität;
- Finanzierungs- und Entwicklungsplan für die öffentliche Forschung, der nicht zu Abwanderung der Bildungsschicht zwingt;
- Finanz- und Entwicklungsplan für die öffentliche Forschungstätigkeit, die nicht zur Auswanderung der Intellektuellen führt; Stabilisierungsmaßnahmen für prekäre Forscher, Aufwertung der öffentlichen Forschungsinstituten und ihrer demokratischen Führung, um sie der Unterwerfung der politischen Macht und der Interessen der Großunternehmen zu entziehen.

Die CGIL unterstützt und vereinigt sich mit Studenten- und Bildungsfachleute, die sich für die Aufwertung der öffentlichen Bildungseinrichtungen stark macht.

9) SCHLUSS MIT DEM FISKUS DER REICHEN UND DER STEUERHINTERZIEHER

Seit langer Zeit bestätigt die CGIL, dass das Problem in Italien nicht das Steuerniveau ist, sondern die ungerechte Verteilung, die abhängig Beschäftigte und Rentner trifft.

Das hat sich allerdings in die praktizierte Politik und die konkreten Forderungen der Führung unserer Organisation übertragen, die schüchterne und nicht signifikante Vorschläge gemacht hat (unangemessene Vermögenssteuer, zu geringe Steuerabzüge für abhängig Beschäftigte und Rentner, bescheidene Erhöhung der Steuern auf Finanzrenditen), manchmal wurde sogar die Vorschläge der Arbeitgeber gutgeheißen – im Namen der sogar die Akzeptanz einer absurden „Einheit der Produzenten“. Aus diesen Gründen:

- ist es nötig, eine drastische Verringerung des Anteils für abhängig Beschäftigte und Rentner, besonders die Einkünfte aus der Lohnarbeit und Renteneinkommen bis zu 1.500 € brutto pro Monat steuerlich gänzlich zu entlasten. Diese Quote ist der realen Inflationsrate anzugleichen. Andererseits ist der Steuersatz ab der Steuerklasse von 150.000 € pro Jahr drastisch zu erhöhen. Die indirekten Steuern und die Benzinsteuern sind zu senken, denn sie treffen die geringen Einkommen;
- die Lohnerhöhungen laut den gesamtstaatlichen Kollektivverträgen sind von der Steuer zu befreien, während die Steuerbefreiung für die Produktionsprämien und der Überstundenarbeit die Steuerbefreiung aufzuheben ist;
- notwendig ist ein ordentliche progressive Vermögenssteuer für große Besitztümer, wobei das Wohnhaus ausgenommen ist, wenn es kein Luxusapartement ist;
- gegenüber der Bereicherung der Unternehmensinhaber, der Bankbosse und Topmanager ist eine eine außerordentliche Vermögenssteuer zu fordern, um Ressourcen von den 10% Superreichen umzuverteilen, die 5.000 Milliarden Euro besitzen;

10) NEIN ZU DEN PRIVATISIERUNGEN, ZUM VERKAUF DER GEMEINGÜTER, JA FÜR DAS RECHT AUF EINE WOHNUNG

Die Sparpolitik verscherbeln die Gemeingüter an die Finanzspekulation, weil dort große Profiterwartungen sind für die multinationalen Konzerne, die Finanzbranche und die Banken. Die Volksabstimmung für das öffentliche Wasser hat bewiesen, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Privatisierung der Gemeingüter sind. Aber die Regierungen ignorieren diese öffentliche Meinung.

Auch der öffentliche Transport, das öffentliche Wasser, die Müllsammlung und dessen Entsorgung, alles Themen der Volksabstimmung vom Juni 2011, erleiden Privatisierungen und Übergaben von Teilen von Unternehmen in Nord- und Süditalien, in den großen Städten wie Turin, Genua und Florenz und ebenso in den Dörfern. Die parteiübergreifenden Regierungen haben laufend die Finanzmittel gekürzt, sodass viele Regionen den öffentlichen Verkehr in den kommenden Jahren weder programmieren noch gewährleisten können, während der öffentliche Nahverkehr zu einem Sektor wird, der unmöglich überleben kann ohne öffentliche Geldmittel. Die Methode ist schon festgesetzt: Die angeschlossenen Lokalkörperschaften, die öffentliche Dienstleistungen vergeben, können die Preise der Dienstverträge kürzen und die Kosten den Gemeinschafts- und den früheren Gemeindebetrieben übergeben, die ihrerseits die Kosten auf die Arbeitskräfte abwälzen, indem sie die Löhne kürzen oder die Betriebsabkommen auf widerrufen.

Die CGIL kämpft auf gesamtstaatlicher wie auf Gebietsebene, um die öffentliche Kontrolle über die Gemeinschaftsgüter zu verteidigen, auszuweiten und zu verbessern.

Aus diesem Grund:

- ist die Privatisierung des öffentlichen Verkehrs abzulehnen, der heutzutage verbunden ist mit Politik der Großbaustellen und der Hochgeschwindigkeitsstrecken. Der öffentliche Schienennah- und Stadtverkehr ist auszuweiten. Die Arbeitsbedingungen der Eisenbahner und Busfahrer und der anderen Transportarbeiter sind aufzuwerten, den sie stehen unter wachsenden Stress und Ausbeutung und immer karger Löhnen;
- die Energie- und Informationsnetze müssen in öffentlicher Hand sein, es ist auf gesamtstaatlicher Ebene ein Investitionsplan für die Energieversorgung und die Telekommunikation zu erstellen;
- sämtliche Gemeindebetriebe müssen wieder öffentlich sein, die Entscheidung, dass diese Betriebe in Aktiengesellschaften mit Quoten für eine Börsenspekulation umgewandelt werden, ist fallenzulassen. Dies gilt nicht nur für die Wasserressourcen, sondern auch für Apotheken, Kindergärten, Schulservice, Energie, Transport und Müllaufbereitung.

Die Entwicklung und die Ausdehnung des öffentlichen Systems für alle Gemeingüter erfordert ein nächste Stufe der Demokratie und der Kontrolle, sei es für die Lohnabhängigen wie für die Bürger insgesamt.

Die Wohnungen sind immer mehr zu einer Investition für Finanzspekulationen und Steuereinnahmen für den Staat geworden, und immer weniger zum Ort, wo man ein Wohnrecht hat. Das Recht auf Wohnung ist neu zu erobern, die CGIL steht auf der Seite derjenigen, ob Einheimischer oder Person mit Migrationshintergrund, kämpft für das Eigenheim. Man darf nicht akzeptieren, dass der Verlust des Arbeitsplatzes oder die Arbeitslosigkeit dazu führt, dass man das Recht auf eine würdige Wohnung hat. Aus diesen Gründen:

- ist der Verlust einer Wohnung zu verhindern, wenn das Darlehen nicht zurückzahlen kann. Die Wohnung muss dem gehören, der sie bewohnt, wenn es der einzige Wohnungsbesitz ist;
- Blockade der Wohnungskündigung und der Mieterhöhung in ganz Italien;
- Beschlagnahmung aller leerstehenden Wohnungen, um sie denen zu geben, die keinen Platz zum Wohnen haben;
- öffentlicher Plan für Volkswohnbau, aber ohne Zementierwut, sondern mittels Restaurierung sanierungsbedürftiger Gebäude.

11) RECHTE DER MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Die Rechte der Migranten sind unsere Rechte: Wir wollen, dass der Reichtum und allen neu verteilt wird. Die Diskriminierung und der Rassismus gegenüber Migranten sind ein Übel, kein Arbeiter ist wirklich frei, wenn einige wie Sklaven behandelt werden.

Das Polizeigesetz und die Versklavung, denen die Migranten ausgesetzt sind, verletzen die Rechte von allen und sind deshalb zu bekämpfen. **Deshalb muss die volle Gleichheit der Rechte in der gesamten Arbeitswelt ohne Unterschied der ethnischen Gruppe oder des Geschlechts eine wesentlich Bedingung für die gesamte Arbeitswelt sein.** Die europäische Politik der scharfen Grenzkontrollen, die „Festung Europa“ im Zuge des Schengen-Abkommens und alle Einwanderungsabkommen ist zur Diskussion zu stellen.

Während das Geldkapital und die Multinationalen Unternehmen hinfahren können, wo sie wollen und dort die Arbeitsplätze zerstören, wird der freie Verkehr jener Personen verhindert, Migranten werden gezwungen, als illegale Einwanderer sich dem organisierten Verbrechen und den „caporali“ anzuvertrauen. Die kriminelle Politik der Abschiebung hat tausende Tote gefordert, auf dem Meer, aber auch in den Ländern um das Mittelmeer und in den sogenannten „Drittländern“, wo die europäischen Regierungen „Außenlager“ einrichten. Sogenannte bilaterale Abkommen, wie jenes zwischen Italien und Libyen, erneuert nach der Katastrophe vom 3. Oktober, übertragen den nordafrikanischen und den südeuropäischen Ländern die Aufgabe, die Migranten aufzuhalten, und zwar gegen Geld. Auf diese Weise werden in diesen Ländern Auffanglager errichtet, wo die Migranten verschwinden, während das zivile Europa sich die Hände in Unschuld wäscht.

Es muss ein wirklicher kultureller Umschwung stattfinden, gegen die Sicherheits- und Notfallpolitik, die alle Regierungen in den vergangenen Jahren hervorgebracht und damit ein Klima der Angst, Hass und Rassismus geschaffen haben, von der Krise zusätzlich angeheizt. **Wir müssen die Abschaffung der schlimmsten diskriminierenden Gesetze verlangen, die ständig erpresserische Bedingungen für die Migranten hervorrufen.** Eine Bedingung, die für die Unternehmen willkommen sind, weil sie auf diese Weise Arbeitskräfte finden, die für jeden Hungerlohn, für jegliche Tätigkeit und unter jeglicher Arbeitsunsicherheit arbeiten. Es ist erforderlich, zu den Themen der Einwanderung einen allgemeinen Gewerkschaftsstreit einzuleiten und Antworten auf die Arbeitsbedingungen zu geben. Es ist dringend, bei einer Betriebskrise und bei den Vertragsverhandlungen ab Erstellung der Forderungsplattformen gewerkschaftlichen Aktionen für den Schutz aller, besonders der schwächsten und die am meisten ausgesetzten, zu garantieren, denn dies erzeugt Integration und Gleichheit. Es bedarf einer konkreten Vertragspraktik, angefangen beim Thema der zu tiefen Arbeitseinstufung und der geringen Entlohnung. Frühzeitig sollen Themen wie den Spracherwerb, Berufsbildung und vor allem die Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit, soziale Verhandlungen in Hinblick auf Betriebskrisen, vorgebliche willentliche Schädigung des Produktionszyklus oder die Vorsorge gegen Abschiebung ins Heimatland, das heute oft unrechtmäßig in den Gewerkschaftsabkommen vorgesehen ist.

Die Präsenz von Migranten in Italien ist nicht ein Schaden, sondern ein Wert und eine Bereicherung hin zu einer multikulturellen Gesellschaft. Man muss auch bedenken, dass die Funktion der Migranten unter dem Gesichtspunkt des Beitrags für unser Land höher ist, als sie vom Sozialstaat erhalten, angefangen bei den Renten. Deshalb fordern wir:

- die Abschaffung der Gesetze Bossi-Fini und Turco-Napolitano und des Sicherheitspakets von 2009, die Lösung der Verträge, die das „Bollwerk Europa“ aufgebaut haben, anstatt dessen braucht es eine kontinentweite Solidarität bei der Aufnahmebereitschaft;
- eine generelle Regularisierung mittels Eingliederungsmaßnahmen ohne Strafen, indem die falsche Logik der „Sanierung“ überwunden wird, die bisher keine Lösung war, sondern neue Probleme gebracht und die vorausgehende Ausbeutung noch verschlimmert hat;
- die Ablehnung der repressiven Politik, angefangen bei der sofortigen Schließung der „DIE“ und der Abschaffung des Straftatbestandes „illegale Einwanderung“;
- die Garantie des Asylrechts mittels eines organischen Gesetzes bezüglich Einführung von einer wirklichen Aufnahmepolitik gegenüber den Flüchtlinge;
- Einführung des Aufenthaltsrechts ohne Bindung an Zuflüsse oder unmittelbarer Arbeitstätigkeit, Vereinfachung der Einwanderungsbürokratie;
- eine übergreifende Reform der Staatsbürgerschaftsgesetze mit der Verkürzung der notwendigen Jahre, die notwendig sind für die Staatsbürgerschaft und die Regeln und Wartezeiten für die notwendigen Bescheinigungen;
- Einführung des „jus soli“ (Staatsbürgerschaftsrecht für die Kinder Immigranten, die in Italien geboren sind) und die Anerkennung der Staatsangehörigkeit für die Minderjährigen, die im Ausland geboren sind und in Italien studieren;
- das Wahlrecht für alle Einwohner, die lange Zeit im Land leben;
- nachhaltiger Einsatz gegen die Schattenarbeit und das Kaporalat, Rechte und Schutz für diejenigen, die Missbrauch anklagen;
- eine Gesetzgebung, die den Migranten die volle Nutzung und die Anerkennung der angereiften Sozialabgaben in den Zeiten der Arbeitstätigkeit und ihre Auszahlung im Fall ihrer Rückkehr in ihr Heimatland garantiert;
- dass die CGIL einen groß angelegten Streitfall eröffnet bezüglich der Arbeit der Migranten und sie gegen die Ausbeutung organisiert. Es ist wichtig, alle Kräfte der Gewerkschaft in den Kampf wie jenen in der Logistik einzubeziehen.

12) FÜR DEN FRIEDEN UND GEGEN DEN KRIEG

Die CGIL reiht sich mit allen Bewegungen gegen den Krieg ein. **Die CGIL fordert die Streichung der Militärmissionen Italiens in anderen Ländern und des Ankaufs von F35 in einem breiten Plan des Abbaus der Militärausgaben und die Umwandlung der entsprechenden Industrien.**

Insbesondere sind die offensichtlichen Verletzungen des Artikels 11, sei es mit einem sogenannten humanitären Krieg, sei es mit Interventionen in Afghanistan und im Irak zu verurteilen. Die CGIL kämpft gegen die Kriegsgefahr und die Einbindung Italiens in die Kriegspolitik. Die Wirtschaftskrise, die Konkurrenz zwischen Territorien und Ländern schürt die Kriegsgefahr und besonders der Imperialismus der großen westlichen Nationen schürt die Spannung in der Welt bezüglich der Konkurrenz mit den entwickelten Ländern. **Nun ist die politische und kulturelle Sensibilität gegen die Kriegsgefahr, deshalb drängt die CGIL darauf, dass Italien ihre Zugehörigkeit bei der NATO überdenken muss.** Deshalb soll diese Allianz aufgelöst werden. Die US- und NATO-Militärbasen in Italien sind zu schließen, von jener in Vicenza bis der MUOS in Sizilien. Die vorerst letzten Kriege wie jene in Libyen oder die Drohung des Einmarsches in Syrien stellen ausschließlich eine Neupositionierung der USA und Europas um die die Energieressourcen dar. Man erinnere sich: die Regierungen Monti und Letta haben mit der neuen Führung in Libyen ähnliche Abkommen wie Berlusconi im Jahr 2008 unterschreiben, mit dem Ziel, die illegale Einwanderung zu verhindern.

Die Strategie präventive Kriegsstrategie, von den USA vorangetrieben, die neue Länder wie Syrien und Iran be-droht, aber auch den Libanon, schürt die Fundamentalismen und riskiert, den gesamten Nahen Osten zu entflammen und folglich die ganze Erde. **Die unterstützt das palästinensische Volk** für ihr Lebensrecht in einem unabhängigen Staat. Die Trennungsmauer zu Israel ist zu entfernen, die Annexion weiterer Gebiete, eine Aktion, die auch von der Versammlung der Vereinten Nationen verurteilt wurde.

Der „Arabische Frühling“ hatte Millionen von nordafrikanischen Bürgern die Hoffnung gegeben, die autoritären und korrupten Regime auf demokratische Weise zu verändern, jahrzehntelang vom Westen unterstützt, erleben eine widersprüchliche Entwicklung. Der Einsatz muss voller Kraft die Versuche, den Kampf für die Menschenrechte und die sozialen und nationalen Rechten zu etablieren, nicht in einen Kampf ausarten zu lassen, der nur den Mächtigen nutzt. Diese Mächtigen liefern massenhaft Waffen an alle Beteiligten.

Ein Einsatz für den Frieden bedeutet, auch sich zu engagieren, um die vielen vergessenen Kriege aufzuhalten, in Asien, in Afrika, in Lateinamerika, wo vielen Völkern Rechte und Freiheit vorenthalten wird und Millionen von Menschen zerstört werden. Stattdessen müssen Beziehungen zwischen Nord und Süd auf der Basis der sozialen Gerechtigkeit geknüpft und die Umverteilung der Ressourcen organisiert werden.

Internationale und Menschenrechte werden laufend verletzt, wie etwa im Fall des kurdischen Volkes.

Die CGIL unterstützt in Europa eine neue internationale Politik für den Frieden, die Menschenrechte, die internationalen Rechte und den Respekt der Autonomie jedes Volkes. Der Weltfrieden ist immer mehr bedroht aufgrund des weltweiten Konkurrenzsystems, das auf den Liberalismus und die Finanzwelt aufgebaut ist. Die Politik des Internationalen Währungsfonds und aller vorrangigen ökonomischen Institutionen sind für die Krisen und die kriminellen Machenschaften verantwortlich: Zerstörung der Sozialrechte und der Einrichtung eines weltweiten Mechanismus der Ausbeutung der Arbeit. Diese Organisationen sind auch verantwortlich für die Erdrosselung der Wirtschaft in vielen Ländern, gegen die sich die Länder in Lateinamerika jetzt wehren. Die CGIL unterstützt die Kämpfe dieser Länder gegen die Drohung und die Erpressung seitens des Internationalen Währungsfonds, der Multinationalen Konzerne und der westlichen Regierungen, weil der Kampf für den Frieden und gegen die soziale Ungerechtigkeit und jede Form von Imperialismus.

13) EINE DEMOKRATISCHE UND KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFT

Den abhängig Beschäftigten nützt eine ganz andere CGIL als jene der vergangenen Jahre. Vor allem braucht es eine Gewerkschaft, die ihre Ziele und ihre Praxis neu definiert, die in der Lage ist, effiziente Arbeitskämpfe zu organisieren, um konkrete Ergebnisse zu erreichen. Im privaten Bereich müssen effiziente Arbeitskämpfe organisiert werden, die Aufmerksamkeit erregen, die Antistreikgesetze sind zur Diskussion zu stellen, dem Gesetz Nr. 146/90 ist der Gehorsam zu verweigern. Im sozialen Bereich sind die Bedürfnisse der Bürger vor Ort zu organisieren.

Für die Lohnabhängigen braucht es eine CGIL, die ihren Bedürfnissen entspricht. Seit langem fehlt in der Gewerkschaft ein Diskussionsforum und eine eigene Vertretung der Frauen. Die Orte der Frauen sind nicht von ihnen selbst ausgewählt, oft haben sie einer Organisations- und politischen Logik gehorcht. Derzeit proklamiert die CGIL gegen die Gewalt und gegen den Frauenmord, eine Verpflichtung, die wir teilen, denn er richtet sich gegen Person und die Freiheit der Frauen. Gerade deshalb glauben wir, dass noch viel zu tun ist, es reicht nicht, dies zu verurteilen. Man muss für die Frauen eine autonome Lebensweise fordern, angefangen bei Einrichtung von direkter Teilhabe. Der Kampf- und Streiktag der Frauen vom 25. November war eine verlorene Gelegenheit seitens der CGIL, um mitzuhelfen, eine autonome Vorreiterrolle der Arbeiterinnen zu etablieren. Jedenfalls zeigt diese Erfahrung einen Weg auf, an dem weiterzuarbeiten ist.

Deshalb ist die Bürokratie und der Geist der Gewerkschaftsapparate zur Diskussion zu stellen. Die Arbeitskämpfe müssen effizient, radikal und gut sichtbar sein, **deshalb bedarf es der Demokratie und der Beteiligung.** Über die gesetzlich garantierte demokratische Vertretung hinaus haben die Arbeitskräfte das Bedürfnis an flexible und offene Formen der Organisation, in Kampfgemeinschaften und Delegiertenräten, aus diesem Grund beschließt die CGIL eine neue Organisationsform für alle abhängig Beschäftigten, Rentner und Arbeitslosen auf territorialer Ebene.

Die Gewerkschaft muss nur von den freiwilligen Gewerkschaftsbeiträgen der Mitglieder leben und nicht von direkten oder indirekten Finanzierungen seitens bilateraler Körperschaften, Integrativfonds, seitens der Gegenseite oder des Staates, weil ansonsten die Gewerkschaftsbürokratie in Interessenkonflikt gerät mit der eigenen Vertretungsrolle.

Der Beitritt zu einer Gewerkschaft muss freiwillig sein und obligatorisch alle vier Jahre erneuert werden. Die Rentner müssen auswählen können, sich bei der frühere Fachgewerkschaft oder bei der Rentnergewerkschaft einzuschreiben. Die Rentner können allerdings bei Angelegenheiten von Arbeitsverträgen nicht mitwählen.

Die Bilanz jeder Gewerkschaftseinheit ist transparent offenzulegen, das Vermögen und alle Löhne der Mitarbeiter bis in die höchste Stufe müssen mit den Löhnen der abhängig Beschäftigten übereinstimmen. Konkret:

- ein Teil der Mitgliedschaftsquoten muss für die Finanzierung der Arbeitskämpfe zur Seite gelegt werden; ein weiter Teil muss für Initiativen und die Organisation an den Arbeitsplätzen bestimmt sein;

- keine Gewerkschaftsfunktion darf einer per Ernennung bestimmt werden, für die Wahl der Betriebsräte und Mitgliederkomitees haben alle Interessierten das Recht mittels geheimer Wahl zu kandidieren und gewählt zu werden. Alle Gewerkschaftsleiter sind in geheimer Wahl zu bestimmen. Es bedarf einer Politik für die Gewerkschaftsleiter, die Delegierte mit Kampferfahrung bevorzugen. Die Auswahl der Gewerkschaftsfunktionäre darf nicht unilateral und auf dem Prinzip der Treue fußen, die Aktivität eines Gewerkschafters muss gemessen werden aufgrund der Resultate und des Konsens der Arbeiter. Die Funktion einer zentralen Regulierung, die eine Nominierung von oben auferlegt, ist abzuschaffen;
- in allen Organisationen ist der Pluralismus und das Recht auf Dissens zu respektieren;
- die Mitglieder der Garantiekommision dürfen nicht Funktionäre der Organisation sein, die Kontrollierten dürfen nicht zugleich Kontrolleure sein;
- die Generalsekretäre und Funktionäre jegliches Niveaus und die Sekretariatsmitglieder auf gesamtstaatlicher Ebene müssen bei der Annahme eines Auftrags eine formale Verpflichtung unterschreiben, fünf Jahre lang keine Leitungsaufgaben in Betrieben der Gegenseite zu übernehmen und mindestens ein Jahr lang bei politischen oder administrativen Wahlen nicht kandidieren. Wer diesen Weg beschreitet, darf nicht mehr als Funktionär der CGIL aktiv werden;
- die CGIL lehnt die von der Gewerkschaft nominierten Betriebsgewerkschaftsvertreter ab und kämpft überall für umfassende Vertretungen für die Arbeitskräfte, die proportional, wo alle wählen und gewählt werden können. Wo keine Wahl vonstatten gehen kann, wird die Betriebsgewerkschaftsvertretung der CGIL jedenfalls von allen gewählt;
- wenn beim obligatorischen Referendum Gewerkschaftsleiter die Abkommen nicht zur Abstimmung bringen, werden sie abgewählt;
- weitreichende Verkleinerung der regionalen Gewerkschaftseinrichtungen auf Bundes- und Fachgewerkschaftsebene, damit diese Ressourcen in den Fachgewerkschaften auf territorialer Ebene eingesetzt werden können;
- in keinem Leitungsorgan darf die Mehrheit der Mitglieder aus Gewerkschaftsfunktionären bestehen;
- die CGIL soll ein Internetsystem einrichten, das alle Gewerkschaftsmitglieder direkt untereinander verbindet, sodass alle ihre Einschätzungen und Vorschläge kundtun können, die an die Gewerkschaftsorganisation weitergegeben werden kann;
- alle Bilateralen Körperschaften müssen der Assistenz der abhängig Beschäftigten unter öffentlicher Kontrolle sein, die Gewerkschaft und die Unternehmen sollen aus der Führung ausscheiden, weiters darf es keine Finanzierung, weder direkt noch indirekt, an die Organisationen geben;
- jede Wechselseitigkeit der Gewerkschaftsrechte sind abzuschaffen, also die Monetarisierung seitens der Betriebe von Grundrechten wie Freistellungen und Gewerkschaftsversammlungen.

Die CGIL sieht als prioritär an und kämpft für ein Gesetz zur Gewerkschaftsvertretung, die das Recht der abhängig Beschäftigten garantiert, auszuwählen, von wem sie vertreten wird und über Plattformen und Abkommen abstimmen kann. Jedenfalls ist die CGIL in ihrer Tätigkeit an diese Prinzipien gebunden und kämpft gegen jegliche Diskriminierung gegenüber den Arbeitern oder anderen Gewerkschaften. Die CGIL weist das verfassungswidrige Prinzip zurück und bekämpft es, wonach die Gewerkschaftsrechte nur jenen zustehen, die die Abkommen unterzeichnen.

Unterzeichnet von: Giorgio Cremaschi, Fabrizio Burattini, Francesco De Simone, Eva Mamini, Franca Peroni, Maurizio Scarpa.

Rom, 2. Dezember 2013